Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Plenarprotokoll
16/38
12.07.2013

38. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 12. Juli 2013

Mitteilungen der Präsidentin 3445

Vor Eintritt in die Tagesordnung 3445

1 Whistleblowing – eine Form von Zivilcourage, die unterstützt und geschützt werden muss

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3437 3445

Frank Herrmann (PIRATEN) 3445
Thomas Marquardt (SPD) 3446
Daniel Sieveke (CDU) 3447
Matthi Bolte (GRÜNE) 3450
Dr. Robert Orth (FDP) 3451
Minister Ralf Jäger 3452

Ergebnis 3453

2 Einführung rechtsverbindlicher Mindeststandards für die Putenhaltung

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/3422 3453

Frank Börner (SPD) 3453
Norwich Rüße (GRÜNE) 3454
Josef Wirtz (CDU) 3455
Karlheinz Busen (FDP) 3457
Simone Brand (PIRATEN) 3457
Minister Johannes Remmel 3458

Ergebnis 3459

3 Handeln statt Abwarten: Bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen jetzt sicherstellen!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3454 3459

Marcel Hafke (FDP) 3459
Wolfgang Jörg (SPD) 3460
Ursula Doppmeier (CDU) 3461
Andrea Asch (GRÜNE) 3462
Olaf Wegner (PIRATEN) 3463
Ministerin Ute Schäfer 3464

Ergebnis 3467

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1167

Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
Drucksache 16/3256

zweite Lesung 3467

Thomas Stotko (SPD) 3467
Kirstin Korte (CDU) 3468
Verena Schäffer (GRÜNE) 3469
Marc Lürbke (FDP) 3470
Lukas Lamla (PIRATEN) 3471
Minister Ralf Jäger 3473

Ergebnis 3473

5 Umsetzung der Operationellen Programme der EU-Strukturfonds effektiv begleiten

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/3423 3474

Rainer Schmeltzer (SPD) 3474
Stefan Engstfeld (GRÜNE) 3474
Dr. Stefan Berger (CDU) 3475
Dietmar Brockes (FDP) 3475
Nicolaus Kern (PIRATEN) 3476
Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren 3476

Ergebnis 3477

6 Eine effektive Lebensmittelkontrolle stärkt insbesondere die Ernährungswirtschaft in NRW

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/3429

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3536 3477

Inge Blask (SPD) 3477
Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE) 3478
Christina Schulze Föcking (CDU) 3479
Henning Höne (FDP) 3480
Simone Brand (PIRATEN) 3481
Minister Johannes Remmel 3482

Ergebnis 3484

7 Fachkräfte- und Auszubildendenbedarf in Nordrhein-Westfalen sichern – Ausbildungs- und Jobperspektiven für Jugendliche aus südeuropäischen Ländern schaffen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3449 3484

Ulrich Alda (FDP) 3484
Josef Neumann (SPD) 3485
Walter Kern (CDU) 3486
Martina Maaßen (GRÜNE) 3487
Torsten Sommer (PIRATEN) 3489
Minister Guntram Schneider 3490

Ergebnis 3491

8 „Selbstbedienungsladen Hochschule“ beenden – Leistungsgerechte Bezahlung von Hochschulrektoren transparent gestalten

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3435 3491

Dr. Joachim Paul (PIRATEN) 3491
Karl Schultheis (SPD) 3492
Christian Haardt (CDU) 3493
Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) 3495
Angela Freimuth (FDP) 3495
Ministerin Ute Schäfer 3496
Dr. Joachim Paul (PIRATEN) 3497

Ergebnis 3497

9 Für eine bäuerliche Landwirtschaft – die Chancen der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 auf nationaler Ebene nutzen!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/3430 3497

Frank Sundermann (SPD) 3497
Norwich Rüße (GRÜNE) 3498
Rainer Deppe (CDU) 3500
Karlheinz Busen (FDP) 3501
Simone Brand (PIRATEN) 3502
Minister Johannes Remmel 3502

Ergebnis 3503

Nächste Sitzung 3504

Entschuldigt waren:

Ministerin Svenja Schulze

Iris Preuß-Buchholz (SPD)

Bernd Krückel (CDU)
Bernhard Tenhumberg (CDU)
Axel Wirtz (CDU)

Ali Bas (GRÜNE)
(bis 11 Uhr)
Horst Becker (GRÜNE)
Arndt Klocke (GRÜNE)
(ab 13 Uhr)
Mario Krüger (GRÜNE)
(bis 13 Uhr)
Verena Schäffer (GRÜNE)
(ab 13 Uhr)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen, 38. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **sechs Abgeordnete entschuldigt;** ihre Namen werden wir wie immer in das Protokoll aufnehmen.

Auch heute habe ich die große Freude, einer Kollegin zu ihrem **Geburtstag** zu gratulieren. Frau Kollegin **Angela Freimuth** von der Fraktion der FDP feiert ihren Geburtstag gemeinsam mit uns. Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Heute können wir sicher sein, dass Ihre Familie noch Gelegenheit hat, mit Ihnen zu feiern. Davon gehe ich aus, denn die Tagesordnung weist ja nun nicht so viele Punkte auf, die zu einer Verlängerung führen könnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Vor Eintritt in die Tagesordnung** möchte ich aus gegebenem Anlass etwas eher Ungewöhnliches tun. Ich möchte einem Mitarbeiter der Landtagsverwaltung danken, der heute seinen letzten Plenararbeitstag hat und der in wenigen Tagen endgültig das Haus, den Landtag von Nordrhein-Westfalen, unsere Mitte verlässt und in seinen wohlverdienten **Ruhestand** geht.

Dass ich das hier im Plenum tue, hat einen guten und besonderen Grund: Es handelt sich nämlich um **Otto Schrader**, den langjährigen Leiter des Stenografischen Dienstes, der bis zum heutigen Tag die Verantwortung für die Protokollierung des gesprochenen Wortes in den Plenar- und Ausschusssitzungen getragen hat und jetzt zum letzten Mal am Stenografentisch hier bei uns im Plenarsaal – in seinem Plenarsaal – des Landtags von Nordrhein-Westfalen sitzt.

Verehrter, lieber Herr Schrader, im Oktober 1981 – das war die 9. Wahlperiode, und der Landtag war noch im Ständehaus zu Hause – begannen Sie Ihren Dienst als Stenograf bei der Landtagsverwaltung. 20 Jahre lang, von 1981 bis 2001, waren Sie für die Protokollierung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales zuständig. Daneben haben Sie auch den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie sowie den Kulturausschuss und ab 1991 den Hauptausschuss betreut.

Den Ältestenrat haben Sie seit Januar 2001 in immerhin 184 Sitzungen protokolliert. Dazu kamen insgesamt 931 Plenarsitzungen, davon 374 Plenarsitzungen als Leiter des Stenografischen Dienstes.

Verehrter, lieber Herr Schrader, Sie haben durch Ihre fachliche Kompetenz, durch Ihr großartiges Engagement und nicht zuletzt durch Ihre freundlich-liebenswerte Art einen Dienst geleistet und geleitet, den wir als Abgeordnete nicht missen möchten, aber ab sofort missen müssen.

Heute gilt es, Abschied zu nehmen. Aber es gilt vor allen Dingen, Dank zu sagen – Danke für alles, was Sie für uns getan haben. Wir wünschen Ihnen von Herzen einen neuen, auch spannenden, aber in keiner Weise mehr belastenden und in jeder Hinsicht selbstbestimmten Lebensabschnitt. Wir lassen Sie jetzt gehen, aber wir tun das ungerne. Sie werden uns fehlen.

Lieber Herr Schrader, alles erdenklich Gute für Sie und Gottes Segen und vielen, vielen Dank an Sie, an Otto Schrader.

(Langanhaltender Beifall im ganzen Hause – Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen. – Otto Schrader nimmt Glückwünsche von Vertretern der Landesregierung und der Fraktionsspitzen entgegen.)

– Das war jetzt aber schön.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hatte das Mikrofon eben noch offen; deshalb haben Sie noch den Anfang meines Satzes gehört. Ich habe vor mich hingesagt: Das war aber schön. – Damit meinte ich Ihre Reaktion auf Herrn Schrader. Das ist ein sehr würdiger, ein sehr passender Abschluss eines langen Arbeitslebens, für das, was Sie für uns geleistet haben. Nochmals herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Nun geht es im normalen Alltag weiter. Wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Whistleblowing – eine Form von Zivilcourage, die unterstützt und geschützt werden muss

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3437

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Herrmann das Wort.

Frank Herrmann (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Bürgerinnen und Bürger im Saal und im Stream! Profite und Macht – davon etwas abzubekommen, daran festzuhalten oder die Gier nach immer mehr davon, das sind meist die Triebfedern, um sich über Gesetze hinwegzusetzen und grund-

legende Werte des menschlichen Miteinanders zu missachten.

Egal ob es um Gammelfleisch geht, um Ausschreibungsbetrug, um menschenverachtende Zustände in Altersheimen oder – wohl als bedeutendstes Beispiel – um einen Überwachungsskandal, der seinesgleichen sucht und wahrscheinlich nie finden wird – solche Skandale haben eins gemeinsam: Ohne einen Whistleblower, einen Hinweisgeber, werden sie meist erst entdeckt, wenn der Schaden schon maximal ist.

Whistleblower zeigen Zivilcourage, indem sie auf Missstände aufmerksam machen, ohne einen eigenen Nutzen zu verfolgen. Es sind Menschen, die ihren und den gemeinsamen Werten unserer Gesellschaft entgegenstehende Ungerechtigkeiten feststellen und diese abstellen wollen. Sie sind keinen Denunzianten. Es geht nicht ums Anschwärzen, sondern um die Nutzung ihres Wissens zum Wohle unserer Gesellschaft.

(Beifall von den PIRATEN)

Der heutige gesetzliche Schutz für Hinweisgeber ist allerdings unklar. Er ist fragmentiert, über viele Gesetze verteilt und lange nicht ausreichend. Es wird im Einzelfall entschieden, und damit kommt oft die auf Richterrecht beruhende Abwägung der arbeitsvertraglichen Treuepflicht und der Meinungsfreiheit zum Tragen. Das bedeutet für potenzielle Hinweisgeber große Rechtsunsicherheit. Wie kann es sein, dass jemand, der den Mut aufbringt, gegen Konventionen zu verstoßen, um sich für das Allgemeinwohl einzusetzen, mit so drastischen Folgen wie dem Totalverlust des Arbeitsplatzes zu rechnen hat oder er sogar nirgends auf der Welt mehr sicher ist? Fast zwei Drittel aller Mobbingopfer geben bei einer Umfrage an, durch am Arbeitsplatz geäußerte Kritik zum Mobbingopfer geworden zu sein.

Wir verlangen von den Bürgern Zivilcourage, und das zu Recht. Wir wollen keine Gesellschaft, in der weggesehen wird, wenn Unrecht geschieht, und in der verschwiegen wird, wo Missstand herrscht. Duckmäusertum und Obrigkeitshörigkeit gab es in der deutschen Geschichte leider schon viel zu viel. Wenn wir aber eine Gesellschaft wollen, die Missstände an den Tag bringt und kritisch hinterfragt, dann können wir diejenigen, die den Mund aufmachen, hinterher nicht im Regen stehen lassen. Der Schutz von Hinweisgebern wurde auf allen politischen Ebenen bisher sträflich vernachlässigt. Oft wurden nach irgendwelchen Skandalen nur Aktionen auf den Weg gebracht, die dann einfach im Sande verlaufen sind.

Gleich werden wir vermutlich von Herrn Minister Jäger hören, dass in NRW schon lange Maßnahmen getroffen worden sind und für Hinweisgeber zum Beispiel eine Telefonhotline eingerichtet wurde. Auf der Webseite des Ministeriums für Inneres und Kommunales war aber seit mindestens einem Jahr eine falsche Telefonnummer angegeben. Als wir das in der letzten Woche im Ministerium anmerkten, bedankte man sich – und tatsächlich: Die Nummer ist jetzt korrigiert. Was ist das letzte Jahr über geschehen?

Bei der Gelegenheit wurde auch der Hinweis auf eine Internetplattform als Kontaktangebot entfernt, der dort ebenfalls ein Jahr lang stand. Vermutlich hat sie aber bisher nie existiert. Solch ein Hinweisgebersystem, vor allem ein anonymes, ist aber wichtig, genau wie eine unabhängige Stelle, ein Ombudsmann, der als Externer Hinweise aufnehmen kann.

Wir haben in unserem Antrag noch weitere Punkte aufgeführt, die wir in Nordrhein-Westfalen umsetzen können, und würden uns über konstruktive Gespräche dazu im Ausschuss freuen.

Lassen Sie uns in Nordrhein-Westfalen ein Zeichen setzen und einen Kulturwandel einläuten. Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, in dem potentielle Whistleblower keine Angst vor Sanktionen oder Stigmatisierung haben müssen. Whistleblower-Schutz heißt, Missbrauch und Missstände im Sinne des Allgemeinguts einzugrenzen.

(Beifall von den PIRATEN)

Zum Schluss möchte ich noch ein Wort zum momentan wohl wichtigsten Whistleblower, zu Edward Snowden, sagen. Ich finde es unerträglich, dass wir in Deutschland nicht den politischen Mut und den Willen aufbringen, wenigstens eine Aufenthaltserlaubnis für einen Menschen auszustellen, der quasi sein ganzes bisheriges Leben dafür geopfert hat, um die Welt auf einen gigantischen Angriff gegen unsere grundlegenden Bürger- und Freiheitsrechte aufmerksam zu machen.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Gesetze dafür haben wir. Hier nichts zu unternehmen, das ist Feigheit vor dem Freund, und ich schäme mich dafür.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Marquardt.

Thomas Marquardt (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuhörer auf den Tribünen! Der US-Amerikaner Edward Snowden hat in den vergangenen Tagen das Thema „Whistleblowing“ – zu Deutsch: Hinweisgeber – in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Er ist damit in ganz kurzer Zeit der berühmteste Whistleblower der Welt geworden. Die Aufdeckung des Abhörskandals wird in der erzürnten Öffentlichkeit mit allergrößter Aufmerksamkeit verfolgt.

Aber über diesen Skandal hinaus gibt es auch bei uns in Deutschland in der jüngsten Vergangenheit zahlreiche Fälle in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens, zum Beispiel bei Behörden, beim Gammelfleisch, beim BSE-Skandal oder beim Verbraucherschutz, bei denen Whistleblowing bzw. das Hinweisgeben eine zunehmend wichtigere Bedeutung gewonnen hat.

In Deutschland geschieht das Hinweisgeben bisher jedoch weitgehend im rechtsfreien Raum. Die Öffentlichkeit fordert deshalb zunehmend ein Gesetz, in dem Hinweisgeber Schutz vor Benachteiligung erhalten, in dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber Verhaltenssicherheit im zunehmenden Umfang von Whistleblowing bekommen.

Dem Beobachter stellen sich im genannten Fall Snowden zahlreiche grundsätzliche Fragen, die in einem Bundesgesetz beantwortet werden müssen. Hat jemand, der für sich erkennt, dass im Namen einer Behörde oder einer Institution Unrecht geschieht, die moralische Verpflichtung, sich der Öffentlichkeit anzuvertrauen? Oder wiegt die Pflicht zur internen Verschwiegenheit schwerer? Inwieweit kann eine Veröffentlichung von internen, geheimen und nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Informationen rechtmäßig sein? Dürfen hier persönliche Maßstäbe angelegt werden?

Für mich ist offenkundig, dass beim Hinweisgeben insgesamt häufig ein sehr schmaler Grat beschritten wird. Wo fängt Zivilcourage an? Wie lässt sich Zivilcourage von Denunziantentum abgrenzen? In Kenntnis dieser Fragestellungen hat sich die Bundesrepublik Deutschland, jedenfalls auf der Ebene der G20-Staaten, schon im Jahr 2010 verpflichtet, im öffentlichen und privaten Sektor einen gesetzlichen Schutz für Whistleblower einzuführen. Das sollte bis Ende 2012 geschehen sein. Bis jetzt ist jedoch noch nichts passiert. Die Bundesregierung ist untätig geblieben.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion mit der Drucksache 17/8567 einen eigenen Gesetzentwurf zum Schutz von Hinweisgebern, Whistleblowern, im Bundestag eingebracht, der jedoch von CDU und FDP abgelehnt worden ist. Die SPD-Landtagsfraktion nimmt die heutige Debatte deshalb zum Anlass, die Bundesregierung aufzufordern, hier endlich im Sinne der im Jahr 2010 eingegangenen internationalen Verpflichtungen tätig zu werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines muss uns dabei immer klar sein: Beim Whistleblowing befinden wir uns im Konflikt zwischen schützenswerten Informationen und der Verschwiegenheitspflicht der Arbeitnehmer auf der einen Seite und dem Aufdecken von Missständen auf der anderen Seite. Es ist auch klar, dass viele Missstände ohne die Aufdeckung durch couragierte Mitarbeiter im Verborgenen bleiben.

Wir müssen deshalb dahin kommen, dass niemand Repressalien befürchten muss, wenn er sich um die Aufdeckung von Missständen bemüht.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Der institutionelle Schutz von Whistleblowern darf aber nicht in ein Denunziantentum führen, indem ein Klima gefördert wird, in dem haltlose Beschuldigungen ausgesprochen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es macht aus Sicht der SPD-Fraktion grundsätzlich keinen Sinn, ein Gesetz auf Landesebene einzubringen und zu verabschieden, bevor nicht die bisher tatenlose Bundesregierung endlich ihre Hausaufgaben gemacht hat.

(Beifall von der SPD)

Wir werden jedenfalls in den zuständigen Ausschüssen intensiv beraten, welche Möglichkeiten der Unterstützung wir außerhalb der Gesetzgebung Whistleblowern zukommen lassen. Wir werden deshalb einer Überweisung in die Ausschüsse zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Marquardt. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Sieveke.

Daniel Sieveke[*)] (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in dieser Plenarwoche sehr viel über die Geheimdienste der USA und Großbritanniens gehört. Als CDU-Fraktion haben wir betont, dass das Ausforschen befreundeter Länder nicht akzeptabel ist. Wir haben auch erklärt, dass Maßnahmen zur Terrorbekämpfung unsere Zustimmung finden. Eine uneingeschränkte Datenüberwachung entspricht aber eben nicht unserem Verständnis von Datenschutz und Rechtsstaatlichkeit.

Wir sollten allerdings nicht den Fehler machen, Whistleblower ausschließlich im Zusammenhang mit Geheimdiensten oder Militärs zu sehen, sondern das Thema grundsätzlich beraten. Dazu müssen wir uns zunächst vom Fall des Edward Snowden lösen; denn die Verquickung dieses Falls mit der grundsätzlichen Rolle von Whistleblowern hilft uns nicht, die Debatte zu versachlichen. Schon allein die Diskussion, ob Herr Snowden nun ein Held ist oder nicht, oder die Frage nach der Aufenthaltsgenehmigung ist nicht zielführend. Eine Auszeichnung mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland – lieber Herr Dr. Paul, verzeihen Sie mir – ist nun wirklich populistischer Blödsinn.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Warum sollten wir die Debatte versachlichen? Wir haben gerade erst erlebt, dass nach dem ZDF-

Interview unseres Bundespräsidenten, Joachim Gauck, durch falsches, unvollständiges Zitieren ein völlig unsachlicher Shitstorm inszeniert wurde, der jetzt schon wieder Geschichte ist.

Vorgestern haben wir dann erlebt, wie einen medialen Moment lang, leider dann auch hier im Parlament, versucht worden ist, das Thema des Vergleich westlicher Geheimdienste mit der DDR-Stasi hochzupushen. Die Geheimdienste der westlichen Demokratien sind nicht mit der Stasi zu vergleichen.

(Beifall von der CDU)

Gegen jegliche Vergleiche mit der ehemaligen DDR haben sich vorgestern sowohl die Bundeskanzlerin als auch Sie, Herr Minister Jäger, klar ausgesprochen.

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Super Maßstab!)

Ich danke Ihnen dafür, dass auch Sie einem solchen, das DDR-Regime verharmlosenden Ansinnen entgegengetreten sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Sieveke, ich unterbreche Sie nur ungern. Aber Herr Kollege Olejak würde Ihnen gerne eine Frage stellen.

Daniel Sieveke[*)] (CDU): Ja, bitte.

Marc Olejak (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Kollege. – Ist Ihnen der Name Daniel Ellsberg bekannt? Das ist der Mensch, der 1971 in den Vereinigten Staaten die Vietnam-Papiere veröffentlicht hat. Er erklärte vor sage und schreibe fünf Tagen, also vor der Aussage unserer Kanzlerin, dass er die Vereinigten Staaten von Amerika in der Gefahr sieht, die Vereinigte Stasi von Amerika zu werden.

Daniel Sieveke[*)] (CDU): Ich habe schon Ihre Frage nicht verstanden, Herr Kollege. Wenn jemand so etwas sagt, macht es das ja nicht besser.

(Marc Olejak [PIRATEN]: Kennen Sie Daniel Ellsberg?)

Noch einmal: Es macht es ja nicht besser, wenn Sie diesen Vergleich mit der Stasi immer wieder herüberbringen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wissen Sie eigentlich, wie viele Menschen unter der Stasi gelitten haben, zu Tode gekommen sind und ihrer Freiheit beraubt wurden? Wenn Sie sich immer als Partei der Freiheit hierhin stellen, sollten Sie doch jeglichen Vergleich mit der Stasi unterlassen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich komme jetzt noch einmal zu unserem Bundespräsidenten zurück. Der Bundespräsident hat gesagt – ich zitiere –:

> „Ich würde dann Sympathie haben, wenn eine Regierung dabei ist, das Recht zu beugen, und derjenige, der sich aufgerufen fühlt, diese Rechtsbeugung öffentlich zu machen, wenn der auch bereit ist, dafür die Verantwortung zu tragen. Ja, dann habe ich Respekt. Für puren Verrat oder für die Überschreitung von Verpflichtungen, die man selber eingegangen ist, … dafür habe ich kein Verständnis. Denn der öffentliche Dienst muss auf Vertrauenswürdigkeit setzen."

(Beifall von der CDU)

Wir sprechen aber beim Thema „Whistleblowing" nicht nur über den öffentlichen Dienst, über den Staat, sondern auch über die private Wirtschaft, über private Organisationen, über den gesamten Non-Profit-Sektor. Ich will das einmal anhand einiger Beispiele, vielleicht auch provozierend, illustrieren.

Der nordrhein-westfälische Finanzbeamte, der dem schweizerischen Bank-Whistleblower für eine Daten-CD ein paar Millionen Euro überreicht, könnte sich seinerseits ebenfalls bewegt fühlen, zum Whistleblower zu werden; denn er muss hier für seinen Arbeitgeber Nordrhein-Westfalen im Sinne des Rechtsstaats handeln.

Der Greenpeace-Mitarbeiter, der die medienwirksame Blockade zum Beispiel eines Öltankers planen soll, könnte ebenfalls das Gefühl haben, seine Organisation verlasse dabei die Basis von Recht und Gesetz.

Natürlich gehört zu den potenziellen Whistleblowern auch der Buchhalter, der sich weigert, Bilanzfälschungen vorzunehmen, oder der Leiharbeiter, der sich traut, auf Missstände in seinem Betrieb öffentlich hinzuweisen.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Sieveke, entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie ein zweites Mal unterbreche.

Daniel Sieveke[*)] (CDU): Kein Problem. Aller guten Dinge sind drei.

Präsidentin Carina Gödecke: Diesmal ist es der Kollege Schatz, der Ihnen eine Frage stellen möchte. Möchten Sie sie auch zulassen?

Daniel Sieveke[*)] (CDU): Sehr gerne.

Dirk Schatz (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Kollege Sieveke. – Ich habe folgende Frage: Sie sagten gerade, dass man das mit der Stasi nicht vergleichen

könne, und zwar aufgrund des Unrechts, das unter der Stasi damals passiert ist. Das ist zweifellos richtig; keine Frage. Können Sie mir aber vielleicht einmal den genauen Unterschied zwischen dem Unrecht der Stasi und zum Beispiel dem Unrecht, das in Guantanamo passiert, erklären?

(Minister Ralf Jäger: Sie können doch nicht Unrecht mit Unrecht entschuldigen! – Dr. Stefan Berger [CDU]: Wenn er das nicht selber weiß!)

Daniel Sieveke[*)] (CDU): Ich danke Ihnen für die Frage. Die Antwort haben Sie sich eigentlich selbst gegeben. Sie haben keine Ahnung; denn man kann doch nicht Unrecht mit Unrecht aufwiegen und dann Unterschiede machen. Das zeigt Ihr Geschichtsvergessen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen gilt das, was ich eben schon ausgeführt habe: Jegliche Vergleiche mit der DDR-Stasi haben zu unterbleiben und sollten auch nicht angewandt werden.

Vielleicht kommen wir aber einmal zum Punkt. Wir sprechen hier über Whistleblowing. Whistleblowern kann man in der Praxis wohl großen Mut unterstellen. Man muss von ihnen aber auch erwarten, dass sie sich ihrer Sache sicher sind. Wenn man einfach aus einem schlechten Gefühl heraus vielleicht in nicht vollständiger Kenntnis der Sachlage den Arbeitgeber damit an den Pranger stellt, kann das in unserer schnelllebigen Medienwelt zu einem Imageschaden einer Organisation führen, der nicht ohne Weiteres reparabel ist oder sogar zum Ende einer Organisation führt. Wenn auf Grundlage einer Falschmeldung auf einmal Kundenaufträge oder Spendenzahlungen ausbleiben, dann hat jemand massiven Schaden angerichtet, für den er oder sie auch Verantwortung zu tragen hat. Behörden, Unternehmen und Organisationen müssen zunächst von der Loyalität ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgehen können.

Die Piraten schreiben in ihrem Antrag, der Gesetzgeber sei verpflichtet, „ein Klima der gesellschaftlichen Akzeptanz für Whistleblowing herzustellen“. So weit, so gut. Ich warne aber davor, jetzt aus politischem Aktionismus heraus eine Entwicklung anzustoßen, die zu einer Atmosphäre von Denunziantentum führt. Sie widersprechen diesem Argument in Ihrem Antrag zwar, fordern aber gleichzeitig auch die Möglichkeit anonymen Whistleblowings.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das ist in der Tat eine schwierige Frage!)

Ist es Zivilcourage, wenn man nicht bereit ist, mit dem eigenen Namen einzustehen? In einer Welt des Anschwärzens möchte ich jedenfalls nicht leben.

(Beifall von der CDU)

Ein weiterer Aspekt Ihres Antrags ist nicht zielführend. Ihr Hinweis auf die Nichtratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption durch die Bundesrepublik Deutschland ist leider nicht besonders wertvoll, weil auch hochgradig korrupte Staaten wie Usbekistan, Venezuela und Angola diese Konvention unterzeichnet haben.

Ihrem Hinweis, die deutsche Rechtslage sei für den Schutz von Hinweisgebern nicht ausreichend, treten wir ebenfalls entgegen. Wir halten diesen Schutz sehr wohl für ausreichend verankert, zum Beispiel im Arbeitsschutzgesetz, im Betriebsverfassungsgesetz und in anderen Gesetzen.

Der Überweisung an die Ausschüsse stimmen wir natürlich zu. Tun Sie allen Beteiligten aber bitte einen Gefallen: Konzentrieren Sie Ihre weiteren Argumentationen auf die Belange Nordrhein-Westfalens, und lassen Sie uns die Diskussion versachlichen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Dr. Joachim Stamp [FDP])

Meine Damen und Herren, hinter uns liegen anstrengende Wochen und anstrengende Plenartage. Wer in den nächsten Tagen und Wochen etwas Schönes genießen möchte, den lade ich nach Paderborn ein – entweder an diesem Wochenende zu unserem großen Schützenfest und in die grandiose Kämper-Kompanie oder im August zum Libori-Fest. Herzlich willkommen! – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Kollege Sieveke. Bleiben Sie bitte hier vorne. Aller guten Dinge sind drei, hatten Sie selbst bemerkt. Das Dritte wäre dann die Kurzintervention, angemeldet von Herrn Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Verehrter Herr Sieveke, ich nehme an, Sie stimmen mit mir überein, wenn ich sage, dass sich die Bundesrepublik Deutschland in einer besonderen historischen Verantwortung befindet – als Nachfolgeorganisation von zwei Unrechtsregimen, die durch Bespitzelung massivst Bürgerrechte verletzt haben. Vor diesem Hintergrund und vor der neuen Tatsache, dass 55 % der US-amerikanischen Wahlbürger Herrn Snowden für einen Whistleblower und nicht für einen Verräter halten, ist Ihre Kennzeichnung unserer Forderung nach dem Bundesverdienstkreuz, gelinde gesagt, eine Frechheit.

Daniel Sieveke[*)] (CDU): Ich glaube, dass Sie es immer noch nicht verstanden haben. Ich halte diese Diskussion, ob er ein Held ist oder nicht, überhaupt nicht für zielführend und eine Ordensverleihung – ich habe das eben schon gesagt – damit für populistischen Unsinn.

Sie erwecken hier wiederum den Eindruck, die Bundesrepublik Deutschland würde ihrer Verantwortung nach zwei Unrechtsregimen nicht gerecht werden. Genau deswegen erübrigen sich Vergleiche mit der DDR-Stasi, um das hier zu verharmlosen. Die DDR-Stasi war keine normale Organisation, sondern sie hat Menschen zu Opfern gemacht. Die DDR-Stasi muss letztlich auch verantworten, dass Menschen zu Tode gekommen sind.

Diese Diskussion und diese Vergleiche, um die DDR-Stasi zu verharmlosen, möchte ich in einem deutschen Parlament eigentlich nicht haben.

(Beifall von der CDU)

Das tun Sie aber jedes Mal mit diesen Vergleichen.

Ich habe eben gesagt, ich spreche bei Whistleblowern von Mut. Ich glaube, Herrn Snowden geht es nicht um einen Orden, sondern – wenn er es ernst gemeint hat – darum, für eine ehrliche und gerechte Sache einzustehen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sieveke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es fällt mir jetzt ein bisschen schwer, vom Paderborner Schützenfest zum Whistleblowing zurückzukommen.

(Zurufe: Oh!)

Ich versuche es aber mal. Es gibt übrigens in Bielefeld in der Sommerpause auch wunderbare Stadtfeste, zum Beispiel das Sparrenburgfest. Sie sind herzlich eingeladen, wenn Sie dorthin kommen möchten.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir debattieren in dieser Woche intensiv über den Spionageskandal der NSA und alles, was damit zu tun hat. Das ist der Hintergrund, vor dem die Piratenfraktion ihren Antrag gestellt hat.

Am Anfang dieser Enthüllungen stand der Whistleblower Edward Snowden, der in dieser Debatte mehrfach genannt worden ist. Er hat festgestellt, dass in seinem Tätigkeitsbereich Dinge geschehen, die nicht geschehen sollten: massive Eingriffe in Grundrechte auf teilweise zweifelhafter rechtlicher Grundlage.

Vor diesem Hintergrund hat Herr Snowden den Weg in die Öffentlichkeit gesucht, und zwar – Herr Herrmann hat es angesprochen – auch in Kenntnis aller Folgen, die das für ihn persönlich, für seine Lebensumstände haben kann.

Edward Snowden hat damit der Demokratie einen Dienst erwiesen. Das verdient Anerkennung. Diese Feststellung ist, auch wenn der Bundesinnenminister das anders sehen mag, kein Ausdruck unamerikanischer

Umtriebe, sondern es ist eine demokratische Feststellung.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber sind engagierte und mutige Menschen. Sie alle und eben nicht nur die prominenten Fälle – ich finde ganz wichtig, dass man sich das in dieser Debatte immer wieder vergegenwärtigt – sind ein wichtiger Bestandteil des demokratischen Miteinanders und verdienen Respekt und Anerkennung.

In dieser Debatte ist es, glaube ich, wichtig, immer wieder auch die Gewissenskonflikte zu sehen, die sich für Whistleblowerinnen und Whistleblower ergeben, nämlich dass ihre Loyalität möglicherweise infrage gestellt wird, wenn sie Missstände öffentlich machen. Das ist, glaube ich, ein Gewissenskonflikt, der berücksichtigt werden muss.

Ich fand es durchaus beeindruckend, dass Edward Snowden in Interviews auch gesagt hat, er habe in seiner Tätigkeit ursprünglich eine gute Absicht erkannt. Erst nach und nach sei ihm bewusst geworden, was dort eigentlich passiere und dass das eigentlich so nicht passieren dürfe.

Von daher finde ich die Feststellung wichtig, dass Whistleblower keine Verräter sind, sondern Mut und Zivilcourage zeigen, die Nachteile in Kauf nehmen, weil sie Verantwortung für die Gemeinschaft, für die Gesellschaft übernehmen.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, es müssen aber nicht nur die großen Skandale sein, wie es bei der derzeitigen beispiellosen Spionageaffäre der Fall ist. Es gibt genügend andere Bereiche, die in dieser Debatte auch schon thematisiert wurden, in denen es wichtig ist, dass es Menschen gibt, die dafür sorgen, dass Missstände ans Licht kommen, bei denen es gut ist, dass sie ans Licht kommen, und in denen es im gesellschaftlichen Interesse liegt, dass sie ans Licht kommen.

Und dafür braucht es tatsächlich Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen müssen insbesondere für Vertraulichkeit und für Sicherheit der Whistleblowerinnen und Whistleblower sorgen.

Ich finde aber auch, dass wir darüber diskutieren müssen – es liegt ja ein Beratungsverfahren vor uns –, welche Möglichkeiten es bisher gibt und wie zielführend diese Möglichkeiten sind.

Herr Herrmann, Sie haben angesprochen, dass wir in NRW nicht bei null anfangen. Es gibt beispielsweise die von Ihnen genannte Hotline beim LKA gegen Korruption. Ich finde, es ist in der Aus-

schussbefassung durchaus legitim, zu fragen: Was gibt es? Wie wirkt das? Welche konkreten Möglichkeiten gibt es, das zu verbessern? Denn wir sind uns im Ziel, glaube ich, durchaus einig, dass es eines besseren Schutzes der Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber bedarf.

Es ist zu klären, wie wir das umsetzen, was man gesetzlich und was man untergesetzlich regeln sollte. Auch die Abgrenzung – ich fand den Hinweis des Kollegen Marquardt dazu durchaus wichtig –, was der Bund und was das Land machen sollte, wo das systematisch hineinpasst, ist zu klären. Sie haben in Ihrem Antrag das Korruptionsbekämpfungsgesetz angesprochen. Es ist zu überlegen, ob Verbesserungen für Whistleblowerinnen und Whistleblower dort systematisch hineinpassen. Das sind Fragen, die man in diesem Zusammenhang diskutieren kann.

Sehr wichtig finde ich – vielleicht ist das ein positives Ergebnis der Affäre, die wir im Moment erleben – das öffentliche Bewusstsein für die Relevanz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern, von Whistleblowing. Denn das öffentliche Bewusstsein steigt durch solche öffentlichen Debatten, wie wir sie im Moment erleben. Es ist sicherlich ganz wichtig, dass wir dieses öffentliche Bewusstsein stärken.

In diesem Sinne, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Piratenfraktion, glaube ich, haben Sie es mit Ihrem Antrag einigen Kolleginnen und Kollegen ermöglicht, Neuland zu betreten.

(Heiterkeit von den PIRATEN)

Lassen Sie uns diese Expedition im Ausschuss fortsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Orth.

Dr. Robert Orth[*)] (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema beschäftigt uns hier ja wirklich die ganze Woche. Wir haben heute Morgen einen weiteren Ausschnitt. Ich glaube, wenn wir jeden einzelnen Ausschnitt beleuchten, machen wir die Sache insgesamt nicht besser.

So, wie Sie Ihren Antrag formuliert haben, erwecken Sie den Eindruck, dass wir ein Land sind, in dem man nicht sagen darf, was eigentlich Sache ist, meine Damen und Herren.

Ich bin der Ansicht: Wir leben hier in einer sehr gefestigten Demokratie, in der jeder erst einmal all das, was er meint, äußern darf.

Aber es gibt natürlich auch in einer Demokratie nicht nur die Meinungsfreiheit, sondern es gibt auch die schutzwürdigen Interessen derjenigen, über die man sich auslassen will.

Sie erwecken hier nun den Eindruck, dass jeder Whistleblower Missstände aufdeckt.

(Zuruf von den PIRATEN: Per Definition!)

Das ist aber nicht immer so. In unseren Augen reichen deswegen auch die Gesetze aus, die wir haben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir haben Regelungen. Wenn Sie den Verdacht einer Straftat haben, dürfen Sie natürlich auch eine Anzeige bei der zuständigen Stelle erstatten. Es gibt die Staatsanwaltschaft, es gibt die Polizei. Ich habe großes Vertrauen in die Staatsanwaltschaft und in die Polizei in unserem Land. Ich muss mich nicht direkt ans Radio wenden und in die Welt hinausposaunen, dass ich meine, dass etwas passiert ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Ich habe in einem Land, in dem arbeitsrechtliche Regelungen sehr intensiv und weit verbreitet sind, zu denen wir als Liberale stehen, auch die Möglichkeit, betriebsintern meine Meinung kundzutun und meine Bedenken zu äußern.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Dr. Orth, darf ich auch Sie unterbrechen? Der Kollege Olejak würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Robert Orth[*)] (FDP): Ja, aber heute nicht. Danke schön.

Sie haben da auch die Möglichkeit, sich zu äußern. Ich finde, dass Sie, indem Sie diesen Antrag hier heute so vorbringen, den Eindruck erwecken, als ob wir in Deutschland in einem Land leben, in dem man nicht sagen kann, was man denkt.

Ich habe sogar eher die Sorge, dass wir, wenn wir Whistleblowing auf diese Art und Weise diskutieren, Anschub leisten wollen, im Zweifel erst mal öffentlich eine Sau durchs Dorf zu treiben. Diesen Eindruck möchte ich in der Politik nicht erwecken.

(Beifall von der FDP)

Für mich sind die anderen, die von diesen Äußerungen Betroffenen, genauso schutzwürdig.

Ich glaube einfach, dass Sie mit Ihrer Art hier und heute eine Blockwartmentalität hervorrufen, indem jeder mal sagt, was er denkt.

Herr Bolte hat eben gesagt, dass sich ein Whistleblower im gesellschaftlichen Interesse äußert. Ich frage mich: Wie ist denn das gesellschaftliche Interesse definiert? Ist es das gesellschaftliche Interes-

se der Nichtraucher, die Herrn Napp dafür gemeldet haben, dass er im Bürgermeisterbüro geraucht hat?

(Beifall von der FDP – Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das hat er selbst gemacht! Das ist unglaublich!)

Ist es das gesellschaftliche Interesse, wenn einer am Veggietag des Landtags ein Schnitzel gegessen hat? Was ist denn eigentlich ein gesellschaftliches Interesse?

Wir haben klare gesetzliche Regelungen. Wenn einer Recht und Gesetz bricht, dann kann ich das zur Sprache bringen, dann kann ich das zur Anzeige bringen, dann habe ich auch zivilrechtliche Ansprüche.

Aber ich will nicht, dass wir in Deutschland in eine Grauzone rücken nach dem Motto: Dem einen gefällt es, dem anderen gefällt es nicht, und ich lasse erst mal öffentlich diskutieren. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Dr. Orth, bleiben Sie bitte gleich am Pult. Zum einen hätte es den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Kollegen Bolte gegeben. Die hätten Sie aber wahrscheinlich auch nicht zugelassen.

Herr Kollege Olejak hat sich allerdings zu einer Kurzintervention gemeldet.

Marc Olejak (PIRATEN): Vielen lieben Dank. – Sehr geehrter Herr Dr. Orth, um es in einem einzigen Namen zusammenzufassen, was Sie gerade gesagt haben: Gustl Mollath. Das sagt eigentlich alles, nämlich dass wir in Deutschland nicht immer sagen dürfen, was wir denken.

(Beifall von den PIRATEN – Widerspruch von der CDU)

Es geht also überhaupt nicht darum, inwieweit wir hier keinerlei Regelungen haben sollten, haben könnten, haben wollten.

Dr. Robert Orth[*)] (FDP): Wenn Sie allen Ernstes sagen, dass wir in Deutschland nicht sagen können, was wir denken, solange wir nicht die Rechte anderer verletzen, haben Sie entweder eine gestörte Wahrnehmung oder ich ein falsches Demokratieverständnis.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der freundlichen Einladung des Abgeordneten Bolte nach Bielefeld und des Abgeordneten Sieveke nach Paderborn folgen hoffentlich viele. Denn sie könnten dann mit der alten Volksweisheit aufräumen: Der liebe Gott in seinem Zorn erschuf Bielefeld und Paderborn.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall von Matthi Bolte [GRÜNE] und Daniel Sieveke [CDU] – Zuruf von der CDU: Verhaltener Beifall!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten beiden Tagen sehr kritisch und, wie ich finde, auch sehr kontrovers über die Vorgänge rund um Prism und Tempora diskutiert und debattiert. Ich glaube, in der Zielrichtung sind wir uns einig: Sowohl auf Bundes- wie auch auf europäischer Ebene müssen unsere Fragen schnell und vor allem umfassend beantwortet werden, und zwar ohne Wenn und Aber. Das ist unter befreundeten Staaten eine Selbstverständlichkeit. Ich bin sehr gespannt, mit welchen Informationen Bundesinnenminister Friedrich aus den USA zurückkehren wird und wann er dies den Ländern mitteilen wird.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das sind wir auch! – René Schneider [SPD]: Der alte Whistleblower!)

Allerdings habe ich mit dem Antrag der Piraten ein Problem: Ich glaube, dass wir völlig unterschiedliche Auffassungen darüber vertreten, wen wir in welchen Fällen und unter welchen Voraussetzungen schützen müssen.

Es gibt eine klare Linie zwischen Zivilcourage auf der einen und dem Begehen von eigenen Straftaten auf der anderen Seite. Diese Grenze ist sehr dünn. Diese Grenze kann schnell überschritten werden. Deshalb müssen wir ganz genau und sehr scharf formulieren, wenn es darum geht, Menschen schützen zu wollen, die Insiderwissen preisgeben.

Solch eine präzise Formulierung vermisse ich in Ihrem Antrag. Das fängt schon damit an, dass Sie den Begriff „Whistleblower“ nicht definieren. Laut deutsch-englischem Wörterbuch kommt „whistle“ von „Pfiff“ wie „verpfeifen“, und „Whistleblowing“ bedeutet eigentlich „verräterisch sein“. Daran wird vielleicht ein bisschen deutlich, dass wir – hoffentlich alle – keine Art von Geheimnisverrat gutheißen wollen.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

Das können wir so, glaube ich, alle nicht wollen. Ich vermute mal, dass auch Sie das nicht meinen. Das wird in Ihrem Antrag aber so nicht deutlich.

Was den Landesdienst und den öffentlichen Dienst angeht, haben wir bereits Regelungen, und zwar für alle Beschäftigten, egal ob Angestellte oder Beamte. Sie haben die grundsätzliche Pflicht zur Verschwiegenheit. Ich glaube, aus gutem Grund. Das ist gut so.

Aber dass diese Pflicht zur Verschwiegenheit Grenzen hat, ist auch völlig klar. Eine Verpflichtung zur Verschwiegenheit wird dann aufgehoben, wenn geplante Straftaten anzuzeigen sind.

Nehmen wir mehrere fiktive Beispiele:

Wenn in meinem Ministerium bekannt würde, dass ein Mitarbeiter in einem Büro jeden Tag Geld fälscht, müsste derjenige, der das weiß, dies zur Anzeige bringen, um sich nicht selbst strafbar zu machen.

Wenn ein Mitarbeiter meines Ministeriums weiß, dass ein Kollege in seiner Freizeit Autos anzündet, muss er dies zur Anzeige bringen, wenn er sich selbst nicht strafbar machen will.

Das sind rein fiktive Beispiele. Aber sie zeigen, dass das Recht bereits jetzt Fälle vorsieht, in denen Menschen geschützt werden, die dringend notwendige Hinweise haben und diese weitergeben wollen.

Übrigens haben wir bezogen auf Korruption eine ganze Reihe von Möglichkeiten geschaffen, damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anonym Hinweise geben können, zum Beispiel in den Ressorts an die Innenrevision. Wenn Bürgerinnen und Bürger den Verdacht auf Korruption äußern wollen, steht hierfür eine Hotline des LKA zur Verfügung. – Herr Herrmann, die Telefonnummer ist inzwischen korrigiert. Herzlichen Dank für den Hinweis!

Ich finde, dass diese Maßnahmen auch betrachtet werden müssen. Aber ich bin im Rahmen einer sachlichen Diskussion in den Ausschüssen für alles offen, wie wir das möglicherweise ergänzen können. Wenn wir Hinweise bekommen wollen, was wir in einem Rechtsstaat natürlich wollen und auch müssen, dann müssen die Menschen innerhalb der Rechtstaatlichkeit eine Adresse, eine Plattform oder ein Forum finden, wo sie solche Hinweise hinterlegen können. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich die Beratung zum Tagesordnungspunkt 1.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 16/3437** an den **Innenausschuss,** der die Federführung erhalten soll, und mitberatend an folgende Ausschüsse: **Hauptausschuss, Rechtsausschuss** und **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk.** Die abschließende Beratung und Abstimmung wird im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Sich enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

2 Einführung rechtsverbindlicher Mindeststandards für die Putenhaltung

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/3422

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Börner das Wort.

Frank Börner (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der Einführung von rechtsverbindlichen Mindeststandards für die Putenhaltung wollen die Fraktionen von SPD und Grünen endlich sicherstellen, dass sich die Bedingungen in der Massentierhaltung für diese Tiere auf ein erträgliches Niveau verbessern.

Es gibt bis heute keine verbindlichen Richtlinien, die erklären, welche Voraussetzungen für die Putenhaltung getroffen werden müssen. Weder Maßnahmen, die das Sozialverhalten der Tiere untereinander verbessern, noch die richtige Versorgung mit Futter oder Medizin sind geregelt.

Die zu enge Haltung der Tiere, insbesondere in den letzten Wochen ihres Lebens, führt dazu, dass sie Aggressionen entwickeln und sich gegenseitig verletzen. Um diese Verletzungen zu mildern, wird den Küken direkt nach dem Schlüpfen ein Teil des Schnabels mit einem Messer oder einem Laserstrahl entfernt. Damit verlieren sie ein wichtiges Tastorgan und die Möglichkeit, sich artgerecht zu entwickeln oder ihre Hygiene zu organisieren. Das Schnabelkürzen ist in NRW verboten, es sei denn, es gibt für den Einzelfall eine Sondergenehmigung. Eine solche Sondergenehmigung wird in NRW trotz dieses Verbotes in jedem Fall erteilt.

Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass über den Bundesrat die Haltung von Puten artspezifisch geregelt wird. Das betrifft die Größe und die Dichte des Bestandes, die Organisation von Beschäftigungselementen, den Auslauf, das Futter, die Beleuchtung, die Belüftung, die Stallhygiene, die Gesundheitskontrolle, den Einsatz von Medikamenten und die Notfallversorgung.

In einem zweiten Schritt wollen wir uns über den Bundesrat bzw. ab dem 22. September über die Bundesregierung dafür einsetzen, dass diese Regelungen EU-weit gelten.

Ferner sollen die Bußgelder bei Verstößen so hoch bemessen sein, dass es sich im Zweifelsfall nicht rechnet, diese betriebswirtschaftlich einzukalkulieren.

In Nordrhein-Westfalen wollen wir mit Kontrollen die Einhaltung der schon vorhandenen Vorschriften verbessern.

Das bestehende Verbot des Schnabelkürzens soll in NRW umgesetzt werden. Hierzu wollen wir mit den Verbänden ins Gespräch kommen. Bis zum Beginn des Jahres 2017 müssen Lösungen greifen, die das Schnabelkürzen nicht mehr notwendig werden lassen. Wir wollen mit den Vertretern der Putenmastbetriebe einen Maßnahmenplan erstellen, der dieses Ziel Wirklichkeit werden lässt.

Wir sind uns sicher, dass es auch für den Tierschutz keinen Sinn macht, übereilte Forderungen aufzustellen. Es bringt uns nichts, wenn die Puten dann in Hessen, Bayern oder Rumänien gemästet werden und dort gegebenenfalls noch schlechtere Bedingungen erleben müssen.

Deshalb diese Frist, die wir aber auch als Frist sehen und nicht überschreiten wollen.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, es geht um den Respekt im Umgang mit Tieren, es geht um den Verbraucherschutz, die Produktion von hochwertigen Lebensmitteln, die Vermeidung von Antibiotika im Fleisch und von entsprechenden Folgeerkrankungen beim Verbraucher.

Wir freuen uns auf eine spannende Diskussion im Ausschuss, aber auch mit den Vertretern der Putenmastbetriebe auf dem Weg zu einer artgerechten Aufzucht von Puten in NRW. – Glückauf!

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Börner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Rüße.

Norwich Rüße[*)] (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist jetzt ziemlich genau ein Jahrzehnt her, dass hier im Landtag das Thema „Putenhaltung“ schon einmal thematisiert wurde, und zwar mittels einer Kleinen Anfrage des damals zuständigen Abgeordneten Reiner Priggen.

Wenn man die Antwort des Ministeriums liest, dann kann man nur eines feststellen: Alle Probleme in der Putenhaltung, die wir heute kennen und die unbestreitbar sind, waren damals schon bekannt und sind damals in der Antwort auf die Kleine Anfrage auch benannt worden. Ein übertriebener Medikamenteneinsatz ist thematisiert worden, Qualzuchten sind thematisiert worden und natürlich auch die unsägliche Praxis des Schnäbelkürzens.

Aus genau dieser Zeit gibt es parallel ein umfängliches Gutachten einer Professorin zu der Frage, wie man die Stallhaltung der Puten verändern müsste, damit die Lebensbedingungen der Tiere endlich akzeptabel sind. In diesem Gutachten geht es darum, wie man die Besatzdichten und die Stallstrukturen verändern müsste, damit die Tiere ihr Verhalten ausleben können. Es geht darum, wie man das Futter verändern müsste. – Es gibt also seit über einem Jahrzehnt viele Antworten auf die Zustände in der Putenhaltung.

Was hat sich seitdem getan? – Herzlich wenig! Die Missstände in der Putenhaltung sind immer noch so, wie sie vor zehn Jahren waren. Wir alle wissen ja – das ist ein geflügeltes Wort –: Der Fortschritt ist eine Schnecke. Bezogen auf die Putenhaltung kann man sagen: eher eine Wanderdüne.

Wenn wir auf die bundeseinheitlichen Eckwerte zur Haltung von Mastputen schauen, die gerade aktualisiert worden sind, wird das ganz deutlich. Alle Experten sagen uns, wir müssten die Besatzdichte in den Putenställen deutlich verringern, um zu Verbesserungen zu kommen.

Wenn die Missstände so sind, wie sie sind, würden wir ja erwarten, dass bei der Erneuerung dieser freiwilligen Haltungsvereinbarung die Besatzdichte wirklich mal deutlich gesenkt wird.

Aber: Wir lesen in der erstmaligen Vereinbarung von 1999 von 52 kg weiblicher Puten pro Quadratmeter, und in der Neuauflage von 2013 finden wir wieder 52 kg weiblicher Puten pro Quadratmeter. Das ist erbärmlich! Nicht mal 100 g weniger pro Quadratmeter haben die Putenhalter zugestanden. Die Puten müssen immer noch eng an eng leben. Was uns dort geboten wird, ist deutlich zu wenig.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Das ist ein Armutszeugnis angesichts der gesellschaftlichen Debatte über Tierhaltung, die sich in den letzten zehn Jahren noch deutlich verstärkt hat. Hier hätte ich viel mehr erwartet. Daher ist für uns auch klar, dass freiwillige Vereinbarungen an dieser Stelle überhaupt nicht ausreichend sind und dass wir endlich zu einer gesetzlichen Regelung kommen müssen.

Ich will noch eine Sache erwähnen. Minister Remmel hat in puncto Hähnchenmast mit der Antibiotikastudie ja wirklich Aufsehen erregt. Wir haben damals dargestellt, wie stark der Antibiotikaverbrauch ist; 80 % der Hähnchen sind damit behandelt. Wenn man die Putenmast hinzunimmt – die Ergebnisse werden noch kommen –, stellt man fest: Da ist es noch deutlich schlimmer. Wenn man Antibiotika als einen Indikator für schlechte Haltungsbedingungen nimmt, dann muss man sagen, dass die Haltungsbedingungen in der Putenmast zu 100 % schlecht sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Obwohl wir die Tiere dauermedikamentieren, haben wir noch Entzündungen an den Fußballen, Brusthautentzündungen, Gelenkdegenerationen und

Herz-Kreislauf-Probleme bei den Puten aufgrund von Überzüchtung.

Deshalb ist ein „Weiter so!“ mit uns nicht mehr machbar. Es ist auch deshalb nicht machbar, weil die Pute die einzige wichtige landwirtschaftliche Nutztierart ist, die nicht gesetzlich geregelt ist. Wir verstehen überhaupt nicht, wie man hier noch darauf beharren kann, das freiwillig weiterzumachen. Warum sollen wir die Pute nicht mit Rind, Schwein oder Masthuhn gleichstellen? Die Nutztierhaltungsverordnung kann genauso gut Regelungen für die Pute vorsehen wie für alle anderen Tiere. Das ist auch gerecht beispielsweise gegenüber den Schweinemästern. Denn für sie gibt es klare gesetzliche Bestimmungen. Sie können sich ihre Haltungsvorschriften auch nicht aussuchen. Daher werden wir da bei der Pute nachziehen. Das ist macht Sinn, das schafft Rechtsgleichheit für alle Tierhalter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir machen ernst mit deutlich mehr Tierschutz. Wir wollen klare und verbindliche Haltungsvorschriften haben.

Wir wollen auch ein klares Signal bei der Schnabelkürzung haben. Um es deutlich zu sagen: Wir wollen die Schnabelkürzung abschaffen.

Aber – dafür steht auch diese Koalition, dafür steht auch der Minister – wir machen ein faires zeitliches Angebot an die Branche. Wir sagen nicht: „von heute auf morgen“, sondern wir geben noch mal eine Frist. Zwar hätten die letzten zehn Jahre genutzt werden können; trotzdem gibt es dieses Angebot. Wir erwarten aber auch, dass dann Schluss ist.

Wir wollen mit anderen gesetzlichen Standards gute, bessere Haltungsbedingungen in den Ställen erreichen, auch wenn wir wissen, dass es immer noch Nutztiere sind.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Norwich Rüße[*)] (GRÜNE): So, wie es jetzt ist, geht es nicht. Wir wollen weniger Erkrankungen, weniger Antibiotikaeinsatz. Das sind wir den Tieren, aber auch den Menschen hier in NRW schuldig, die eine andere Haltung wollen.

Zum Schluss sage ich noch: Heute steht mediterranes Putengeschnetzeltes auf dem Speiseplan der Landtagskantine. Ich persönlich tue mich schwer damit, das zu essen.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Kollege Rüße. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Wirtz.

Josef Wirtz (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Herr Kollege Rüße für den Hinweis. Ich freue mich schon auf das Putengeschnetzelte heute Mittag.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP – Hanns-Jörg Rohwedder [PIRATEN]: Hoffentlich sind da ordentlich Medikamente drin! – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, gut gemeint ist nicht automatisch gut gemacht. Der vorliegende Antrag zur Einführung rechtsverbindlicher Mindeststandards für die Putenhaltung ist dafür ein anschauliches Beispiel. Er ist gut gemeint, schießt aber am Ziel vorbei.

Inhaltlich weist der Antrag einige Schwächen auf. Entweder sind diese auf eine schlechte Recherche zurückzuführen oder aber auf Täuschung. Die dargestellten Zahlen zum stetigen Anstieg des Putenfleischverbrauchs sind sachlich falsch. Sie verschweigen nämlich, dass sowohl der Pro-Kopf-Verbrauch in Deutschland seit 2010 um 5 % zurückgegangen ist als auch die Anzahl der eingestallten Küken abgenommen hat.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

– Herr Kollege Rüße, die Anzahl der eingestallten Küken ist im Vergleich zum vergangenen Jahr um 6,8 % zurückgegangen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Also nix geändert!)

Wir können also festhalten: Der Putensektor wächst nicht mehr, sondern er schrumpft. – Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfraktionen, das zur Qualität Ihres Antrags!

Trotzdem begrüßen wir eine rechtsverbindliche Regelung der Putenhaltung,

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

aber nur, wenn sie sich an der Realität orientiert und nicht zu Wettbewerbsnachteilen für unsere Produzenten führt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang unterstützen wir auch Ihre Forderung, sich für die Einführung von Mindeststandards in der EU einzusetzen, ausdrücklich. Eine europaweit einheitliche Regelung wäre für alle Beteiligten das richtige Signal.

Bemerkenswert ist jedoch: Die von Ihnen als unzureichend bezeichneten bundeseinheitlichen Eckpunkte tragen Ihre Handschrift. Genauer gesagt trägt diese im Frühjahr 2013 aktualisierte Vereinbarung die Unterschrift von Herrn Prof. Dr. Jaeger. Er ist der zuständige Mitarbeiter im Landwirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen. Neben den Vertretern der Länder und des Bundes waren auch zahlreiche Experten aus dem Tierschutz und der Wissenschaft daran beteiligt. Wie kann es dann sein,

dass diese von Ihnen mitgetragene Regelung nach nicht einmal drei Monaten schon wieder als unzureichend bezeichnet wird?

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Wirtz, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Der Kollege Rüße würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Josef Wirtz (CDU): Gerne.

Norwich Rüße[*)] (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege Wirtz. – Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass, was die Unterschriften unter der Vereinbarung anbelangt, der Vertreter des Tierschutzes seine Unterschrift wieder zurückgezogen hat, weil er sich nicht darüber im Klaren war, was er dort unterschrieben hat? Er dachte, er hätte ein Protokoll unterschrieben.

Josef Wirtz (CDU): Herr Kollege Rüße, ich habe die Vereinbarung hier. In meiner Vereinbarung steht unten rechts auf der ersten Seite des Unterschriftenblattes: „Herr Prof. Dr. Friedhelm Jaeger, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen.“ – Das ist Ihr oberster Tierschützer.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir erkennen daran, dass die Halbwertzeiten Ihrer Beschlüsse immer kürzer werden und mittlerweile ernste Sorgen machen. Einen ähnlichen Vorwurf müssen Sie sich beim Thema „Gesetzliche Regelung zum Schnabelkürzen“ gefallen lassen. Hier war es ebenfalls Ihr oberster Tierschutzfachmann im Ministerium, Prof. Dr. Jaeger, der gemeinsam mit den Putenerzeugern eine Studie initiiert hat, um wissenschaftlich belastbare Erkenntnisse zur Umsetzung dieser Forderung zu gewinnen. Diese Studie soll in Kürze in Auftrag gegeben werden. Das zeigt doch ganz deutlich, dass es sich bei Ihrem Antrag nur um einen Schauantrag handelt, meine Damen und Herren. Es wird bereits an Verbesserungen für den Tierschutz gearbeitet.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Wirtz, Entschuldigung! Ich muss Sie noch einmal unterbrechen. Der Kollege Rüße würde Ihnen gerne eine zweite Frage stellen.

Josef Wirtz (CDU): Ja, gerne.

Norwich Rüße[*)] (GRÜNE): Vielen Dank. – Natürlich ging es nicht um Herrn Prof. Dr. Jaeger, es ging um den Tierschutzvertreter, Herrn Styrie. – Meine Frage jetzt lautet: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es in diesem Staat eine Gewaltenteilung – eine Legislative und eine Exekutive – gibt, dass wir hier Legislative sind und selbstverständlich als Fraktion auch die Möglichkeit haben, eigene Gesetzesvorstöße zu initiieren?

Josef Wirtz (CDU): Herr Kollege Rüße, vielen Dank für diese Frage. Mein Demokratieverständnis sagt mir schon seit längerer Zeit, dass ich genau das weiß. Was das in dem Zusammenhang mit Ihrem Antrag zu tun hat, entzieht sich meiner Kenntnis.

Bisher war ich – das zu Ihnen – der Auffassung, dass Sie sich nur mit der Tierhaltung im Winter auskennen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich darf fortfahren.

Ich habe eben von der Studie gesprochen. Es ist doch ein ganz normaler Vorgang, dass man auf der Grundlage dieser Ergebnisse – wir, aber auch Sie, meine Damen und Herren – verantwortungsvoll über das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit entscheidet. Unklar ist nach wie vor auch, wer in Zukunft die getroffenen Regelungen überprüfen wird. Das geht aus Ihrem Antrag nicht hervor. Notwendig wäre hierfür auch eine vorherige Definition der Kriterien, welche die Grundlage für intensivere Kontrollen bilden.

Wie Sie sehen, gibt es noch einige Stellen in Ihrem Antrag, die dringend nachgebessert werden müssen. Wir freuen uns deshalb auf konstruktive Beratungen im Umweltausschuss. Am Ende müssen wir gemeinsam eine Lösung im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher finden. Diese Regelungen müssen dann den Tierschutz noch effektiver machen, aber gleichzeitig – ich sage das ausdrücklich – jeden Wettbewerbsnachteil verhindern. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wirtz. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich Herrn Kollegen Busen von der FDP das Wort erteile, möchte ich gerne – weil in diesem Haus immer alles seinen Weg in die Medien findet – ergänzend feststellen: Herr Kollege Rüße hat recht. Bei dem Putengeschnetzelten handelt es sich allerdings um das heutige Sondergericht im Landtagsrestaurant. Man kann wählen zwischen afrikanischem Kartoffelcurry mit Banane, Zanderfilet mit Zitrone und jungem Knoblauch sowie Chili vom Rind. – Wenn Sie das Speisenangebot diskutieren möchten, dann bitte demnächst an der richtigen Stelle. – Vielen Dank, Herr Kollege Rüße.

(Beifall)

Herr Kollege Busen von der FDP hat das Wort.

Karlheinz Busen[*)] (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Regierungsfraktionen greift natürlich ein wichtiges Thema auf. In den letzten Jahren hat die konventionelle Putenmast – das wissen wir alle – erheblich zugenommen. In Deutschland werden mittlerweile 11 Millionen Puten gemästet. Die Entwicklung im Stallbau schreitet in starkem Maße voran. Dadurch haben Fragen in Bezug auf das richtige Stallklima, die Belüftung, die Beleuchtung, die Einstreu, das Futter, die Wasserversorgung und die Besatzdichte eine ganz neue Dimension bekommen. Einige Entwicklungen der letzten Jahre hinsichtlich der Besatzdichte und der Zucht sind sicherlich auch mit einem großen Fragezeichen zu versehen.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Ich möchte aber eines klarstellen: Selbstverständlich gibt es – anders als SPD und Grüne in der Antragsüberschrift suggerieren – bereits rechtsverbindliche Mindeststandards für die Putenhaltung.

(Beifall von der FDP)

Für Landwirte gilt selbstverständlich § 2 des Tierschutzgesetzes und das eherne Leitprinzip, dass sich die Haltungsbedingungen den Tieren anzupassen haben und nicht umgekehrt. Aber – soweit gebe ich Ihnen Recht – das Tierschutzgesetz enthält viele unbestimmte Rechtsbegriffe. Um diese zu konkretisieren, gibt es die Möglichkeit, Mindesthaltungsbedingungen in der Tierschutznutztierhaltungsverordnung festzulegen, zum Beispiel zur Bauweise von Ställen oder zu Fütterungs- und Tränkungseinrichtungen.

Das betrifft vor allem auch die Gabe von Antibiotika. Die Haltungsbedingungen von Puten müssen so ausgestattet werden, dass die antibiotikafreie Mast die Regel, der Einsatz von Antibiotika die Ausnahme wird.

(Beifall von der FDP)

Da Landwirten das Wohl ihrer Tiere mindestens genauso am Herzen liegt wie dem Parlament, halten wir es grundsätzlich für richtig, den Landwirten konkrete Handlungsempfehlungen an die Hand zu geben, die auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren, um dem Wohl der Tiere noch besser gerecht zu werden.

(Beifall von der FDP)

Daher halten wir die Einführung einer entsprechenden Verordnung grundsätzlich für einen guten Weg, wenn sie gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen für alle schafft. Wichtig ist auch, dass wir uns konsequent für entsprechende Mindeststandards auf europäischer Ebene einsetzen. Deswegen haben wir in unserer Bewertung dieses Antrags auch nicht berücksichtigt, dass sich Minister Remmel zurzeit in einem Kleinkrieg mit den Geflügelhaltern verzettelt und diese Initiative durchaus als Repressionsmaßnahme des Ministers verstanden werden könnte.

(Beifall von der FDP)

Für die FDP ist entscheidend, dass praxistaugliche Regelungen gefunden werden, die sowohl dem Wohl der Tiere dienen, als auch den Bauern nicht die Luft zum Atmen nehmen.

(Beifall von der FDP)

Insoweit kommt es letztlich auf die Detailregelungen an. Beispielsweise gibt es in Niedersachsen einen sehr präzisen Leitfaden zu tierschutzrelevanten Mindestanforderungen für die Putenmast. Solche Einzelfragen sollten wir im Ausschuss näher beraten und diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Busen. – Für die Fraktion der Piraten spricht Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Nicht erst seit diesem Antrag sollten jedem klar sein, wie dramatisch die Situation in der Putenhaltung ist. Schockierende Medienberichte machen uns immer wieder darauf aufmerksam, welchen Preis wir für ständig wachsenden Fleischkonsum zahlen müssen.

Wenn ich wieder einmal einen dieser Berichte über die Situation bei Wiesenhof-Subunternehmern sehe, wird mir einfach nur schlecht: In der abstrusen Welt der Lebensmittelkonzerne werden Tiere meist nicht mehr als Lebewesen und schützenswert betrachtet, sondern als Fleischmasse auf Beinen – wenn die überzüchteten Puten überhaupt noch laufen können!

Alleine schon aus diesen Grünen freuen wir uns über den vorliegenden Antrag. Nur werden solche Vorschriften allein nicht ausreichen. Schon seit Jahren gibt es die nämlich für Hühner oder Schweine. Schaut man sich an, welches Dasein diese Tiere in so manchen Ställen fristen müssen, kommen einem schon Zweifel daran, wie sinnvoll solche Vorschriften oder Verbote sind. Eine echte Änderung kann also nicht auf diesem einen Bein stehenbleiben. Neben den notwendigen Richtlinien zur Haltung muss es effiziente Kontrollen geben, um die Einhaltung sicherzustellen.

Die Kontrollergebnisse müssen dann den Verbrauchern zur Verfügung gestellt werden, damit sie die Informationen haben, um für sich selbst und die Tiere die richtigen Entscheidungen treffen zu können.

(Beifall von den PIRATEN)

Nicht zuletzt ist eine gute Verbraucherbildung notwendig, die schon in den Schulen beginnt.

Erst durch diese vier Standbeine – Richtlinien, Kontrollen, Informationen und Bildung – wird daraus ein

Tisch, von dem ich auch noch gerne essen mag. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ziel einer zukunftsorientierten Landwirtschaft muss es sein, Tierhaltung im Einklang mit den Tierschutzanforderungen bezogen auf die Tiere mit der räumlichen Lage der landwirtschaftlichen Betriebe sowie der Erwartung der Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten. Das ist die zurzeit vielleicht etwas lange Überschrift über viele Fragestellungen in der Tierhaltung:

Die Verbraucherinnen und Verbraucher fragen immer mehr danach, wie die Tiere gehalten werden. Ihre Kaufentscheidungen orientieren sich auch an den Ergebnissen ihrer Nachfragen. Deswegen geht es nicht nur um eine notwendige Klärung, im Sinne des Tierschutzes bezogen auf die einzelnen Haltungsbedingungen zu klaren Regelungen zu kommen, sondern es geht auch um eine ökonomische Frage für die Landwirtschaft und die Mastbetriebe, unter klaren Voraussetzungen und Anforderungen eine sichere, ökonomisch planbare Zukunft zu haben.

Die Haltung von Puten ist davon allerdings noch weit entfernt. Die Phänomene sind beschrieben worden: Zucht auf möglichst große Brustfleischanteile mit den dadurch bedingten Brustblasen, entzündete Fußballen, daraus resultierende Fußballennekrosen, abgeschnittene Schnäbel. All das ist heute – noch, sage ich – Realität in den Putenställen.

Deshalb begrüße ich es sehr, dass der vorliegende Antrag diese Missstände aufgreift, Verbesserungen und gesetzliche Regelungen für die Putenhaltung in Deutschland einfordert.

Wir haben uns bereits im Vorfeld mit dieser Frage befasst und erste Eckpunkte für die Verbesserung der Putenmast erarbeitet. Insofern sehe ich mich unterstützt und bestätigt.

Gesetzliche Vorgaben allerdings, Herr Busen, müssen in der Tiernutzhaltungsverordnung geregelt werden. Das ist eine Regelung, die auf Bundesebene stattfindet. Die Bundesregierung ist schon mehrfach aufgefordert worden, die Initiative zu ergreifen. Das Thema war Gegenstand einer Bundestagsdebatte. Aber bisher klaffen in diesem Bereich des Tierschutzes Reden und Handeln der Bundesregierung offensichtlich auseinander. Wir wollen deshalb mit einer Initiative weiterer Bundesländer – insbesondere in enger Abstimmung mit Niedersachsen – vorstoßen. Sie wissen: In Niedersachen befindet sich das Zentrum der Putenzucht und Putenhaltung in Deutschland!

Konkret arbeiten wir an einer Bundesratsinitiative, um unter anderem verbindliche Vorgaben für eine art- und bedürfnisangemessene Haltung sowohl hinsichtlich der Besatzdichte, des Auslaufs, des Futters, der Beschaffenheit des Einstreus, der Erneuerungsintervalle, der Einrichtung und des Beschaffungsmaterials, der Belüftung, der Evakuierung im Brandfall zu erarbeiten. Dabei handelt es sich um die Kriterien, die auch ansonsten in den Haltungsverordnungen bezogen auf andere Masttiere vorgeschrieben werden.

Insofern geht es also um die Füllung einer Lücke, die der Gesetzgeber bisher nicht geschlossen hat.

Es geht darum, auch die Auswirkungen einer einseitigen Hochleistungszucht kritisch zu hinterfragen und Lösungen einzufordern. Eine Zucht, die darauf abzielt, den Tieren immer höhere Leistungen abzufordern, ohne dass die Tiere selbst dies leisten können, führt dazu, dass Krankheiten aufkommen und insofern verstärkt Krankheitsbehandlungen in der Mastphase vor allem am Ende eingeplant werden müssen.

Dieses schnelle Wachstum und ein „Immer weiter so“ müssen beendet werden. Wir müssen die Haltung und die Zucht den Tieren anpassen und nicht umgekehrt.

In der Vergangenheit sind bestimmte Rassemerkmale und Zuchtziele einzig und allein auf die Produktion und die Masse ausgerichtet worden und nicht auf die Tierhaltung. Wir haben auch feststellen müssen, dass freiwillige Vereinbarungen offensichtlich nicht weiterhelfen. Deshalb ist es notwendig, hier zu gesetzlichen Regelungen zu kommen. In einem konstruktiven Dialog mit den beteiligten Verbänden sollen Eckwerte diskutiert werden, um die gesetzlichen Normen weiterzuentwickeln. Wir wollen zielorientiert zu Tiergesundheit und Tiergerechtigkeit beitragen.

In diesem Sinne unterstützen wir den Antrag und freuen uns auf eine gute gemeinsame Arbeit. Ich habe vernommen, dass auch die anderen Fraktionen des Hauses in der grundsätzlichen Zielsetzung nicht abweichen.

Gestatten Sie mir eine klarstellende Bemerkung zu Herrn Prof. Jaeger. Er ist ein sehr verdienstvoller Mitarbeiter meines Hauses, der sich an den Stellen, an denen er tätig ist, für den Tierschutz und für eine gute Tierhaltung einsetzt. Ich glaube, das ist unbestritten. Er kann sich allerdings nur im Rahmen der Möglichkeiten bewegen, die derzeit gesetzlich gegeben sind. Wo er kann, setzt er sich immer für Verbesserungen ein. Insofern ist das, was er gezeichnet oder betrieben hat und gemeinsam mit den

Putenhaltern anstrebt, in diesem Sinne zu interpretieren. Daran habe ich überhaupt keinen Zweifel.

Er wird genau diese Linie nicht nur verfolgen, sondern er hat sie auch so vorgeschlagen, wie es die Koalitionsfraktionen nun im Antrag formuliert haben und wie ich es heute vorgetragen habe. Deshalb bitte ich, ihn nicht weiter zu diskreditieren.

Wir kämpfen gemeinsam für eine Verbesserung in der Putenmast. Wir haben noch einen Weg für die Landwirtschaft, aber auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher vor uns. Hier gibt es noch viel zu tun. – Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 48 Sekunden überschritten hat.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ist das möglich!)

Gibt es noch Wortmeldungen aus den anderen Fraktionen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind wir am Schluss der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/3422** an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.** Abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung angenommen.

Ich rufe auf:

3 Handeln statt Abwarten: Bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen jetzt sicherstellen!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3454

Ich eröffne die Beratung und erteile für die FDP-Landtagsfraktion Herrn Kollegen Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vereinbarkeit von Familie und Beruf und frühkindlicher Bildung ist eines der zentralen Themen dieser Landespolitik der letzten Jahre. Wenn man über diese Themen spricht, ist mit Sicherheit eines der relevanten Themen der U3-Ausbau. Die Kommunen und die Städte in unserem Land haben in den letzten Jahren erhebliche Kraftanstrengungen hierzu geleistet. Allerdings besteht kein Grund, sich darauf auszuruhen.

Was wir in den letzten Wochen und Monaten erlebt haben, hat uns veranlasst, das Thema noch einmal in die Landtagsdebatte zu holen. Seit März bis zum gestrigen Tag feierte sich diese Landesregierung für die vorgelegten statistischen Zahlen ab und hat ansonsten das Arbeiten in dem Bereich eingestellt. Sie feiern sich für die 32-%-Quote ab. 145.000 Betreuungsplätze sollen vorhanden sein. Wir wissen mittlerweile, dass dies nicht so sein wird, weil diese 145.000 Plätze nicht überall zum 1. August zur Verfügung stehen werden. Selbst Ihre Generalsekretärin Andrea Nahles hat das heute noch einmal in einem Interview bekräftigt.

Wir müssen daher feststellen, dass wir von einer bedarfsgerechten Betreuungsinfrastruktur extrem weit entfernt sind. Das hat die Anhörung in der letzten Woche im Ausschuss auch noch einmal gezeigt. In drei Wochen gilt der Rechtsanspruch für unter Dreijährige. Ihr Ziel muss es sein, ein bedarfsgerechtes Angebot im ganzen Land zu garantieren. Wir können heute schon feststellen, das wird nicht so sein. Damit sind Sie mit dem Rechtsanspruch in Nordrhein-Westfalen gescheitert.

Gerade in den Ballungsgebieten fehlen tausende Betreuungsplätze. Allein bei mir in Wuppertal sind es über 1.000 Plätze. In Köln, in Dortmund, in Essen und in Leverkusen sieht die Lage nicht anders aus. In allen großen Städten fehlen bis zu 20 % der Plätze. Das kann Sie doch nicht zufriedenstellen, oder? Das muss Sie doch umtreiben und Ihnen eigentlich auch schlaflose Nächte bereiten.

Sie regieren nun seit drei Jahren und können dem Parlament bis heute nicht sagen, wie die Bedarfssituation in den einzelnen Städten überhaupt aussieht. Das halte ich für eine sehr traurige Situation, weil man ohne Kenntnis des Bedarfs keine vernünftige Politik machen kann. Sie schieben alles nur auf die 32-%-Quote. Sie haben bis heute nicht verstanden, das ist eine reine Messzahl und hat mit einem Rechtsanspruch nichts zu tun.

Deswegen fordere ich Sie hier und heute noch einmal auf, ein vernünftiges Controlling auf den Weg zu bringen. Ermitteln Sie endlich einmal den Bedarf. Legen Sie Planzahlen vor und gehen Sie dann in die Umsetzung mit den Kommunen, um dort nachzujustieren, wo es notwendig ist.

Wir hätten von Ihnen in den letzten fünf oder sechs Monaten einen richtigen Endspurt erwartet. Was ist in den letzten Monaten passiert, außer dem Krippengipfel? Das war eine schöne Veranstaltung mit netten Worten. Seitdem herrscht in Nordrhein-Westfalen eigentlich Stillstand.

(Zuruf von Dietmar Bell [SPD])

Sie haben es in diesen fünf Monaten nicht geschafft, das Thema „Anmeldeverfahren und verein-

fachte Anmeldefristen“ mit den Kommunen auf den Weg zu bringen. Es hat über vier Monate gedauert, bis Sie überhaupt einmal ein Gespräch beginnen. Was machen Sie eigentlich, um die anderen Probleme zu lösen? Ich nenne einmal Stichworte:

Über gemeindefremde Kinder diskutieren wir seit eineinhalb Jahren: keine Lösung.

Investitionskosten in den Kommunen werden mittlerweile zu einem Riesenproblem bei unter dreijährigen Kindern, die dann älter werden. Wo ist Ihre Lösung dazu?

Was machen Sie, um die Tagespflege attraktiver zu gestalten? Keine Antwort.

Was machen Sie, um dem Erzieherinnenmangel vorzubeugen?

Was machen Sie, um den Beruf der Erzieherin attraktiver zu machen?

Was machen Sie, wenn die Kitas keine Leitung bekommen, weil der Beruf so unattraktiv ist?

Was ist Ihr Programm?

Ich habe in den letzten Wochen und Monaten nichts von Ihnen gehört.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Im letzten halben Jahr haben wir dazu keine Maßnahmen gesehen, damit mehr Eltern tatsächlich einen guten Betreuungsplatz bekommen. Ich möchte Ihnen noch sagen, warum das nicht funktioniert. Sie haben die Prioritäten in Nordrhein-Westfalen vollkommen falsch gesetzt.

(Zuruf von Dietmar Bell [SPD])

Sie hätten Prioritäten auf Qualitätsausbau und auf den U3-Ausbau setzen sollen, nicht auf eine Beitragsfreiheit. Da fehlt im Moment tatsächlich das Geld. Sie haben 150 Millionen € für die Besserverdiener hinausgeworfen und nicht in den Qualitätsausbau investiert. Sie haben damit keinen zusätzlichen U3-Platz geschaffen.

Das Einzige, was passiert ist, ist auf Druck der Opposition passiert, nämlich, dass Sie jetzt eine Ombudsstelle eingerichtet haben, damit die Eltern sich auch beschweren können und da entsprechend etwas behoben wird.

(Beifall von der FDP)

So sieht es allerdings aus. – Die Wahrheit tut weh, Frau Beer, das weiß ich. Aber so ist es.

Deswegen fordere ich Sie hier und heute noch einmal auf: Unterstützen Sie die Kommunen! Bauen Sie die Hürden ab! Legen Sie eine vernünftige Bedarfsanalyse vor, und machen Sie ein entsprechendes Controlling! Und rufen Sie nicht wie gestern immer nach dem Bund,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wir haben Landesgeld in die Hand genommen!)

sondern machen Sie in Nordrhein-Westfalen die Hausaufgaben! Die Menschen leben in Nordrhein-Westfalen, machen Sie Politik für die! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank erst mal an die Opposition und an Herrn Hafke. Ich habe ja vor einiger Zeit an dieser Stelle darum gebeten, dass die Opposition doch bitte zu jedem Plenartag einen Antrag zum U3-Bereich vorlegt, damit die Landesregierung – Herr Witzel, das wäre mir wirklich ein Herzensanliegen – und wir die Möglichkeit haben, den Unterschied herauszuarbeiten zwischen dem, was Sie gemacht haben, und dem, was wir seit 2010 gemacht haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich wiederhole das gerne noch einmal: Wir haben eine Situation, dass die Eltern mit unserem Vorgehen seit 2010 sehr zufrieden sind. Die Träger sind zufrieden. Die Kommunen sind zufrieden.

(Lachen von der CDU)

– Lachen Sie ruhig laut! Sie dürfen auch Zwischenfragen stellen, werte Kollegin. – Das ist so. Was ich berichte, stimmt. Das Einzige, was hier passiert, ist, dass die Opposition …

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, es liegt eine Zwischenfrage des Kollegen Hafke vor.

Wolfgang Jörg (SPD): Ach, Marcel, bitte.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, sehr geehrter Kollege. – Da Sie uns ja quasi aufgefordert haben, eine Zwischenfrage zu stellen, möchte ich das gerne tun und die Frage stellen, ob Sie tatsächlich der Meinung sind, dass die Eltern in den Städten, in denen Tausende von Betreuungsplätze fehlen, tatsächlich mit Ihrer Politik zufrieden sind. In meiner Stadt Wuppertal fehlen über 1.200 Betreuungsplätze, die die Eltern auch brauchen. Sind die jetzt zufrieden mit Ihrer Politik – ja oder nein?

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Hafke, es ist doch völlig klar: Jede Mutter, jeder Vater ist unzufrieden,

wenn ein Betreuungsplatz fehlt. Das sehen wir doch genauso. Deshalb haben wir doch seit 2010 wahnsinnige Anstrengungen unternommen.

Gucken Sie doch bitte heute einmal in die Zeitung! Ich nehme einmal die „Kölnische Rundschau“: NRW legt bei Kita-Plätzen deutlich zu. – Wir sind das Land, das mit am meisten Kita-Plätze im U3-Bereich geschaffen hat. Das haben wir gemacht, weil wir seit 2010 440 Millionen € in diesen Bereich investiert haben. Sie haben in fünf Jahren null Euro investiert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb, Herr Hafke, ist es, glaube ich, ganz wichtig: Wenn man Ansprüche an andere Menschen stellt, sollte man diese Ansprüche bei sich selbst überprüfen.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Deshalb ist die Anlage dieses Antrages völlig unaufrichtig. Sie haben in fünf Jahren nichts gemacht.

(Marcel Hafke [FDP]: Wir haben viele Plätze geschaffen!)

Wir haben eine riesengroße, öffentlich anerkannte Aufholjagd hingelegt. Alle Elternvertreter – noch einmal – sind mit dem Vorgehen, mit unserer Strategie zufrieden. Wir können wirklich sehr stolz und die Ministerin Ute Schäfer kann sehr stolz darauf sein, diesen Wahnsinnsschritt in Nordrhein-Westfalen hinbekommen zu haben.

Hätten wir die Strategie, die Sie zum U3-Ausbau angelegt hatten, so weiterverfolgt, dann wären wir 2030 noch nicht fertig gewesen.

(Walter Kern [CDU]: Das können wir ausrechnen!)

Wir haben das Problem in die Hand genommen und es in der Tat geschafft, eine Riesenaufholjagd zu beginnen.

Aber, Herr Hafke, da gebe ich Ihnen recht: Wir hören ja jetzt nicht auf, sondern wir müssen zusehen, wie wir die Lasten der Elementarbildung verteilen. Da hat das Land Rieseninvestitionen geleistet. Die Kommunen haben sich sehr angestrengt. Und wir fordern zu Recht ein, dass der Bund seinen gerechten Anteil dazu liefern muss. Deshalb war der Antrag von uns gestern an der Stelle auch richtig.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will aber noch zwei, drei Sachen zu dem Antrag sagen, Herr Hafke. Ich bin ja – lieber Marcel, das weißt du – immer sehr offen und dafür, dass man versucht, interfraktionell und gemeinschaftlich als Parlament Anträge zu begleiten. Aber dieser Antrag ist doch nur auf Krawall gebürstet.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Schon in der Überschrift steht: „Handeln statt Abwarten“. Es gibt niemanden in ganz Nordrhein-Westfalen außer der FDP-Fraktion, der sagt, dass diese Landesregierung in der Frage abgewartet hätte. Wir haben 440 Millionen € in die Hand genommen. Wir haben die Taskforce gemacht. Wir haben alles so koordiniert, dass der Bau von Kitaplätzen in Bewegung kommt. Also: Dieser Antrag ist nur auf Krawall gebürstet. Es sind mehrere Aufforderungen darin zu Dingen, die wir entweder schon machen oder die wir nicht machen können, da die absurd sind.

Im Prinzip ist dieser Antrag leider wirklich nicht der Rede wert. Wir werden ihn so schnell wie möglich abbügeln, weil er nichts beiträgt, weil er uns nicht hilft und weil er vor allen Dingen nicht den Müttern hilft. Sie versuchen, auf dem Rücken der Eltern, die keinen Kindergartenplatz bekommen, die darüber traurig oder verärgert sind, Politik zu machen.

(Beifall von der SPD)

Das werden wir nicht zulassen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Für die CDU-Landtagsfraktion spricht Frau Kollegin Doppmeier.

Ursula Doppmeier (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke erst einmal der FDP, dass wir jetzt endlich mal wieder über Inhalte reden können und damit die verbreiteten Unwahrheiten von Rot-Grün hier klarstellen können.

(Beifall von der CDU)

Tatsache ist doch: Ab 1. August hat jedes Kind ab dem ersten vollendeten Lebensjahr in Nordrhein-Westfalen ein Recht auf einen Betreuungsplatz. Bis jetzt steht aber noch völlig in den Sternen, ob der Bedarf tatsächlich befriedigt wird. Die Landesregierung hat bereits des Öfteren Zuversicht gezeigt und angekündigt, sie habe das Etappenziel geschafft; 144.000 Plätze seien in Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege vorhanden.

Jetzt frage ich mich: Warum lese ich heute Morgen in den „Aachener Nachrichten“: Generalsekretärin Nahles nennt das „Wunschdenken“? – Das scheint ja bei Ihnen hier auch vorzuherrschen; denn die Plätze ab dem 1. August sind ja nur gemeldete Plätze. Sie sind ja nicht wirklich da. Sie können den Eltern heute nicht garantieren, dass sie diesen Platz für ihr Kind haben.

(Beifall von der CDU)

Diese Plätze werden erst während des Kindergartenjahres geschaffen. Das heißt, je nach Situation erfahren die Eltern: Tut uns leid, der Platz für Ihr Kind ist erst zum 1. März 2014 fertig. – Ich frage

Sie: Wie sollen Eltern darauf reagieren? Denn sie brauchen diese Betreuungssicherheit.

Aber noch ein anderes Problem, was mich jetzt zunehmend erreicht, sind Beschwerden von Eltern, die auf einmal keinen Platz für ihr über dreijähriges Kind erhalten.

(Beifall von der CDU und Marcel Hafke [FDP])

Sie haben nämlich im Zuge des U3-Ausbaus viele Plätze für die Ü3-Kinder mit Fördergeldern für U3-Ausbau in Plätze für unter Dreijährige verwandelt. Was haben Sie damit angerichtet? – Jetzt fehlen auf einmal Kita-Plätze an allen Ecken und Enden. Und hierzu fehlt Ihnen der ganze komplette Überblick.

Außerdem durften wir mit tiefer Besorgnis die Erkenntnisse der kürzlich veröffentlichten Studie „Nordrhein-Westfalen 2020“ von der Unternehmensberatung McKinsey zur Kenntnis nehmen. Die Studie offenbart in brutaler Weise das Versagen der Landesregierung in Sachen Familienfreundlichkeit und Unterstützung von Frauen. Ich zitiere aus der Studie:

Mit einer Frauenerwerbsquote von 63 % in 2011 liegt Nordrhein-Westfalen bundesweit auf dem vorletzten Platz. Deutschlandweit gehen im Vergleich dazu 67 % der Frauen einer Erwerbstätigkeit nach. Erst durch die Bereitstellung von Betreuungs- und Familiendienstleistungen kann verhindert werden, dass Frauen komplett aus den Unternehmen und aus der Erwerbstätigkeit ausscheiden.

Meine Damen und Herren, das ist doch eine eindeutige Sprache. Sie belegt klar und schwarz auf weiß, dass hier die Familienpolitik gescheitert ist. Wir brauchen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und dazu zählen nicht nur Betreuungsplätze, dazu zählt auch eine Flexibilität in der Kinderbetreuung.

(Zuruf von den GRÜNEN: Betreuungsgeld am besten!)

Die Studie bringt das auf den Punkt: Immer mehr Frauen und Männer wünschen flexible, erweiterte Öffnungszeiten. Sie wollen ihre Kinder einmal später oder auch mal früher in die Kita bringen können. Denn nur so können sie den Spagat zwischen Familie und Beruf schaffen.

(Beifall von der CDU)

Gerade diese Erfahrung, dass das möglich ist, habe ich als Oma von drei Enkelkindern gemacht. Es gibt wunderbare Best-Practice-Beispiele, bei denen Kitas darauf eingehen, erweiterte Betreuungszeiten anzubieten. Sie müssten jetzt wirklich landesweit festlegen und gesetzlich verankern, dass Kitas diese Möglichkeit haben.

Lassen Sie mich noch eins sagen: Quantität löst nicht das Problem der Qualität.

(Beifall von der CDU)

Und genau darum geht es in dieser Debatte. Wir brauchen Qualitätsstandards in der Kinderbetreuung. Wir brauchen kleinere Betreuungsgruppen, wir brauchen mehr Erzieherinnen und Erzieher. Eine Landesregierung, die sich nicht der Qualität widmet, hat hier ihren Auftrag verfehlt.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Darum kann ich Ihnen nur sagen: Sie müssen umdenken. Es darf nicht mehr sein, dass U3 unter Rot-Grün für drei Dinge steht: U3 gleich Unfähigkeit, Untätigkeit und Umsetzungsschwäche. Das müssen wir ändern. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sigrid Beer [GRÜNE]: Oppositionsamnesie!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Doppmeier. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man muss sich ja schon fragen, in welchem Universum sich CDU und FDP eigentlich bewegen. Sagen Sie, haben Sie gestern Abend Tagesschau gesehen? Haben Sie heute Morgen die Presse gelesen? – Ihre eigene Bundesfamilienministerin hat uns für den Riesenschritt gelobt, den wir gemacht haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist die Realität. Und wenn wir hier über Wahrheit sprechen, Frau Doppmeier: Das ist die Wahrheit, und das können Sie aus den Statistiken erlesen. Da müssen Sie nicht hier, wie das Frau Beer so schön formuliert hat, „Oppositionsamnesie“ betreiben. Lesen Sie die Zahlen, und dann sehen Sie, dass wir den Schritt gemacht haben.

Wir haben 2010 90.000 Plätzen als miserable Bilanz aus Ihrer Regierungszeit übernehmen müssen.

(Lachen von der CDU und der FDP)

Und wir haben es geschafft, auf 145.000 Plätze aufzustocken. Das wollen Sie nicht wahrnehmen, aber das fällt auf Sie zurück.

Und was auch auf Sie zurückfällt: sich angesichts der Riesenleistung, die hier in Nordrhein-Westfalen vollbracht wurde, angesichts der Riesenanstrengung, die nicht nur wir als Landesregierung unternommen haben, sondern die alle anderen Beteiligten – vorweg die Kommunen, die Träger, die Erzieherinnen – mit all ihrer Kraft unternommen haben, hierhin zu stellen und ignorant diese Leistung einfach nicht wahrnehmen zu wollen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist engstirnig. Das ist ein Armutszeugnis! Das ist eine Missachtung aller, die in den letzten drei

Jahren intensivst an diesem Thema gearbeitet haben. Letztendlich ist es auch eine Missachtung der Kommunen, die ja zum Teil auch von Ihnen, von der CDU, geführt sind.

Noch einmal: Sie haben offenbar, wenn ich Ihre Reden hier höre, lieber Herr Hafke, Frau Doppmeier, immer noch nicht verstanden, dass nicht wir als Land diese Plätze bauen. Wir geben das Geld, und wir geben sehr viel mehr Geld – das wissen Sie – als Sie als CDU/FDP-Fraktion damals, nämlich über 400 Millionen €. Aber den Kommunen obliegt – ich sage es einmal ganz technisch – nach SGB VIII die Verantwortung für die Kinder- und Jugendhilfe. Dort wird die Arbeit gemacht. Wenn Sie das hier infrage stellen, was dort geleistet wird, dann wirft das ein Licht darauf, wie Sie die kommunalen Leistungen missachten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Für mich wirklich kaum mehr erträglich ist, wenn Sie anfangen, mit Krokodilstränen die Qualität zu bemühen, die Qualität, die Sie mit Ihrem Kinderbildungsgesetz schamlos nach unten gefahren haben, indem Sie die Standards nach unten gefahren haben. Das wissen Sie. Erinnern Sie sich an die großen Proteste,

(Beifall von den GRÜNEN)

die Demonstrationen, die hier vor dem Landtag stattgefunden haben. Und uns dann aufzufordern, die Qualität einzuhalten, ist bigott und wirklich schwer zu ertragen und auszuhalten.

Dann gebe ich Ihnen noch ein Beispiel, wie schwarz-gelbe Politik funktioniert. In Hessen, wo Sie am Ruder sind, hat im April, während wir hier beim Krippengipfel zusammensaßen, die schwarz-gelbe Landesregierung ein neues Gesetz in den Landtag eingebracht. Und es ist genau dasselbe passiert wie zu Zeiten Ihrer Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen: massenhafte Demonstrationen vor den Toren des Landtags in Wiesbaden, weil die Krippengruppen mit 16 Kindern vollgestopft werden sollten, mit 16 kleinen unter Dreijährigen, weil dort 20 % des Kita-Personals ohne pädagogische Ausbildung arbeiten soll. Das waren die Konzepte einer schwarz-gelben Landesregierung, das ist schwarz-gelbe Politik. Wir machen das anders hier in Nordrhein-Westfalen mit Rot-Grün.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Noch ein Wort zum Gesamtkomplex: Wir wissen, dass die im Moment vorhandenen Plätze nicht ausreichen. Der Bedarf wird erst dann gedeckt sein, wenn alle Eltern, die einen Rechtsanspruch auf einen Platz haben, diesen auch erhalten haben.

(Marcel Hafke [FDP]: Aha!)

Dies ist vor allem in den Großstädten ein Problem. Wir als Land finanzieren und unterstützen die Kommunen mit jedem Platz. Diese Zusage steht.

Wir müssen diesen Komplex aber auch einmal gesamtgesellschaftlich angehen. Ich bin sehr froh, dass die „FAZ“ als konservatives Organ und auch die „Süddeutsche“ dies heute Morgen getan haben. Dort heißt es nämlich: Es kann nicht sein, dass nur die Länder oder die Kommunen oder zum Teil auch der Bund diese große Aufgabe der Vereinbarkeit von Familie und Beruf schultern, sondern es ist wichtig, dass auch die Wirtschaft und die Unternehmen ihren Teil dazu beitragen.

Es kann nicht sein, dass immer nur die Anforderungen aus der Wirtschaft an uns gerichtet werden, sondern es geht auch darum, dass die Unternehmen familienfreundliche Arbeitsplätze schaffen, dass sie Betriebskindergärten einrichten und dass sie ihren finanziellen Teil dazu beitragen, den Frauen, die in den Arbeitsprozessen dringend benötigt werden, die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit zu geben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Hierzu hätte ich mir ein Wort in Ihrem Antrag oder in Ihrer Rede gewünscht. Stattdessen kam nur Oppositionsrhetorik, kein weiterführender, konstruktiver Gedanke. So werden Sie noch lange in der Opposition bleiben; das verspreche ich Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Wegner.

Olaf Wegner (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen im Stream und auf der Tribüne! Und täglich grüßt das Murmeltier – haben wir doch in dieser Woche wieder zwei Anträge im Plenum, deren Inhalt sich kaum von dem unterscheidet, was wir aus den gleichen Quellen zum Thema „U3-Ausbau“ in den vergangenen zwölf Monaten gehört und gelesen haben.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, rügen in Ihrem Antrag das bisherige Agieren der Landesregierung beim U3-Ausbau so, als ob die Landesregierung in diesem Bereich alles falsch gemacht hätte. Manchmal habe ich wirklich das Gefühl, dass Sie hier irgendetwas verwechseln.

Wir sind hier im Landtag, und hier geht es doch um sachliche Kritik und Auseinandersetzung – dachte ich zumindest. In der Realität verhalten sich die anderen oppositionellen Fraktionen jedoch so, als wäre dies hier eine religiöse Veranstaltung, in der es in erster Linie darum geht, die Fehlbarkeit der Landesregierung anzuklagen.

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. – Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, in Ihrem Antrag berufen Sie sich einleitend auf die von McKinsey vorgestellte Potenzialstudie „NRW 2020“

und benennen daraus unter anderem die Problematik berufstätiger Mütter, ihre Kinder während der Arbeitszeit unterzubringen. Das ist richtig, denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht mit dem einen Baustein „U3-Ausbau“ zu erreichen.

Sie weisen in Ihrem Antrag vermehrt darauf hin – und da stimmen wir mit Ihnen überein –, dass für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf den dringend erforderlichen Qualitätsverbesserungen nicht weiter der Raum genommen werden darf. Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist ein umfassender und vor allem ein andauernder Prozess, wenn wir den Kindern und den Familien in Nordrhein-Westfalen gerecht werden wollen.

Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist umfassende Bildungsförderung von Anfang an. Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist die Grundlage dafür, jedem Kind die Chance zu geben, seine Interessen und Fähigkeiten optimal zu entfalten und somit seine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung bedeutet vor allem, die Chancen und Möglichkeiten in den Kindertageseinrichtungen besser zu nutzen und so die individuelle Förderung zur Basis des Lernens zu machen.

Im Zuge des U3-Ausbaus sind die meisten Kitas bei der derzeitigen Versorgungsquote wohl kaum in der Lage, diese Form von Qualitätsverbesserung zu bieten, auch dann nicht, wenn die Beitragsfreiheit abgeschafft werden sollte. Die Einrichtungen, die wirklich individuelle und qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsarbeit anbieten, können sich die meisten Eltern in Nordrhein-Westfalen leider nicht leisten.

Damit kommen wir zu Ihrer Forderung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, mit der Sie sich aus meiner Sicht wieder selbst im Wege stehen. Denn Sie fordern, den Angebots- und Qualitätsausbau vor die Beitragsfreiheit zu setzen. Sie schreiben in Ihrem Antrag – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

> „Angesichts der bestehenden Defizite im Bereich der frühkindlichen Bildung ist der Angebots- und Qualitätsausbau in der frühkindlichen Bildung unbedingt zu priorisieren.“

Ist das eine wichtiger als das andere? Brauchen wir nicht mehr als Priorisierung, wenn wir alle Kinder erreichen wollen?

Ich zitiere noch einmal aus Ihrem Antrag mit Erlaubnis des Präsidenten:

> „Von allen Verantwortlichen muss alles Erforderliche dafür getan werden, dass die Versprechen, die die Politik den Eltern gegeben hat, auch eingelöst werden können.“

Wir Piraten fordern beides: Ausbau von Angebot und Qualität sowie die Beitragsfreiheit, und zwar mit gleicher Priorität, um den Familien wirklich zu helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie fordern zu Recht, dass die Kommunen bestmöglich bei der Bereitstellung und Schaffung eines bedarfsgerechten, flexiblen Kinderbetreuungsangebotes zu unterstützen sind. Denn dies ist unter anderem deshalb notwendig, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen.

Natürlich stimmen wir der Überweisung in den Ausschuss gerne zu, um inhaltlich weiter über Ihren Antrag zu reden. Vielleicht ist es Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün und Schwarz-Gelb diesmal ja sogar möglich, auch inhaltlich untereinander zu diskutieren. Die Chancen dazu sind ja gar nicht so schlecht; der Wahlkampf ist dann ja vorüber. Allerdings hat mir Herr Jörg mit seiner Rede fast wieder alle Hoffnungen genommen, indem er ankündigte, nicht diskutieren zu wollen. Ich weiß nicht – so etwas sollte man eigentlich nicht machen.

> (Wolfgang Jörg [SPD]: Nicht zum Antrag! Sonst immer! – Thomas Stotko [SPD]: Das hat Herr Jörg nie so gesagt!)

Vielen Dank.

> (Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Wegner. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hafke, mit dem Antrag und mit der Rede haben Sie sich mit Ihrer FDP nach meinem Dafürhalten von einer seriösen Oppositionspolitik verabschiedet.

> (Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie sollten endlich zur Kenntnis nehmen, dass es in der Tat gelungen ist, die schwierige Aufholjagd beim Ausbau der U3-Plätze in Nordrhein-Westfalen zu realisieren. Die Zahl, die wir erreicht haben, knapp 145.000 Plätze, ist 2008 von Ihnen als damals Verantwortliche auf dem Bundeskrippengipfel verabredet worden. Das haben Sie 2008 verabredet.

Was haben wir 2010 übernommen? – 80.000 Plätze, Frau Doppmeier.

> (Walter Kern [CDU]: 86.000!)

– 86.000, Herr Kern.

Wenn Frau Doppmeier aber beklagt, dass wir Plätze durch Umwandlung von Ü3-Plätzen in U3-Plätze geschafften hätten, dann irrt sie. – Liebe Frau Doppmeier, Sie irren sich. Ich kann mich gut erinnern, dass CDU und FDP die Kinder früher in die

Schule schicken wollten und das Zug um Zug durchgesetzt haben. Genau die Plätze haben Sie umgewandelt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Außerdem haben Sie – durch die Umwandlung bedingt – keinen Euro für die Investition in die Plätze vorgehalten. Sie haben auch keine Vorsorge dafür getroffen. Wir haben in den drei Jahren inzwischen 720 Millionen € – mit Investitions- und Belastungsausgleichsmitteln – ausgegeben, um die Kommunen, die Träger beim Ausbau zu unterstützen. Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, haben seinerzeit sogar die Umsatzsteuermittel, die von der Bundesregierung für den Ausbau vorgesehen waren, in Ihrem „normalen“ Haushalt verfrühstückt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Kern zulassen?

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Am Ende gerne.

Ich habe mich aber sehr – das können Sie mit einem Gruß und den besten Genesungswünschen an Herrn Tenhumberg, Ihren Fraktionssprecher, weitergeben – über eine Aussage im „FOCUS“ vom 10. Juni geärgert. Dort war zu lesen – ich zitiere –: „Die behaupteten (…) Plätze sind erlogen.“ – Ich habe kurzzeitig überlegt, ob ich auf einem Widerruf bestehen soll. Angesichts seines Gesundheitszustandes – wie gesagt, die besten Genesungswünsche – habe ich darauf verzichtet.

Sie, Frau Doppmeier, haben aber wieder vorgetragen, dass wir Unwahrheiten verkünden würden und dass es die 145.000 Plätze nicht gebe. Vielleicht haben Sie zur Kenntnis genommen, dass der WDR eine Umfrage gemacht hat, um genau das in jedem einzelnen Jugendamt Nordrhein-Westfalens noch einmal abzufragen. Und siehe da: Die Plätze wurden bestätigt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie müssen irgendwann einmal verstehen, dass Ihnen diese politische Angriffslinie verloren gegangen ist.

Jetzt komme ich zur Qualität: Richtig ist – ich bin Herrn Wegner ausgesprochen dankbar dafür, dass er wieder eine sachliche Diskussion ermöglichen wollte –, dass mit der Quantität auch Qualität einhergehen muss. Wir haben die qualitativen Standards, die sich im Übrigen auch an einem Personal-Kind-Schlüssel bemessen, in den letzten drei Jahren kontinuierlich verbessert.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD])

Auch eine Studie der Bertelsmann Stiftung hat das noch einmal zum Ausdruck gebracht. Nordrhein-Westfalen liegt in Deutschland inzwischen im Spitzenfeld. Ich bitte Sie herzlich, die Anwürfe endlich sein zu lassen. Damit machen Sie sich selber lächerlich.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Ministerin Sylvia Löhrmann)

Zum Thema „Fachkräfte“: Wir haben die Anzahl der Auszubildenden in Nordrhein-Westfalen erheblich gesteigert. 21.000 junge Menschen bereiten sich auf das Berufsfeld vor. Die Zahl ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Wir werden auch nicht müde, weiterhin dafür Sorge zu tragen, dass Fachkräfte ausgebildet werden. Sie beschwören wieder das Szenario, es würden Fachkräfte fehlen.

Liebe Frau Doppmeier, auf den Krippengipfeln, an denen Sie teilgenommen haben, haben wir mit den Kommunen, mit den Trägern, mit allen Beteiligten verabredet, was zu tun ist, wo das Land helfen und unterstützen kann. Das haben wir Zug um Zug umgesetzt, nicht zuletzt durch eine sehr erfolgreiche Taskforce, die vor Ort noch Schwierigkeiten und Hemmnisse beseitigt hat.

(Beifall von der SPD)

Auch zum Anmeldeverfahren, Herr Hafke, das Sie in den Vordergrund gestellt haben, gibt es eine Verabredung, die aber nicht, so wie in Ihrem Antrag beschrieben, Anfang des Jahres besprochen, sondern Mitte April auf dem letzten Krippengipfel verabredet worden ist. In der Zwischenzeit – da können Sie sicher sein – sitzen wir nicht am Schreibtisch und drehen Däumchen, weil wir uns alle so über die tollen Erfolge freuen, sondern es wird zielorientiert an den verabredeten Dingen weitergearbeitet.

Das ist unter anderem das Anmeldeverfahren. Sie als verantwortlicher Politiker in dem Fachbereich müssen wissen, dass wir Anmeldefristen festlegen können. Da sind wir im Konsens gewesen, sogar schon auf dem Krippengipfel. Das Anmeldeverfahren liegt aber in der Eigenständigkeit der kommunalen Familie. Das Land kann dabei eine moderierende Rolle einnehmen, was wir gerne tun und zurzeit auch der Fall ist.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das versteht er nicht! Das hat er bis heute nicht verstanden!)

Vielleicht versuchen Sie einfach, Ihre nächsten Reden anders aufzubereiten. Ansonsten habe ich ein bisschen Sorge, dass Sie in die Fußstapfen von Herrn Witzel treten.

(Dietmar Bell [SPD]: Das sind aber ganz kleine Fußstapfen!)

Er hat das Wort „Controlling“ in den letzten zehn Jahren mehr als bemüht. Wenn wir das Controlling, das Sie einfordern, durchgeführt hätten, dann hätten wir die Kommunen mit bürokratischen Hemmnissen

überzogen, anstatt sie machen und Plätze bauen zu lassen. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, nun gibt es noch die Zwischenfrage des Kollegen Kern.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Aber natürlich.

Walter Kern (CDU): Danke schön, Frau Schäfer, dass Sie mir die Möglichkeit geben, zu fragen. Zunächst ein kleiner Hinweis: Herr Tenhumberg – ich werde es an ihn weitergeben – ist nur 10 km von Ihrem Wohnort entfernt in der Reha. Sie können ihn sogar persönlich besuchen und ihm das sagen.

(Ministerin Ute Schäfer: Meinen Sie, er freut sich?)

– Da freut er sich ganz sicher. – Jetzt zu meiner Frage bzw. Feststellung – ich möchte, dass Sie das noch einmal bestätigen –: Sie sagen immer, Sie hätten im Budget kein Geld vorgefunden. Alle anderen Bundesländer, bis auf Rheinland-Pfalz, auch die sozialdemokratisch geführten Länder, haben zunächst die Gelder des Bundes investiert – die Kommunen haben für jeden Platz 20.000 € vom Bund bekommen – und den 17.000 € der Länder vorgezogen.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Ist das richtig, oder ist das falsch?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Frau Ministerin.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Kern, da irren Sie. Auf dem Krippengipfel ist verabredet worden, dass Bund und Länder gleichermaßen Gelder investieren, die sukzessive eingesetzt werden, und nicht erst die Verausgabung der Bundesmittel erfolgt.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD])

Ich habe in meiner Rede nicht erwähnt – das hätte ich noch machen können –, dass ich bei Amtsübernahme durch einen Erlass von Herrn Laschet, eines Ministers aus Ihrer Fraktion, einen Baustopp vorgefunden habe, der damit eine große Verunsicherung in der kommunalen Familie und in der Trägerlandschaft ausgelöst hat. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin, es liegt noch eine Zwischenfrage des Kollegen Hafke vor. Wollen Sie die zulassen?

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Hafke, vielleicht kann ich doch noch zu der Einsicht beitragen, dass wir die Hände nicht drei Jahre lang in den Schoß gelegt haben, sondern vielleicht keine sensationelle Leistung, aber ein Etappenziel erreicht haben. Es geht weiter.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Ich nehme einfach mal den Status quo. Ich habe eben dargestellt – das kann man auch den Zeitungen entnehmen –, dass in vielen Kommunen nicht ausreichend Betreuungsplätze vorhanden sind; das geht in die Tausende.

Jetzt würde mich interessieren, weil Sie gesagt haben, was Sie alles erreicht haben und was Sie alles gemacht haben: Was machen Sie denn, damit diese Kommunen möglichst schnell die Betreuungsplätze zur Verfügung stellen und die Eltern nicht die nächsten zwei oder drei Jahre auf einen Betreuungsplatz warten? In Wuppertal sind es über 1.200 Plätze.

Ich möchte eine Antwort haben, was die Landesregierung macht, damit der Rechtsanspruch dann auch umgesetzt wird. Die Kommunen alleine im Regen stehen zu lassen, finde ich persönlich etwas schwierig. Dazu würde mich die Einschätzung der Landesregierung schon interessieren.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Frau Ministerin.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Hafke, die Tatsache, dass Sie schon wieder behaupten, wir würden die Kommunen im Regen stehen lassen, ist an sich eine Frechheit. Es ist wirklich eine Frechheit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Gleichwohl ist völlig klar, dass wir als erste Herausforderung das leisten mussten, was Sie beim Krippengipfel verabredet hatten – es war ja nicht unsere Verabredung. Sie als CDU und FDP waren daran beteiligt. Das erst einmal mit einer dreiviertel Milliarde Euro zu schultern, ist ein Etappenziel, das wir erreicht haben, woran Sie vor einem Jahr nicht geglaubt haben. Ihnen ist dadurch die politische Angriffslinie verloren gegangen.

(Beifall von der SPD)

Gleichwohl ist es richtig, dass wir in Großstädten nach wie vor Engpässe haben. Das habe ich auch niemals bestritten. Sie schreiben in Ihrem Antrag, ich hätte gesagt, wenn ein Durchschnitt erreicht worden wäre, dann wäre alles gut. Das habe ich nie gesagt. Das suggerieren Sie schon wieder mit Ihrem Antrag. Sie haben es offensichtlich nicht verstanden.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD])

Insofern steht außer Frage, dass wir mit dem Belastungsausgleichsgesetz diesen Ausbau weiter fortsetzen wollen. Das sind noch einmal 1,4 Milliarden € gemeinsame Mittel des Bundes und des Landes. Zusammen mit den Kommunen machen wir uns auf den Weg. Wo wir die Kommunen unterstützen können – das haben wir in drei Jahren unter Beweis gestellt –, da haben wir es getan. Manche Kommune – ich möchte keine besonders benennen – ist vielleicht auch erst ein bisschen spät in die Puschen gekommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich möchte darauf hinweisen, dass unabhängig von diesen beiden Fragen die Landesregierung ihre Redezeit um 50 Sekunden überschritten hat. Mir liegen aber keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 16/3454** an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik.** Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1167

Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
Drucksache 16/3256

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion dem Herrn Kollegen Stotko das Wort.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Und täglich grüßt das Murmeltier, bin ich geneigt zu sagen.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Wollen Sie das Skript haben?)

Vor drei Wochen haben wir – Herr Herrmann, das ist ja nicht schlecht, es wurde von euch sozusagen schon erbracht – hier zusammengesessen und haben uns mit Ihrem Gesetzentwurf zur Kinderfeuerwehr beschäftigt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Am Ende der Debatte wollten Sie keine Entscheidung, sondern haben die Forderung nach Entscheidung zurückgezogen, indem Sie darum gebeten haben, noch einmal darüber nachzudenken.

Ich hoffe, dass Ihnen diese drei Wochen beim Nachdenken geholfen haben. Wir hatten Ihnen mehrfach angeboten, gemeinsam mit Ihnen etwas zu erarbeiten. Ich betone: Nach dem 20. Juni, nachdem Sie zurückgezogen hatten, hat es von Frau Schäffer und mir ausdrücklich noch einmal das persönliche Angebot an die CDU gegeben, über diesen Gesetzentwurf zu sprechen und etwas Gemeinsames zu entwickeln.

Dieses Angebot ist zwar mitgenommen, aber offensichtlich ausgeschlagen worden. Denn heute stehen wir wieder hier – außer, Sie ziehen das gleich wieder zurück – und debattieren erneut über einen Punkt, der eines solchen Streites nicht bedarf. Da frage ich mich ernsthaft, was das soll.

Die Tatsache, dass die Koalitionsfraktionen in ihrem Vertrag vereinbart haben, eine Kinderfeuerwehr zu ermöglichen, ist unstreitig. Dass das alle Fraktionen in diesem Parlament wollen, ist unstreitig. Es bleibt bei dem Problem, das Sie noch immer nicht gelöst haben und bei dem ich mich frage, warum Sie das eigentlich nicht lösen wollen.

Denn weiterhin ändern Sie nur ein Gesetz. Sie schreiben in den Gesetzentwurf: Kinderfeuerwehren werden ermöglicht. Sie sorgen nicht dafür, dass es eine finanzielle Absicherung gibt. Das heißt, die Versicherungstechnik ist damit nicht gelöst.

Zweitens haben Sie keine inhaltliche Konzeption, keine Idee für die Feuerwehren vor Ort, die nicht so gut aufgestellt sind, die nicht genau wissen, wie man eine Kinderfeuerwehr schafft.

Und als Drittes: Bis heute bieten Sie keine Hilfsangebote für diejenigen, die Kinderfeuerwehren leiten sollen. Sie lassen Sie einfach alleine vor Ort und sagen: Ihr werdet das schon irgendwie hinkriegen.

Diese Punkte haben sich nicht geändert. Das Schöne ist, dass Ihnen das die Sachverständigen des Verbandes der Feuerwehren und von ver.di in der Anhörung auch gesagt haben, Sie das aber trotzdem nicht ernst nehmen.

Dann – das ist der Punkt, der mich ein wenig irritiert – hatten Sie jetzt noch einmal Gelegenheit, darüber nachzudenken. Denn in Ihrem Gesetzentwurf fordern Sie Folgendes: Sie fordern, dass die Kinderfeuerwehren innerhalb der Freiwilligen Feuerwehren gebildet werden können.

Der Verband der Feuerwehren Nordrhein-Westfalen hat uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser Woche sein Rotbuch überreicht, seine Broschüre, in der er seine Forderungen zu dem Thema, wie man die Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen besser aufstellt, zusammenfasst. Falls Sie es noch nicht gelesen haben, lese ich es Ihnen gerne vor. Zum Thema „Kinderfeuerwehren“ schreibt der Verband der Feuerwehren, also die Interessenvertretung der Feuerwehrleute in Nordrhein-Westfalen:

Kinderfeuerwehren können bei den Feuerwehren angebunden werden. Allerdings wünschen die Feuerwehren in NRW auch eine Variante, in der die Kinderfeuerwehr an den Grundschulen etabliert wird.

Das steht in Ihrem Gesetzentwurf überhaupt nicht. Deshalb gebe ich Ihnen erneut und zum letzten Mal mit: zu kurz gesprungen, zu wenig mit den Betroffenen gesprochen.

Lassen Sie uns gemeinsam ein Gesetz, eine Novellierung des FSHG machen, in dem klar wird, dass wir den Betroffenen vor Ort helfen, diese Kinderfeuerwehren so zu ermöglichen, wie sie es sich selber wünschen – verschiedentlich, in unterschiedlichen Varianten, als Kann-Bestimmung. All das steht nicht in Ihrem Gesetzentwurf. Das hat sich nicht geändert. Schade, dass Sie die ausgestreckte Hand nicht aufgegriffen haben. Wir werden den Feuerwehren auch mitteilen, dass Sie das nicht gewollt haben. – Besten Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Korte.

Kirstin Korte (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Stotko, ich glaube nicht, dass Sie der Feuerwehr mitteilen müssen, wie wir ticken. Nach meiner Einschätzung haben Sie vielmehr ein Rechtfertigungsproblem bei den Feuerwehren vor Ort. Lassen Sie uns einfach einmal schauen.

(Beifall von der CDU)

Bereits zum dritten Male stehe ich hier am Rednerpult, um eine Lanze für die rechtliche Absicherung der Kinderfeuerwehren in Nordrhein-Westfalen zu brechen.

(Dietmar Bell [SPD]: Das freut uns sehr!)

Betrachtet man die Aussagen aller Fraktionen, müsste der von der CDU eingebrachte Gesetzentwurf längst verabschiedet sein.

Herr Stotko, Ihr Vorschlag, nach der Sommerpause noch einmal Gespräche zu führen, ist nichts als reine Salamitaktik.

(Beifall von der CDU und Lukas Lamla [PIRATEN])

Wir haben Ihnen durch die Vertagung bzw. durch eine erneute Diskussion hier im Plenum die Chance gegeben, sich vor Ort kundig zu machen; denn offenbar ist Ihnen das in einem Stück von Arroganz verloren gegangen.

(Beifall von der CDU – Thomas Stotko [SPD]: Was ist mit dem Rotbuch hier?)

– Ich komme gleich darauf zurück. Das ist ein Rotbuch; das ist nicht meins.

(Thomas Stotko [SPD]: Es ist von der Feuerwehr!)

Ich hoffe im Interesse vieler Feuerwehrleute darauf, dass sich das heute ändert. Mut macht mir dabei vor allem eine Äußerung, mit der Herr Minister Jäger – leider gerade nicht anwesend – am 29. Juni 2013 in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu diesem Thema wiedergegeben wird. Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich:

„Unser Ziel ist es, das Ehrenamt in der Feuerwehr auf lange Sicht zu stärken.“

(Thomas Stotko [SPD]: Das ist aber ein kurzes Zitat!)

– Manchmal sagt das viel.

(Gegenruf von Thomas Kufen [CDU]: Benehmen ist bei Ihnen Glückssache!)

Herr Minister, nichts anderes wollen wir von der CDU auch. Deshalb haben wir den vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des FSHG eingebracht. Eigentlich hätten wir längst zusammenfinden können. Hätte, hätte, Fahrradkette!

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Um es für die Zuhörer noch einmal zusammenzufassen: Die CDU hat im vergangenen Jahr einen Antrag eingebracht, in dem es darum ging, die Kinderfeuerwehren im FSHG zu verankern und damit den notwendigen Versicherungsschutz für die Sechs- bis Zehnjährigen festzuschreiben. Bislang beginnt das aktive Alter mit zehn Jahren und dem Eintritt in die Jugendfeuerwehr.

Seit 2006 haben sich verschiedene Gruppen gebildet – eine der ersten in Geisweid, Stadt Siegen. Insgesamt gibt es landesweit rund 25 sogenannte Löschzwerg-Gruppen.

(Thomas Kufen [CDU]: Hört, hört!)

Der Verband der Feuerwehren in NRW plant laut Auskunft auf seiner Homepage den Zusammenschluss der Kinderfeuerwehren zu einem Landesverband.

(Thomas Kufen [CDU]: Aha!)

Man rechnet im Lande also fest damit, dass in der Politik Vernunft einkehrt.

Ich habe deshalb explizit die Stadt Siegen genannt, weil dort im Stadtrat interessanterweise am 10. Juli – vorgestern, Herr Stotko – eine Resolution verabschiedet wurde. Diese fordert den Landtag auf, die rechtlichen Grundlagen zur Einführung von Kinderfeuerwehren zu schaffen.

(Beifall von der CDU – Thomas Stotko [SPD]: Sehr gut! Sehr gut!)

Diese Resolution unterstützen die Ratsfraktionen von CDU, FDP, UWG und – man höre und staune – auch von den Grünen. Die SPD hat nicht dagegen gestimmt, sondern sich enthalten.

(Thomas Stotko [SPD]: Sie hätte lieber auch dafür gestimmt!)

Eigentlich sind die Koalitionsfraktionen im Landtag auch dafür. Für ihre bisherige Ablehnung machen sie ein fehlendes pädagogisches Konzept geltend. Ein fehlendes pädagogisches Konzept? Eben haben Sie noch einiges andere drangehängt. Als ob ein pädagogisches Konzept etwas in einem Gesetz zu suchen hätte!

Die Wehren vor Ort sind über diesen Ansatz entsetzt. Sie brauchen und wollen keine festgeschriebenen pädagogischen Konzepte. Sie benötigen vielmehr engagierte und kreative Gruppenleiter. Diese können selbst einschätzen, was mit der vorhandenen Manpower und den Mitteln umsetzbar ist, um die Kinder dauerhaft für die Feuerwehr zu begeistern – selbstverständlich orientiert an den Bedürfnissen der Kinder. Im Übrigen dürfte es kein Problem sein, sich Informationen und Tipps von Leitern vorhandener Kindergruppen zu besorgen, wenn man auf diese Erfahrungen zurückgreifen möchte.

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, wir sind doch gar nicht so weit auseinander. Sie wollen es doch auch. Wenn das Schlimmste an diesem Antrag ist, dass ihn die CDU eingebracht hat, und Sie deshalb nicht zustimmen können, dann stimmen Sie wenigstens wie Ihre Kollegen mit Enthaltung, um diese wesentliche Sache nicht zu blockieren.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Es geht um die Zukunft des Brandschutzes in Nordrhein-Westfalen und die Jüngsten unter uns, unsere Kinder. Darüber sollten wir mit Vernunft entscheiden und nicht mit Ideologie. Die Löschzwerge im Land zählen auf Sie. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Korte. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Schäffer das Wort.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es darum gehen soll, mit Vernunft und nicht mit Ideologie abzustimmen, dann frage ich mich schon, warum Sie auf der einen Seite vor drei Wochen gesagt haben: „Wir schieben die Abstimmung noch einmal; wir wollen das Ganze noch einmal diskutieren“, um auf der anderen Seite das Gesprächsangebot und das Angebot, gemeinsam zu schauen, wie wir mit diesem Thema weiter umgehen, auszuschlagen. Das finde ich, ehrlich gesagt, dann auch ein bisschen peinlich. Dieses Angebot hätten Sie durchaus annehmen können. Ich frage mich, warum Sie überhaupt die Abstimmung schieben, wenn Sie nachher nicht gesprächsbereit sind. Aber okay, das muss man vielleicht auch nicht verstehen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dieses Thema haben wir in der Tat schon häufiger diskutiert. Wir haben auch Einigkeit darüber, dass wir die Kinderfeuerwehren gut finden und sie im FSHG verankern wollen. Insofern sehe ich gar keinen Dissens, was diese Resolution angeht, die auch von den Grünen in Siegen unterstützt wurde.

Uns geht es – das haben wir hier auch mehrfach deutlich gemacht – um den Zeitplan und um die Frage, ob es nicht sinnvoller ist, das Thema „Kinderfeuerwehren“ mit in die Diskussion über die Novellierung des FSHG, die im Herbst dieses Jahres ohnehin ansteht, einzubinden. Der Verband der Feuerwehren in NRW – darauf hat der Kollege Stotko schon hingewiesen – plädiert auch dafür, es so zu machen und das Thema „Kinderfeuerwehren“ mit in die Diskussion über das FSHG einzubinden.

Die Kinderfeuerwehren haben einen ganz entscheidenden Vorteil. Sie holen die Kinder nämlich da ab, wo sie sich für die Feuerwehr und das Thema „Brandschutz“ begeistern und eben noch nicht in anderen Vereinen, in anderen Organisationen eingebunden sind. Aber eines muss man auch ganz klar sagen, nämlich dass die Kinderfeuerwehren eben nur ein Baustein sein können, um das Ehrenamt bei der Feuerwehr zu stärken.

Dass wir das Ehrenamt brauchen, das wissen wir alle. Das machen auch die Zahlen darüber sehr deutlich, wie die Feuerwehr in Nordrhein-Westfalen aufgestellt ist. Ich glaube, viele wissen gar nicht, dass die Freiwilligen Feuerwehren ohne hauptamtliche Kräfte immerhin 73 % – also drei Viertel – der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen stellen. Das heißt, ein Großteil des Brandschutzes in den Kommunen in NRW läuft über freiwillige Kräfte. Das müssen wir uns auch als hauptamtliche Politikerinnen und Politiker immer deutlich machen. Bei der Freiwilligen Feuerwehr mit Hauptamt sind es immerhin noch 19 %. Das macht deutlich, dass die Berufsfeuerwehren mit Ehrenamt nur 8 % der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen ausmachen.

Deshalb will ich an dieser Stelle die Arbeit und das Engagement der Freiwilligen anerkennen. Ich meine, das kann Politik nicht oft genug machen.

Natürlich ist die Politik auch dafür zuständig, dass das Ehrenamt innerhalb der Feuerwehr gestärkt wird. Deshalb hat das Innenministerium auch eine Arbeitsgruppe an den Start gebracht. Ich fand sehr interessant, dass der Kollege Stotko und ich der Einladung des Innenministeriums gefolgt sind, beim Auftakt dieser Arbeitsgruppe anwesend zu sein. Die anderen Fraktionen, die sich immer als das Sprachrohr für die Feuerwehren aufschwingen, waren gar nicht vertreten. Es war niemand von CDU, FDP und Piraten anwesend. Das ist eine interessante Feststellung. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie auch bei der Gelegenheit das Ehrenamt gewürdigt hätten, indem Sie zu einer solchen Veranstaltung gekommen wären.

Ich möchte ähnlich wie der Kollege Stotko noch ein paar Punkte aufgreifen, die in dem Rotbuch des VdF genannt werden. Darin stehen einige gute Vorschläge für die FSHG-Novellierung. Einige Vorschläge möchte ich hier gern nennen, was die Stärkung des Ehrenamtes angeht.

Zum einen geht es um den Übergang von der Jugendfeuerwehr in den Einsatzdienst. An dieser Stelle sind bisher viele Jugendliche für das Ehrenamt der Feuerwehr verloren gegangen. Ich glaube, dass man diese Übergänge verbessern kann.

Der zweite Punkt ist einer, den ich hier schon öfter angesprochen habe, nämlich die Öffnung für neue Zielgruppen. Ich glaube, dass Frauen verstärkt angesprochen werden müssen. Wir haben ja schon 20 % Mädchen und Frauen bei der Jugendfeuerwehr. Deren Anteil kann bei der Freiwilligen Feuerwehr noch erhöht werden. Gleiches gilt für die Öffnung für Menschen mit Migrationshintergrund.

Der VdF spricht aber noch zwei weitere, wie ich finde, sehr wichtige und diskussionswürde Punkte an. Das ist einmal die Öffnung der Feuerwehren für Personen, die nicht mehr unmittelbar für Einsatzaufgaben zur Verfügung stehen, zum Beispiel aus gesundheitlichen Gründen, die aber durchaus für ehrenamtliche Aufgaben bereitstünden etwa im Bereich der Brandschutzerziehung und der Öffentlichkeitsarbeit. Wir alle, die wir in Parteien und Organisationen aktiv sind, wissen, dass viel Arbeit auch im Ehrenamt anfällt, was nicht unmittelbar mit der Tätigkeit des jeweiligen Einsatzgebietes zu tun hat. Von der Gestaltung der Webseite bis zur Mitgliederwerbung, kann man diese Personen sehr gut einbinden.

Wir müssen auch darüber diskutieren, ob man nicht die Höchstaltersgrenze für die Freiwilligen Feuerwehren, die momentan bei 60 Jahren liegt, heraufsetzt in einer Gesellschaft, die älter wird, in der aber Teile der älteren Gesellschaft nach wie vor mit über 60 Jahren sehr aktiv und gesund sind. Es ist zu überlegen, ob es nicht sinnvoll ist, denen weiterhin den Einsatz zu ermöglichen.

Diese Vorschläge werden wir bei der FSHG-Novellierung diskutieren müssen. Ich hoffe bei der Diskussion auf Ihre konstruktive Mitwirkung.

Den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zu den Kinderfeuerwehren, den Sie heute abschließend beraten wollen, werden wir ablehnen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Herr Abgeordneter Lürbke hat als nächster Redner für die FDP-Fraktion das Wort.

Marc Lürbke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte gehofft, wir würden heute doch einen Schritt weiter sein und endlich die gesetzliche Grundlage für Kinderfeuerwehren in Nordrhein-Westfalen schaffen können. Mit diesem Funken Hoffnung bin ich übrigens nicht allein. Gleiches gilt auch für die Freiwilligen Feuerwehren, insbesondere für diejenigen, die schon Kinderfeuerwehren eingerichtet haben. Das sind übrigens genau die engagierten Ehrenamtler, die darauf vertraut haben, was Sie, meinen Damen und Herren von Rot-Grün, in Ihren Koalitionsvertrag geschrieben haben, und die heute leider wieder bitter von Ihnen enttäuscht werden.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Seien wir einmal ehrlich: Das Ganze grenzt mittlerweile an einer politischen Farce erster Güte, denn inhaltlich sind wir uns offenbar alle einig. Wir alle wollen Kinderfeuerwehren in Nordrhein-Westfalen. Sie können ein sinnvoller Baustein sein, um den Nachwuchssorgen bei den Freiwilligen Feuerwehren entgegenzutreten. Dafür brauchen wir dringend eine gesetzliche Grundlage.

Nichtdestotrotz werden die regierungstragenden Fraktionen den Gesetzentwurf heute wieder ablehnen. Dann seien Sie bitte auch so ehrlich und benennen die wahren Gründe. Es geht doch gar nicht mehr um die Sache, sondern Sie lehnen den Gesetzentwurf nur ab, weil dieser nicht die Unterschrift von Rot-Grün trägt, sondern weil er von der Opposition kommt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Herr Stotko, fast gebetsmühlenartig verweisen Sie auf die fehlenden pädagogischen Konzepte, ohne die es ja offenbar nicht geht. Dann schauen wir doch einmal auf die Jugendfeuerwehren, die seit vielen Jahren ganz hervorragende Arbeit bei der Jugendausbildung in unserem Lande leisten. Es gibt keine standardisierten Konzepte. Gut, jetzt bin

ich bei Ihnen. Man kann vielleicht sagen: Je jünger die Kinder werden, umso mehr brauchen wir dann wohl auch pädagogische Konzepte.

Bleiben wir aber einmal in dieser Alterskategorie, bleiben wir bei den Sechs- bis Zehnjährigen. Schauen wir einmal auf die Sportvereine und hier auf die Fußballvereine in unserem Land. Schauen wir auf die E- und F-Jugend. Die Vereine leisten hier auch überall im Land hervorragende Arbeit. Oder schauen wir auf die Musikvereine mit musikalischer Früherziehung. All das funktioniert wunderbar. Warum funktioniert das wunderbar? – Weil sich dort vor Ort Menschen mit hohem Engagement, hoch motiviert und mit hohem persönlichen Einsatz ehrenamtlich einbringen und sich Gedanken machen.

(Beifall von der FDP)

Etwas mehr Vertrauen in das verantwortungsvolle Engagement der Feuerwehren, in die eigenen Ideen vor Ort würde Ihnen, meine Damen und Herren von Rot-Grün, ganz gut zu Gesicht stehen.

Ich gebe Ihnen dazu gern einmal ein Beispiel aus Europa, Deutschland, Nordrhein-Westfalen, eigentlich direkt aus meiner Heimatstadt Paderborn. Paderborn war heute Morgen schon einmal das Thema. Wir haben übrigens nicht nur Schützenfeste – Herr Sieveke, auch mit der ebenfalls grandiosen Königsträßer Kompanie –, sondern auch eine Kinderfeuerwehr.

In Paderborn hat man die Zeichen der Zeit erkannt und sich bereits vor einiger Zeit ganz unbürokratisch auf den Weg gemacht. Dort hat eine Erzieherin zusammen mit einem tollen Team die Jugendleitung der Kinderfeuerwehr übernommen. Der Förderverein der Feuerwehr finanziert den Versicherungsschutz. Man hat Sponsoren gefunden. Man hat selbst Ideen entwickelt. Die Kinder lernen spielerisch Brandschutzerziehung oder wie man einen richtigen Notruf absetzt, das Verhalten im Brandfall, Verkehrsschutzerziehung und, und, und.

Sie sehen: Das geht eben auch ganz ohne standardisierte Malbücher, ohne Malbücher, in denen die Kinder, anstatt eine Sonne oder ein Flugzeug auszumalen, eben rote Feuerfahrzeuge ausmalen. Ich möchte ausdrücklich allen Kinderfeuerwehren danken, die bereits mit viel Herzblut und Eigeninitiative gestartet sind.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Wenn wir schon über die Förderung des Ehrenamtes reden: Vor nicht einmal zehn Tagen hat Herr Minister Jäger das gemeinsame Projekt vom Ministerium und dem Verband der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen zur Förderung des Ehrenamtes bei den Freiwilligen Feuerwehren ins Leben gerufen. Wenn dabei mit verschiedenen Akteuren Ideen entwickelt werden, wie eine Stärkung des Ehrenamtes erreicht werden kann, sind wir ganz bei Ihnen. Das ist mit Sicherheit ein guter Ansatz. Wir brauchen zum Beispiel mehr Frauen. Wir brauchen mehr Personen mit Migrationshintergrund – gerade bei den Freiwilligen Feuerwehren.

Wenn meine Berichte stimmen, haben Sie, Herr Jäger, bei der Auftaktveranstaltung in Herne gesagt: Feuerwehr ist Ehrensache. Wir wollen, dass dieser Funke überspringt.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Wenn Sie es gesagt haben, bin ich ganz bei Ihnen. Das ist ganz richtig. Feuerwehr ist Ehrensache. Aber mit der heutigen Ablehnung aus rein parteipolitischem Kalkül konterkarieren Sie eben genau dieses Ehrenamt, von dem Sie sprechen.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, diese Debatte heute auch als Ehrensache betrachtet und Größe bewiesen hätten, sodass der Funke auch hier und heute mit der nötigen Gesetzesgrundlage nun endlich überspringen könnte.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Nein, stattdessen senden Sie leider wieder einmal ein völlig falsches Signal für das Ehrenamt und erweisen zudem allen Kindern in Nordrhein-Westfalen einen Bärendienst.

(Beifall von der CDU)

Stimmen Sie dem Antrag zu. Zeigen Sie Größe und denken Sie vielleicht noch einmal darüber nach. Feuerwehr ist Ehrensache. Wir alle wollen doch, dass dieser Funke überspringt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Lamla das Wort.

Lukas Lamla (PIRATEN): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer auf den Tribünen und zu Hause! Lassen Sie mich kurz ausführen, worum es hier eigentlich geht, damit das auch wirklich alle verstanden haben. Schon seit Jahren gibt es seitens der Feuerwehren den Wunsch, früher als bisher mit der Kinder- und Jugendarbeit anzufangen.

Zur Erläuterung: Neben den Freiwilligen Feuerwehren für Erwachsene gibt es noch die Jugendfeuerwehren für Kinder im Alter zwischen zehn und 18 Jahren. Das Problem für die Feuerwehren ist, dass die meisten Kinder bereits mit zehn Jahren Mitglied in anderen Gruppen wie Sportvereinen, Schützenvereinen und Karnevalsvereinen sind. Das macht

die Nachwuchsförderung für diese Jugendfeuerwehren unglaublich schwierig.

Aus der Not heraus ist also die Idee dieser sogenannten Kinderfeuerwehr entstanden. Manchmal heißen sie auch Löschbambinis oder Löschzwerge. Aber die Zielgruppe sind Kinder im Alter zwischen sechs und zehn Jahren, also noch vor der Jugendfeuerwehr. Die Kinder lernen dort sanft den Umfang mit Schläuchen und mit Material, sie lernen, Notfälle zu erkennen, sie lernen, den Notruf abzusetzen. Eigentlich ist das eine gute und unterstützenswerte Sache.

Kommunen in Deutschland, die solche Kinderlöschgruppen aufgebaut haben, berichten ausnahmslos von positiven Erfahrungen mit diesen Gruppen. Die Zahlen der Übergänge zwischen der Kinder- und Jugendfeuerwehr nehmen zu, was letztlich eine Stärkung der Freiwilligen Feuerwehr bedeutet.

Kommen wir nun aber zu dem Problem. In NRW gibt es das Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz, kurz: FSHG. Darin sind neben Berufs-, Werks-, hauptamtlichen und Freiwilligen Feuerwehren auch die Jugendfeuerwehren. Nicht aufgeführt sind dort die Kinderfeuerwehren, die ich gerade beschrieben habe, um die es hier heute geht.

Das führt nun zu dem praktischen Problem, dass Kinder und Betreuer in diesen Kinderfeuerwehrgruppen keinerlei Unfallversicherungsschutz durch die NRW-Unfallkasse haben. Einige Städte in NRW umgehen das Problem, indem sie mithilfe von privaten Spendern diesen Versicherungsschutz finanzieren. Aber das stellt eine unnötig große Hürde für das ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich dar.

Das muss so nicht sein, dachte sich die CDU-Fraktion, und machte einen klugen Vorschlag. Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion besteht im Grunde genommen nur aus einem Kernpunkt. Er sagt vereinfacht: Lasst uns das Wörtchen „Kinderfeuerwehr“ in das FSHG aufnehmen. Schon sind die Kinderfeuerwehren den Jugendfeuerwehren gleichgestellt und genießen gesetzlichen Versicherungsschutz.

(Beifall von den PIRATEN und der CDU)

Das ist relativ einfach. Toll, das sagten übrigens auch die anwesenden Sachverständigen der Städte und Kommunen, die bereits auf eigene Faust solche Kinderfeuerwehren eingerichtet haben, in unserer Anhörung vor einigen Wochen.

Alles, was Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, gleich machen müssen, ist einfach Ihr Patschehändchen zu heben und diesem Entwurf zuzustimmen. Genau das aber werden die Abgeordneten von SPD und Grünen nicht tun. Wieso werden sie das nicht tun? – Weil eben dieser vernünftige Vorschlag von der Opposition kam. Die Opposition – hier die CDU – ist SPD und Grünen zuvorgekommen. So einfach kann man das zusammenfassen.

(Beifall von der CDU)

SPD und Grüne wollen nämlich selbst die Kinderfeuerwehren im Rahmen der Novellierung des FSHG im Herbst dieses Jahres einführen. Das Gesetz könnte dann Anfang nächsten Jahres in Kraft treten, im Jahr der Kommunalwahl in NRW. Dann lassen sich die Abgeordneten und die Kandidaten von SPD und Grünen mit kleinen Kindern auf dem Arm fotografieren,

(Zuruf: Genau!)

mit Kulleraugen, mit lustigen viel zu großen Feuerwehrhelmen, und sagen: Na, wer hat’s gemacht? – SPD und Grüne haben’s gemacht.

(Beifall von den PIRATEN und der SPD)

– Ja, klatschen Sie ruhig. Das ist nämlich der Plan.

Da sitzen Sie und grinsen vor sich hin. Während Sie da so selbstüberzeugt vor sich hin grinsen, merken sie überhaupt nicht, dass sich immer mehr Wähler von Ihnen durch diesen Politikstil angewidert abwenden!

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Hier geht es gar nicht mehr darum, Entscheidungen im Sinne der Bürger zu treffen! Hier geht es einzig und allein um einen parteipolitischen Längenvergleich, meine Damen und Herren.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Herr Minister für Inneres und Kommunales Jäger, Sie sind gleich nach mir dran. Erklären Sie mir bitte: Was spricht dagegen, dem Antrag der CDU zuzustimmen – außer der Tatsache, dass er nicht von der SPD kommt?

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Was spricht dagegen, hier ganz einfach und schnell den ehrenamtlich aktiven Bürgern Versicherungsschutz in der Übergangszeit bis zu Ihrer Regelung zu geben? Sie haben gleich die Möglichkeit zu zeigen, dass Sie die Bürger aus parteipolitischem Kalkül nicht vergessen haben.

(Beifall von der CDU)

Die Piratenfraktion wird dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen – einfach so, weil wir es können. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Jäger das Wort.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Lamla, ich will in der Tat damit beginnen, Ihnen etwas zu erklären. Als erstes will ich Ihnen erklären, dass die Landesregierung die Frage, die Sie gestellt haben, nicht beantworten kann. Die Frage, die Sie gestellt haben, richtet sich an das Parlament.

(Zurufe von der CDU)

Die Landesregierung stellt ihre Auffassung zu diesem Antrag dar. Das erklärt sich, wenn man einen Blick in die Verfassung wagt, den ich Ihnen ganz dringend ans Herz legen will.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Die regierungstragenden Fraktionen haben einen Koalitionsvertrag geschlossen, durch den sich ein Thema wie ein roter Faden zieht: jetzt zu handeln, um von dem jetzigen Handeln in der Zukunft zu profitieren.

In diesem Kontext ist in diesem Koalitionsvertrag auch die Einrichtung von Kinderfeuerwehren beabsichtigt. Ja, das ist in der Tat der Fall. Aber man muss das einmal in eine Fach- und Sachdiskussion einordnen. Es geht bei dieser Frage doch gar nicht mehr darum, ob man Kinderfeuerwehren einrichtet, sondern darum, wie man das tut: innerhalb welches Prozesses. Es geht natürlich auch um die pädagogische Betreuung. Aber im Wesentlichen geht es um etwas ganz anderes.

Wir müssen uns einmal die Struktur des Feuerschutzes in Nordrhein-Westfalen anschauen. Wir haben 94.000 Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner. Davon sind 80.000 ehrenamtlich tätig. Das heißt, der Feuerschutz in Nordrhein-Westfalen wird im Wesentlichen durch Ehrenamtler sichergestellt.

Die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, sind einer unglaublichen Veränderung unterworfen. Die freiwilligen Feuerwehren, insbesondere da, wo sie den aktuellen Feuerschutz gewährleisten müssen, weil eine Berufsfeuerwehr gar nicht existiert, haben beispielsweise das Problem, dass ihre Angehörigen weit entfernt berufstätig sind. Sie haben Probleme mit der Tagesalarmierung. Diese Menschen haben auch zunehmend das Problem, dass ihre Arbeitgeber wenig bis manchmal gar kein Verständnis dafür haben, dass sie, wenn alarmiert wird, ihre Sachen fallen lassen und ausrücken müssen.

Das heißt, wir müssen bei diesen Veränderungen des Ehrenamts und den Anforderungen an das Ehrenamt im Blick haben, was wir für die ehrenamtlich Tätigen tun können, damit sie diese Aufgabe besser wahrnehmen können. Wir werden darüber reden müssen, wie wir Menschen neu hinzugewinnen, beispielsweise Frauen oder Menschen mit Migrationshintergrund, und wie wir es schaffen, die zurückzugewinnen, die schon einmal ehrenamtlich tätig waren, aber aufgrund von Familienphasen dieses Amt nicht mehr ausüben. Sie sehen, wir nehmen die Anforderungen an das Ehrenamt, das wir stützen wollen, weil die Kommunen völlig überfordert wären, das finanziell zu leisten, sehr ernst.

Was Sie jetzt machen, ist allerdings kleines Pepita. Sie nehmen aus diesem Gesamtkonzept einen kleinen Baustein heraus und wollen ihn heute beschlossen haben, wobei nicht nur wir, die Landesregierung, und die regierungstragenden Fraktionen sagen, das ist Kokolores. Ich bitte Sie: Reden Sie doch einmal mit denen, über die Sie reden! Reden Sie einmal mit den Vertretern des Verbandes der Feuerwehren, und reden Sie mit den Ehrenamtlern! Die sagen: Jetzt sollen wir das auch noch machen.

Wir müssen ihnen die Sicherheit geben, dass die Politik ihre Belange ernst nimmt. Wir müssen ein komplettes und umfassendes Konzept zur Sicherung dieses Ehrenamts vorlegen und nicht nur kleine Bruchstücke, bei denen derjenige, der draußen sitzt und dieser Diskussion nur noch kopfschüttelnd folgt, offensichtlich den Eindruck hat: Da wird ganz kleines Pepita gestrickt, nur Bruchstücke werden herausgenommen, aber meine Interessen bleiben dabei außen vor. – Das ist die Realität.

(Beifall von der SPD – Christof Rasche [FDP]: Das stimmt!)

Deshalb sage ich Ihnen: Diese Landesregierung wird in Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlern und dem Verband der Feuerwehren ein umfassendes Konzept dafür vorlegen, wie man in Nordrhein-Westfalen das Ehrenamt gerade bei der Feuerwehr stärken kann. Dazu werden wir Ihnen ein Gesetzentwurf vorlegen, der gut sein und die Zustimmung der Betroffenen finden wird. Das tut dieser Antrag nicht. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 16/3256,** den Gesetzentwurf Drucksache 16/1167 abzulehnen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. Wer stimmt gegen die Beschlussempfehlung? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piratenfraktion **angenommen** und der Gesetzentwurf Drucksache 16/1167 in zweiter Lesung abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4, und wir treten ein in Tagesordnungspunkt:

5 Umsetzung der Operationellen Programme der EU-Strukturfonds effektiv begleiten

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/3423

Bevor ich die Beratung eröffne, weise ich darauf hin, dass sich alle Fraktionen darauf verständigt haben, die Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt unabhängig von der abstimmungsfreien Mittagspause unmittelbar im Anschluss an die Aussprache durchzuführen.

Ich eröffne jetzt die Beratung und erteile für die erste der beiden antragstellenden Fraktionen, nämlich für die SPD, dem Abgeordneten Kollegen Schmeltzer das Wort. Bitte.

Rainer Schmeltzer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den teilweise hitzigen Diskussionen zu dem vorherigen Tagesordnungspunkt denke ich, dass wir jetzt einen Tagesordnungspunkt haben, über den nicht hitzig diskutiert wird

(Christof Rasche [FDP]: Ihr seid auch Antragsteller!)

und über den auch nicht hitzig diskutiert zu werden braucht, Herr Kollege Rasche. Sie wissen wie ich, die Verhandlungen über die EU-Strukturfondsverordnungen laufen derzeit. Wie ich gehört habe, stehen sie kurz vor dem Abschluss.

In der zum Ende dieses Jahres auslaufenden Förderperiode haben wir für die jeweiligen EU-Fonds, für den EFRE, für den ESF und für den ELER, die sogenannten Begleitausschüsse. Diese Begleitausschüsse werden ab der neuen Förderperiode, „Monitoringausschüsse“ heißen.

Wie wir aus den Beratungen und Debatten wissen, die wir bereits im November 2012 in diesem Hohen Hause dazu hatten, ist es so, dass in der neuen Förderperiode auf der Ebene der Staatssekretäre ein Monitoringprozess eingerichtet wird. Sie entnehmen das auch unserem Antrag: Wir wollen nicht nur eine Neuaufstellung des Monitorings im Allgemeinen, sondern wir regen auch eine Neuaufstellung der zukünftigen Monitoringausschüsse an.

Vereinbart ist, dass die Strukturförderpolitik in Zukunft aus einem Guss erfolgen soll. Die für Nordrhein-Westfalen wichtigen Mittel aus den Strukturfonds EFRE, ESF und ELER sollen, wie wir es vereinbart haben, ineinandergreifen und bestmöglich verzahnt werden.

Wir haben in den Fachausschüssen, die die Zuständigkeit für diese Strukturfonds haben, immer wieder Informationen sowie Beratungen, und ebenso vertieft haben wir derzeit Beratungen in den Begleitausschüssen, zukünftig auch in den Monitoringausschüssen. Wir wollen, dass diese Beratungen in allen Monitoringausschüssen auch unter Beteiligung der Parlamentarier stattfinden. Folgerichtig heißt das, den Iststand auf das anzupassen, was wir derzeit im EFRE haben.

Der Kollege Brockes weiß aus Erfahrung – er sitzt mit mir gemeinsam im Begleitausschuss EFRE –, dass dort alle im Landtag vertretenen Fraktionen mit jeweils einem Abgeordneten repräsentiert sind. Das ist nicht schädlich für uns, im Gegenteil: Wir sind auf Augenhöhe in den Beratungen nicht nur im Begleitausschuss, sondern auch in den jeweiligen Fachausschüssen in diesem Hause. Deswegen kann es nur folgerichtig sein, dass wir all diese Monitoringausschüsse mit je einem Abgeordneten der im Landtag vertretenen Fraktionen bestücken.

Wir wollen in geeigneter Form die Möglichkeit haben, den inhaltlichen Austausch zu garantieren, den breiten Dialog über wichtige Themen zu führen und somit auch die Förderung aus einem Guss gemeinsam voranzubringen. Das sollte, wie ich schon sagte, auf gleicher Augenhöhe passieren.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss es für alle Monitoringausschüsse gleich gelten. Dies ist ein Einfachantrag: je ein Mitglied in die Ausschüsse – einfach, praktisch und gut.

Diejenigen, die eventuell mutmaßen, Abgeordnete versuchten hiermit wieder einmal, sich einen Posten zu beschaffen, sollten sich an die Kollegen aus dem EFRE-Begleitausschuss wenden. Denn die können bestätigen: Die Vergütung beträgt Kaffee und Kekse. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Heiterkeit von Andrea Milz [CDU] und Dietmar Brockes [FDP])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die zweite antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Herrn Kollegen Engstfeld das Wort.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einfach, praktisch und gut – so mache ich es auch mit meiner Rede. Ich kann mich dem Kollegen Schmeltzer vollumfänglich anschließen. Er hat genau die Argumente gebracht, die uns zu diesem Antrag veranlasst haben.

Ich bin seit 2010 Mitglied im Ziel-2-Begleitausschuss. Das war eine positive Erfahrung. Eine stärkere Verzahnung aller Begleit- bzw. Monitoringaus-

schüsse in der kommenden Förderperiode ist nur zu begrüßen und sehr sinnvoll.

Insofern spreche ich die Einladung an die anderen Fraktionen aus, diesen Antrag doch zu unterstützen. Ich freue mich auf die Aussprache. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Berger.

Dr. Stefan Berger (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat sind die Strukturfonds wichtig für Nordrhein-Westfalen. Das zeigt allein ein Blick auf ihre Größe. Beispielsweise liegen vom EFRE für 2012 240 Millionen € vor. Nimmt man die Kofinanzierung hinzu, ergeben sich insgesamt 40 % des gesamten Haushalts des Wirtschaftsministeriums.

Darüber hinaus wird ein Haushalt nicht nur durch seine Höhe, sondern auch durch die Fonds auf sieben Jahre determiniert, sodass diese Fonds selbstverständlich großen Einfluss darauf haben, in welche Richtung die Minsterialbürokratie ihre Haushalte bewegt und – logischerweise – welche Effekte sie damit in der Gesellschaft auslöst.

Sie wollen mit Ihrem Antrag die Rechte der Politik stärken. Das finde ich gut.

Ich will an dieser Stelle aber noch mal daran erinnern, wie es vorher war. Vor 2005 verlief die Förderung der EU kennzahlenorientiert. Teilweise zogen sich Fördergrenzen durch Städte: Man konnte in einem Stadtteil fördern, in dem anderen nicht.

Wir haben damals – das will ich an dieser Stelle noch mal ausdrücklich erwähnen – als schwarzgelbe Koalition und mit der Landesregierung dafür gesorgt, dass ganz Nordrhein-Westfalen ein Fördergebiet ist und in diesem Fördergebiet Wettbewerbe um die Vergabe von Fördermitteln initiiert werden, damit die Gelder dort ausgegeben werden können, wo sie den höchsten Nutzen stiften, und nicht dort, wo die politische Farbenlehre oder die Himmelsrichtung dies hätte opportun erscheinen lassen.

Daher sage ich Ihnen: Wenn Sie daran interessiert sind, das Geld mit Sinn und Zweck auszugeben, sind wir gerne dabei und unterstützen Sie. Ich habe jetzt allerdings in der „Rheinischen Post“ gelesen: „Kraft will mehr EU-Gelder ausgeben“. Das Geld solle für vorbeugende Strukturen ausgegeben werden. – Ich will in diesem Zusammenhang gar nicht über finanzpolitische Philosophien sprechen. Aber man muss sich natürlich überlegen, wo man solche Gelder ausgibt und welche Effekte sie dann stiften. Ich glaube, da sind Wettbewerbe das entscheidende Mittel.

(Beifall von der CDU)

Wir werden also – damit das an dieser Stelle klar ist und weil wir die Kraft haben, etwas zu tun, was Sie beim vorigen Antrag auch hätten tun können, aber nicht getan haben – Ihrem Antrag zustimmen, weil er vernünftig ist.

(Beifall von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Sie nehmen das Verfahren ein Stück weit aus der Ministerialbürokratie heraus, geben dem Parlament bzw. der Gesellschaft wieder etwas zurück und eröffnen Einflussmöglichkeiten. Das finden wir gut, deswegen stimmen wir zu.

Dasselbe machen Sie bei anderen Gesetzesvorhaben aber nicht, beispielsweise bei der Hochschulfreiheit.

(Beifall von Klaus Voussem [CDU] – Dietmar Bell [SPD]: Och, Dr. Berger! Dr. Berger! Dr. Berger!)

Da wollen Sie der Gesellschaft Mitsprache entziehen und sie auf die Ministerialbürokratie legen. Machen Sie es an dieser Stelle genauso, wie Sie es jetzt mit den operationellen Programmen machen! Dann würden wir vielleicht auch einer Novelle des Hochschulfreiheitsgesetzes zustimmen. Das ist der Punkt!

Hier gehen Sie einen richtigen Weg, an der anderen Stelle den falschen. Deswegen stimmen wir an dieser Stelle zu. Diese Kraft haben wir, denn wir wollen das Beste für Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Brockes das Wort.

Dietmar Brockes[*)] (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wir haben überlegt, wie wir uns zu dem Antrag verhalten sollen, Herr Kollege Schmeltzer. Ich kann es vorwegnehmen: Auch wir werden dem Antrag zustimmen – obwohl das Beratungsverfahren mit direkter Abstimmung nicht gerade ein einladendes Verfahren ist, um die Zustimmung der Oppositionsfraktionen zu erlangen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Außerdem ist in dem Antragstext einiges an Lyrik enthalten, wo wir doch deutliche Bauchschmerzen haben. Bereits in der Vergangenheit haben wir unsere Kritik am operativen Programm geäußert. Wir finden es falsch, wenn gerade die Strukturmittel zum Beispiel nicht für den Ausbau der Breitbandtechnik genutzt werden und wenn die Fondsmittel, was den Bereich der Verkehrsplanung angeht, nicht zur Verbesserung der Verkehrsnetze eingesetzt werden. – Das aber ist Kritik am operativen Pro-

gramm und nicht am Verfahren, das Sie hier vorschlagen.

Wir stimmen dem Antrag zu, insbesondere weil wir Sie auch beim Wort nehmen wollen, was die Frage der Aufblähung bzw. der Straffung der Gremien angeht. Denn das, was Sie auf der Staatssekretärsebene machen wollen, bedeutet die Einführung einer zusätzlichen Ebene, Herr Kollege Schmeltzer. Deshalb werden wir darauf achten, dass Sie das, was Sie hier heute als Beschlussvorschlag vorlegen, auch einhalten.

Ich begrüße es im Übrigen, dass wir wie in der Vergangenheit im EFRE-Begleitausschuss auch bei den anderen Fonds direkt informiert werden und eingebunden sind. Deshalb stimmen wir dem Ganzen zu.

Herr Kollege Schmeltzer, das vielleicht als Tipp für die vor uns liegende Sommerpause: Nehmen Sie sich unser Verhalten heute – das von CDU und FDP – mal zu Herzen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Überdenken Sie Ihr Vorgehen, das traurigerweise auch eben bei dem CDU-Antrag zur Geltung gekommen ist. Stimmen Sie nicht gegen alles, was von den Oppositionsfraktionen kommt. Wir jedenfalls sind dazu bereit, mit Ihnen konstruktiv über jedes Thema zu reden. Nehmen Sie sich unsere Anliegen zu Herzen, damit das Beste für Nordrhein-Westfalen dabei herauskommt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Kern.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause. Die Mittel aus den europäischen Strukturfonds sind für NRW von essenzieller Bedeutung – Kollege Dr. Berger hatte bereits darauf hingewiesen –: Mehr als 60 % der landesweiten Wirtschaftsförderung wird aus EU-Mitteln finanziert. Auch im arbeits- und sozialpolitischen Bereich machen die Gelder aus der EU knapp 60 % der freiwilligen Landesleistungen aus. Angesichts dieser Größenordnungen muss bei der Umsetzung der operationellen Programme der EU-Strukturfonds eine adäquate parlamentarische Beteiligung auch beim Monitoring gewährleistet sein.

Mit dem vorliegenden Antrag soll den Vorgaben aus Brüssel hinsichtlich Zusammensetzung und Aufgaben der Monitoringausschüsse entsprochen werden. Der Kollege Schmeltzer hat bereits angemerkt, dass es wichtig ist, in der Praxis eine echte parlamentarische und auch zivilgesellschaftliche Beteiligung sicherzustellen. Da sind wir uns alle hier im Hause, glaube ich, einig.

Diese Ausschüsse dürfen aber nicht zu reinen Quasselbuden verkommen. In der Vergangenheit haben wir im EFRE-Begleitausschuss gelernt, dass insbesondere hinsichtlich des Verfahrens zur Beantragung von EFRE-Mitteln erhebliche Probleme auftraten. Es gab erhebliche Kritik seitens der Antragsteller – zum Beispiel von Universitätsvertretern – hinsichtlich des Formalismus und des Bürokratismus, die mit den EFRE-Begleitmitteln einhergehen.

Es wird darauf ankommen, dass sich die Landesregierung der Kritik, die in diesen Begleitausschüssen bzw. Monitoringausschüssen geäußert wird, stellt und die Probleme löst. Daran werden wir die Landesregierung bei der Umsetzung auch messen.

Diesem Antrag hier und heute werden wir aber natürlich unsere Zustimmung geben. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren das Wort.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte gleich zu Beginn deutlich machen: Die Landesregierung stimmt dem Inhalt dieses Antrages zu. Ich möchte das kurz begründen.

In Nordrhein-Westfalen sind durch die Strukturfonds in der Vergangenheit viele Innovationen angeregt und unterstützt worden, um den Strukturwandel positiv zu begleiten. Das ist auch für die Zukunft notwendig. Der mehrjährige Finanzrahmen der EU sieht für die Zukunft allerdings auch gekürzte Mittel vor. Deswegen ist es umso dringlicher, dass die Mittel gezielt und sorgfältig eingesetzt werden, damit die besten Effekte erzielt werden können. Aus diesem Grunde sind die Begleitausschüsse auf der Basis der entsprechenden EU-Verordnungen wichtige Kontrollgremien im Rahmen der Umsetzung der EU-Strukturfonds. Das betrifft alle drei Fonds.

Damit unsere Besucher auf den Tribünen verstehen, worüber wir reden, nenne ich sie auch einmal mit vollem Namen: Es handelt sich dabei um den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, um den Europäischen Sozialfonds und um den Europäischen Fonds für den ländlichen Raum.

Nach EU-rechtlichen Vorgaben haben die Begleitausschüsse spezifische Aufgaben. Sie prüfen die Durchführung der Programme und ihre Fortschritte. Sie prüfen und genehmigen die Kriterien für die Projektauswahl – das macht also nicht die Ministerialbürokratie allein –, die jährlichen Durchführungsberichte und auch den Evaluierungsplan. Außerdem

werden die Ausschüsse zu vorgeschlagenen Programmänderungen konsultiert, und sie geben Empfehlungen.

Die Monitoringausschüsse – wie sie jetzt heißen – organisieren die fondsverwaltenden Landesressorts auf der Basis der rechtlichen Vorgaben der EU.

Nach dem Entwurf der neuen Verordnungen sollen dabei folgende Gruppen im Ausschuss berücksichtigt werden – dabei wird deutlich, dass es nicht nur um die Abgeordneten geht –: zuständige lokale, regionale und andere Behörden, Wirtschafts- und Sozialpartner, Stellen, die die Zivilgesellschaft vertreten. Damit hat auch die Bevölkerung unmittelbaren Einfluss.

Ein wichtiges Anliegen, das im Antrag zu Recht betont wird, ist eine schlanke und arbeitsfähige Ausgestaltung. Denn mit zunehmender Größe solcher Gremien verlieren die Ausschüsse ihre Qualität als effektive Arbeits- und Diskussionsgremien.

Die Forderung, dass jede Landtagsfraktion einen Vertreter in die Monitoringausschüsse entsendet, ist aus unserer Sicht legitim. Bisher waren die Landtagsabgeordneten ja nur im Begleitausschuss des EFRE vertreten. Das könnte aus unserer Sicht ab 2014 auf den ESF und den ELER ausgeweitet werden.

Eine strukturelle Angleichung der Monitoringausschüsse mag auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen, ist aber angesichts der unterschiedlichen Klientelstrukturen der einzelnen Fonds nur in einem gewissen Umfang möglich. Deshalb muss für jeden Fonds die angemessene Zusammensetzung gefunden werden.

Der Antrag betont auch das Erfordernis einer Verzahnung der Struktur- und Investitionsfonds, wie es bereits im Beschluss zur Strukturpolitik vom 8. November 2012 geschehen ist. Das ist ein wichtiges Anliegen, das auch im Koalitionsvertrag niedergelegt wurde. Die Landesregierung widmet dem ihre besondere Aufmerksamkeit.

Deswegen werden auch erstmals die Eckpunkte zu den drei operationellen Programmen im Kabinett gemeinsam beraten, und es werden ihnen gemeinsame Grundsätze vorangestellt.

Diese sehen in der Tat, Herr Brockes, Monitoringprozesse auf Staatssekretärsebene vor, um die Verzahnung in den Mittelpunkt zu stellen. Deswegen ist es in der Tat folgerichtig, wenn auch die Monitoringausschüsse ein verstärktes Augenmerk auf die Verzahnung der Fonds richten.

Auch die Europäische Kommission erwartet von den Regionen ein großes Engagement bei der Verzahnung der Fonds. Wir sind daher sehr dankbar, dass wir bei diesem Anliegen die Unterstützung aus dem Landtag erfahren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Nicolaus Kern [PIRATEN])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags Drucksache 16/3423.** Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag Drucksache 16/3423 vom Landtag Nordrhein-Westfalen einstimmig **angenommen.**

Ich schließe die Beratung zu Tagesordnungspunkt 5 und rufe auf Tagesordnungspunkt

6 Eine effektive Lebensmittelkontrolle stärkt insbesondere die Ernährungswirtschaft in NRW

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/3429

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3536

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende SPD-Fraktion Frau Abgeordneter Blask das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Inge Blask (SPD): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verbraucherinnen und Verbraucher erwarten qualitativ hochwertige Lebensmittel zu einem bezahlbaren Preis. Lebensmittelkrisen wie die EHEC-Epidemie oder Skandale wie die um das Pferdefleisch in der Lasagne erschüttern das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lebensmittelbranche.

Die Rohstoffe für die Ernährungswirtschaft werden heute größtenteils industriell hergestellt und weltweit bezogen.

(Unruhe)

Eine hocharbeitsteilige, industriell und international ausgerichtete Lebensmittelproduktion erhöht aber das Risiko von Lebensmittelskandalen. Die Handelswege der Rohstoffe sind oftmals nur schwer zu überblicken, da die Rückverfolgbarkeit nicht ausreichend geprüft wird.

Die Lebensmittelindustrie und insbesondere das Lebensmittelhandwerk sind einer der größten Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Entschuldigen Sie bitte, Frau Kollegin. – Meine Damen und Herren, ich darf Sie darum bitten, etwaige unabdingbare Gespräche möglichst außerhalb des Plenums zu führen, damit wir der Kollegin, die gerade am Rednerpult steht, die nötige Aufmerksamkeit widmen können. Danke. – Bitte, fahren Sie fort.

Inge Blask (SPD): Von besonderer Bedeutung sind die rund 8.000 leistungsfähigen vor allem mittelständischen Unternehmen. Vielen Menschen in unserem Land ist nicht bewusst, dass die Lebensmittelbranche mit dem Handwerk und der Industrie zu den sogenannten Kernbereichen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft gehört.

In der Lebensmittelproduktion, in Industrie und Handwerk sind rund 220.000 Menschen beschäftigt. Dazu kommen weitere 500.000 Menschen aus den Bereichen Handel, Gastronomie und Dienstleistung. Häufig stellen diese Branchen gerade die einfachen Arbeitsplätze, die in vielen anderen Branchen weggefallen sind.

Ein gutes Kontrollsystem dient insofern nicht nur den Verbrauchern, sondern allen Beteiligten in der Wertschöpfungskette und hilft, verlorengegangenes Vertrauen wiederzuerlangen.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Aber es gibt auch eine Kehrseite: Wir stellen fest, dass ordentliche Lebensmittel auch ordentliche Löhne bedingen. Darum fordern wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 €.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Simone Brand [PIRATEN]: Zu wenig!)

In unseren Antrag haben wir auch das Gutachten des Bundesrechnungshofes eingebunden, das die Strukturen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes in Deutschland überprüft hat und uns zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der Strukturen macht. Dies gilt es abzuarbeiten.

In Nordrhein-Westfalen führen die 51 Lebensmittelüberwachungsämter der kreisfreien Städte und Kreise Lebensmittelkontrollen durch. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz nimmt die Fachaufsicht und die Koordination aller Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärämter wahr und sorgt für einheitliche Überwachungsmethoden und Vorgehensweisen.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und Kreisen sowie den Landesbehörden evaluiert und eine Arbeitsgruppe mit den kommunalen Spitzenverbänden einrichtet mit dem Ziel, die Lebensmittelsicherheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu verbessern.

Wir wollen die Stärkung der Ernährungswirtschaft in NRW durch einen Dialog mit allen Akteuren der Wertschöpfungskette erhalten und ausbauen. Nur durch eine allgemeine Übereinkunft aller Akteure und durch eine Effektivierung der amtlichen Kontrollen können wir einen Beitrag zur Qualitätssicherung und Standortstärkung leisten.

Alle in der Lebensmittelkontrolle und -überwachung arbeitenden amtlichen Stellen sollen ihre Arbeitsergebnisse in Zukunft in eine einheitliche Datenbank einspeisen, um ihr effizientes Kontrollsystem zu steigern. Damit dies von Land und Kommunen geleistet werden kann, sollen Kontrollen zukünftig weitgehend über kostendeckende Gebühren finanziert werden, wobei die Höhe der Gebühren gestaffelt nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen auszurichten ist.

Meine Damen und Herren, die Ernährungswirtschaft mit Lebensmittelindustrie und Lebensmittelhandwerk gehört zur viertgrößten Branche in Nordrhein-Westfalen. Sie stellt tagtäglich gute und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel her. Menschliches Versagen und kriminelle Energie lassen sich aber nie ganz vermeiden. Wir haben jedoch die Aufgabe, alles Menschenmögliche zu tun, um die Gefahren für die Bürgerinnen und Bürger auf ein Minimum zu reduzieren. Eine effektive Lebensmittelkontrolle stärkt die Ernährungswirtschaft und sorgt für mehr Sicherheit für Verbraucherinnen und Verbraucher.

Ich freue mich auf eine konstruktive Diskussion mit Ihnen im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die zweite antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Dr. Beisheim das Wort.

Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es gerade schon gehört: Die Lebensmittelkontrolle in NRW ist weitgehend kommunal organisiert.

Die 51 Lebensmittelüberwachungsämter haben dabei ein breites Aufgabenspektrum in Sachen Überwachung. Nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch kosmetische Produkte, Lebensmittelverpackungen, Bekleidung, Modeschmuck, Spielzeug, Tabakwaren und sogar Tätowiermittel müssen von den Behörden der amtlichen Lebensmittelüberwachung kontrolliert werden.

An dieser Überwachungsaufgabe sind mehrere Ebenen beteiligt: die Kontrolleure, die vor Ort die Proben einsammeln, die Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter, die die eingesammelten Materialien analysieren, und die Veterinäre und Lebensmittelchemiker der Kreisordnungsbehörden, die für die Maßnahmeneinleitung und die Auswertung der Ergebnisse zuständig sind.

Die Art und Weise, wie man Proben einsammelt, regelt eine Verwaltungsvorschrift des Bundes. Wie immer, wird diese in Fachkreisen liebevoll abgekürzt und mit AVV RÜb bezeichnet. Darin ist festgelegt, dass jährlich pro 1.000 Einwohner jeweils fünf Proben Lebensmittel oder 0,5 Proben kosmetische oder Tabakerzeugnisse und Bedarfsgegenstände genommen werden. – So weit die Fakten.

Die Lebensmittelskandale der jüngeren Vergangenheit zeigen allerdings, dass das System in einigen Bereichen eines Upgrades bedarf. Nicht zuletzt für den Lebensmittelproduktionsstandort NRW, zu dem Ihnen Frau Kollegin Blask in ihrem Beitrag schon einige Daten und Fakten geliefert hat, ist ein effektives Kontrollsystem von essenzieller Bedeutung.

Aber auch aus den Reihen der Praktiker mehren sich die Forderungen nach Veränderungen. So fordert zum Beispiel der Vorsitzende des Bezirksverbandes der Lebensmittelkontrolleure im Rhein-Sieg-Kreis, Walter Bakensiefer, eine Verringerung der Probenanzahl, um bei den genommenen Proben mehr in die Tiefe gehen zu können. Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis möchte ich zitieren: „Eine hohe Anzahl an Kontrollen bei einer großen Supermarktkette habe wenig Sinn, wenn das Unternehmen selber schon gut kontrolliere."

Es geht in dem erforderlichen Verbesserungsprozess also auch darum, dass ein Weniger auch ein Mehr sein kann.

So fordert Deutschlands oberster Lebensmittelkontrolleur Martin Müller zusätzlich eine verbesserte Lebensmittelkontrolle vor Ort, für die mehr Personal benötigt wird. Dieses Personal muss finanziert werden.

Vorab: Wir sind uns sicherlich alle darin einig, dass die Qualität der Kontrollen nicht von der Kassenlage der Kommunen abhängig sein darf. Daher trägt eine Umstellung auf ein kostendeckendes, gebührenfinanziertes System auch zur Entlastung der Kommunen bei.

Das kommunal organisierte System der Lebensmittelüberwachung stößt nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern deutschlandweit an seine Grenzen. So einigte man sich auf Initiative Nordrhein-Westfalens während der jüngsten Agrarministerkonferenz in Berchtesgaden darauf, gemeinsame Maßnahmen und Konsequenzen aus den Lebensmittel- und Futtermittelskandalen der vergangenen Monate zu ziehen.

Der Beschluss beinhaltet, dass die amtliche Überwachung größerer, überregional tätiger Lebensmittel- und Futtermittelunternehmen auf Landesebene zukünftig durch interdisziplinäre Teams besetzt sein sollte.

Diese Forderung nach Verlagerung der Zuständigkeiten von der Kommune auf die Landesebene bedeutet eine Entlastung der Kommunen. Man muss dabei ja auch bedenken, dass der Internethandel künftig weiter zunehmen wird und ebenfalls einer weiteren Kontrolle bedarf.

Nicht zuletzt in Richtung Piraten meine ich, dass man die Forderung nach einem einheitlichen Datenbanksystem etwas differenzierter betrachten muss.

Man muss zum einen die richtige und wichtige Forderung sehen, dass alle Kontrolleinheiten in ein einheitliches Labordatenbanksystem einzuspeisen sind. Diese Daten sollten letzten Endes aber nicht öffentlich zugänglich gemacht werden; denn es bedarf auch einer fachlichen und versierten Auswertung dieser Daten.

Es ist sicherlich sinnvoll, darauf hinzuweisen, und es ist auch notwendig, dass die fertigen Ergebnisse, die evaluiert und validiert sind, den Verbraucherinnen und Verbrauchern zur Verfügung gestellt werden.

Die Debatte in den Ausschüssen wird sicherlich spannend. Ich freue mich darauf nach den Sommerferien. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Schulze Föcking das Wort.

Christina Schulze Föcking (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die magische Zahl heute lautet 72. Denn 72 Tage sind es noch bis zur Bundestagswahl. Heute ist die letzte Gelegenheit, hier im Landtag Nordrhein-Westfalen noch einmal so richtig Wahlkampf zu machen.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist Ihnen ja total fremd! Hahaha!)

Das zumindest muss wohl der Grund von Rot-Grün gewesen sein, diesen Antrag überhaupt vorzulegen.

(Beifall von der CDU)

Das dürfen Sie. Das ist legitim. Aber ebenso ist es schade. Ich finde es nämlich schade, was die antragstellenden Fraktionen aus einem so wichtigen Thema wie der Lebenskontrolle machen. Wir sprechen bei der Ernährungswirtschaft ja nicht über irgendeinen Bereich. Wir sprechen über eine Branche, in der 845.000 Menschen arbeiten. Diese Branche vereinigt 10 % aller NRW-Arbeitsplätze auf

sich. Die Bruttowertschöpfung dieses Bereichs beträgt fast 50 Milliarden € im Jahr. Vor allem aber, werte Kollegen, ist es ein Bereich, mit dem wir alle tagtäglich in Berührung kommen. Es geht um Verbraucherschutz. Da hätte man doch etwas mehr Sachverstand und Fachkunde erwarten können.

Frau Blask, Sie wollen evaluieren. Das ist gut, sehr gut. Besser hätten Sie jedoch vor der Antragstellung mit den Verantwortlichen vor Ort und mit den kommunalen Spitzen gesprochen. Diese aber haben Sie ignoriert und komplett übergangen,

(Jochen Ott [SPD]: Das stimmt ja gar nicht!)

wie Sie es mir sehr bewusst erzählt haben.

Hier ein Beispiel: Offensichtlich reicht Ihnen das Ausmaß der Kontrollhäufigkeit nicht aus. Tatsache ist: Die Rahmenbedingungen zur Probenentnahme werden vom Bund und vom Land gleichermaßen festgelegt. Die Häufigkeit der Betriebskontrollen wird von den Kommunen und dem Land bestimmt. Warum also haben Sie sich nicht schon lange für eine Änderung eingesetzt?

Sie stellen fest, die Haushaltslage vieler Kommunen sei angespannt. Sie vergessen jedoch zu erwähnen, dass Ihnen zur Abhilfe in den vergangenen Jahren wenig eingefallen ist. Ich nenne nur das Stichwort Gemeindefinanzierungsgesetz. Und dennoch: Das eine hat mit den anderen in diesem Falle nichts zu tun. Die Kommunen haben im Bereich der Lebensmittelüberwachung große Anstrengung unternommen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Fast alle kommunalen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter haben sich nach der DIN ISO 9000 zertifizieren lassen. Weder das LANUV noch das Ministerium in NRW waren bislang dazu in der Lage. In anderen Bundesländern sieht das im Übrigen ganz anders aus.

Sie sprechen in Ihrer Situationsbeschreibung von personellen Defiziten bei der Lebensmittelkontrolle. Wenn das stimmt, verehrte Kollegen von Rot-Grün, werfen Sie hiermit Ihrem eigenen Minister mal wieder mangelnde Fachaufsicht vor.

Unsere kommunalen Überwachungsbehörden leisten eine fachlich hervorragend Arbeit. Sie sind weiter und besser aufgestellt, als Sie mit Ihrem Antrag glauben machen. Entweder wissen Sie das nicht oder Sie leugnen das bewusst. Die Behörden sind dezentral aufgestellt und kennen die Besonderheiten vor Ort. Genau das ist bei diesen Kontrollen im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher wichtig. Außerdem halten sie, wo es erforderlich ist, eigene Lebensmittelchemiker vor. Ihre rot-grüne Analyse ist also auch in diesem Punkt falsch.

Sie fordern hingegen interdisziplinär aufgestellte Teams zentral beim LANUV, die ähnlich schlagkräftig sein sollen. Das aber ist sehr unwahrscheinlich. Besser wäre es, die Kommunen bzw. die Kreise zusätzlich mit zentralem Sachverstand zu stärken, als gut Funktionierendes gänzlich infrage zu stellen. Um Bewährtes zu verändern, braucht man gute Gründe. Die gibt es hier in dieser Form nicht.

Meine Damen und Herren der antragstellenden Fraktionen, wenn Ihnen so viel an einer einheitlichen Datenbank liegt – im Übrigen spricht wirklich einiges dafür –, dann fragen Sie doch einmal Minister Remmel, warum das seit 2007 geplante integrierte Datenverarbeitungssystem Verbraucherschutz, kurz IDV, bis heute nicht einsetzbar ist.

(Zuruf von der CDU: Aha! – Beifall von der CDU)

Das, was Sie uns hier vorgelegt haben, ist mehr ein Schaufensterantrag als ein Beitrag zur sachlichen Debatte. Daher sollten wir über die Frage der verbesserten Lebensmittelkontrolle – einem sehr wichtigen Thema –, finde ich, in ruhigeren Zeiten sprechen als im Wahlkampf. Es ist besser, wenn wir dies nach dem Wahlkampf tun, und das dann mit den entsprechenden Fakten. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, zu Beginn ist es ganz gut, ein paar Gemeinsamkeiten vorwegzuschieben. Allen hier im Hause geht es doch darum, den Verbraucherinnen und Verbrauchern das größtmögliche Maß an Lebensmittelsicherheit zu bieten. Darin sind wir uns einig.

Ein solches Maß an Sicherheit ist es sicherlich nur dann zu erreichen, wenn wir die Überprüfungsmaßnahmen, wenn wir die Kontrollen und deren Mechanismen, deren Prozesse stetig überprüfen und schauen, wo wir weiterentwickeln können. Auch darin besteht sicherlich Einigkeit.

Ich möchte aber nicht, dass der Eindruck entsteht, wir hätten hier in Nordrhein-Westfalen starke, flächendeckende, besorgniserregende oder gar gesundheitsgefährdende Defizite in der Lebensmittelkontrolle. Dem ist nicht so. Das aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, suggeriert doch in Teilen Ihr Antrag.

Deutschlands Lebensmittelkontrolle funktioniert im Großen und Ganzen sehr gut – und das, weil Kontrolleure und Kommunen vor Ort engagiert, effektiv und effizient hart daran arbeiten.

(Beifall von der FDP)

Optimieren kann und muss man auch die besten Standards. Ich sagte gerade schon: Weiterentwick-

lung lohnt sich immer. Das ist aller Anstrengungen wert.

Schauen wir einmal in den Antrag der Koalitionsfraktionen genauer hinein. Sie stellen zum Beispiel fest: Die Qualifikation des Kontrollpersonals und der Verantwortlichen vor Ort muss insgesamt verbessert werden. Zugleich wollen Sie den Kommunen aber auch Kompetenzen nehmen und sie dem Land geben.

Nichts gegen Weiterbildung und Weiterentwicklung. Fakt ist doch aber, dass das ganzheitliche fachspezifische Know-how vor Ort oft am höchsten ist. Man kennt sich vor Ort, man weiß, wie die Betriebe arbeiten und wie sie ticken. Es liegt auch in der Natur der Sache, dass die Kontrolleure vor Ort die individuellen Begebenheiten unmittelbar erleben und dadurch effizienter, schneller, unmittelbarer auf die Prüferfordernisse eingehen können. – Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Sie wollen hier feststellen, dass es keine Lebensmittelsicherheit nach Kassenlage der Kommunen geben darf. Das ist gerade auch in den Reden angeklungen. Damit suggerieren Sie, dass es so etwas heute gäbe. Auch dem ist nicht so. Denn, die Kollegin Dr. Beisheim hat es gerade angesprochen, die AVV RÜb regelt das alles. Sie regelt, dass die Fachaufsicht für diese entsprechenden Kontrollen bei Herrn Minister Remmel, beim Umweltministerium, liegt. Das heißt, Sie Herr Minister Remmel, müssen sicherstellen, dass es einen landesweit einheitlichen Verwaltungsvollzug gibt.

Wir haben dessen Sicherstellung nicht angezweifelt, aber Sie tun hier so, als gäbe es ihn nicht, und schießen damit auf Ihren eigenen Minister. Die Kollegin Schulze Föcking hat es gerade schon gesagt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Drittens: kein Antrag, kurz vor der Wahl, auf gar keinen Fall ohne Hinweis zum Mindestlohn. Das erinnert in dieser Regelmäßigkeit

(Jochen Ott [SPD]: Damit man das kapiert!)

schon fast an Cato den Älteren und dessen Hinweise zu Karthago.

Sie liebe Kolleginnen und Kollegen wollen hier feststellen, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang gibt zwischen Mindestlöhnen und sicheren Lebensmitteln. Dann hätten Sie in Ihren Reden ausführen sollen, welcher Lebensmittelskandal denn bitte mit einem flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 €, 9,50 € – oder wie auch immer man den auswählt – verhindert worden wäre. Ich finde es unredlich, die Themen hier so zu vermischen. Es wird den Aufgaben und Herausforderungen im Bereich der Lebensmittelkontrolle auch nicht gerecht.

(Jochen Ott [SPD]: Kriegen Sie eigentlich mit, was in der Realität passiert?)

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sehen, dass wir uns schon bei manchen Feststellungen, die Sie in diesem Antrag treffen wollen, uneinig sind. Weitere Beispiele sind das Hygienebarometer oder die Hygieneampel. Wir meinen, die sogenannten schwarzen Schafe gehören eher direkt aus dem Verkehr gezogen. Die brauchen keinen roten Sticker an der Tür.

Die Forderungen nach einem erweiterten Sachkundenachweis wiederum treffen auch bei uns auf volle Zustimmung. Es ist sinnvoll, präventiv hier anzusetzen und zuzusehen, dass alle Akteure, die überhaupt mit Lebensmitteln in Verbindung kommen, von vornherein besser geschult sind und mehr Fachwissen mitbringen, damit man hinterher nicht reparieren muss, wenn ich das so ausdrücken darf.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Überweisung stimmen wir natürlich gerne zu. Wir hoffen, dass wir dann nach dem Bundestagswahlkampf sachlich und rational an diesem Antrag weiterarbeiten können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Höne. – Für die Piratenfraktion spricht Frau Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Frage an Radio Eriwan: Ist der Antrag zur Lebensmittelüberwachung eigentlich gut so? Antwort: Im Prinzip ja, wenn da nicht ständig das Informationsbedürfnis der Bürger wäre.

Die Lebensmittelskandale des letzten Jahres haben mehr als deutlich gemacht, dass eine Reaktion der Politik mehr als überfällig ist: egal, ob Aflatoxine im Futtermittel oder Krankheitserreger auf Importerdbeeren. Immer wieder sind solche Dinge durch das grobmaschige Netz gefallen und haben die Gesundheit der Bürger gefährdet.

Mit Ihrem heutigen Antrag reagiert Rot-Grün nun endlich darauf und will die Situation in der Lebensmittel- und Futtermittelkontrolle verbessern. Wir Piraten begrüßen das ausdrücklich, bis auf die 8,50 €, die sind natürlich ein Witz.

Es gibt allerdings auch andere Sachen, die dem Antrag fehlen, denn es ist natürlich nicht nur mit den Kontrollen getan. Die Kotrollergebnisse dürfen nicht in irgendwelchen Datenbanken versacken, sondern müssen auch den Bürger erreichen. Aber schauen wir doch im Einzelnen: Sie möchten in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden Arbeitsgruppen konstituieren, um zeitnah die Sicherheit der Verbraucher zu verbessern. Das ist natürlich erst einmal gut. Aber wo sind denn in diesem Entwurf die Verbraucherzentralen? Wir halten es für sehr wichtig, dass bereits sehr frühzeitig die Verbraucherzentralen mit eingebunden werden.

Des Weiteren fordern Sie, dass die erhobenen Daten in einer zentralen Datenbank zusammengetra-

gen werden sollen. Auch das ist natürlich sinnvoll, nur fehlt auch hier der letzte Schritt, die Daten den Betroffenen, also allen Bürgern öffentlich zugänglich zu machen und auf einer geeigneten Plattform zu veröffentlichen. Denn beim Envio-Dioxinskandal war den Medien zu entnehmen, dass ein großes Problem die mangelhafte Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Beteiligten war. Hier haben Sie jetzt die Möglichkeit, die Gesundheitsämter und den Arbeitsschutz mit an der Datenbank zu beteiligen. Wir würden das vorausschauend nennen.

Natürlich ist es sehr schön, dass Sie am Ende Ihres Antrages noch den Schutz von Whistleblowern erwähnen. Selbstverständlich kann man sich darauf zurückziehen, dass man sich beim Bund dafür einsetzen will. Das macht es einfach, weil man ja selbst gar nichts tun muss und man hinterher schön sagen kann: Wir wollten ja, aber der Bund …

Guter Schutz von Whistleblowern beinhaltet auch, dass man eine Kontaktmöglichkeit schafft, an die sich wir Menschen wenden können, die Informationen haben. Diese Informationen müssen dann anonymisiert werden, bevor sie an die ermittelnden Behörden weitergereicht werden.

Seitdem wir Piraten in die Landtage eingezogen sind, werden die Parteien nicht müde, immer wieder zu betonen, wie transparent sie arbeiten. Es gibt Open-Government-Konzepte, Open-Data-Workshops und in jeder zweiten Rede wird von Transparenz gesprochen.

Anträge, wie der hier vorliegende zur Lebensmittelüberwachung, zeigen allerdings, dass die transparente Arbeitsweise dann wohl noch nicht ganz bei Ihnen angekommen ist. Nun ist der von Ihnen vorgelegte Antrag, wie eingangs schon erwähnt, gut. Um ihn sehr gut zu machen, haben wir uns dazu entschieden, einen Änderungsantrag einzubringen. Ich bin davon überzeugt, dass wir gemeinsam an dem Bugfix arbeiten können. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Remmel das Wort.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Schulze Föcking, Sie haben mit Wahlkampf angefangen. Ich kann nun wirklich nicht erkennen, was an diesem Antrag, der sehr sachlich geschrieben und sehr sachlich vorgetragen wurde, irgendeinen Bezug zum Wahlkampf haben könnte.

(Jochen Ott [SPD]: Das würde ich auch gerne wissen!)

Im Gegenteil – und das ist doch entlarvend für Ihre Argumentation –: Wenn man einen solchen Antrag nicht dann stellt, wenn es sich möglicherweise politisch opportun anbietet, nämlich wenn wir eine Krise, ein Problem haben und wir darüber, wie das so oft passiert, dann politisch diskutieren, sondern zu einer Zeit, in der wir nach einer Krise – zuletzt Pferdefleischskandal – analysieren und aus dieser Analyse auch Ableitungen vornehmen, dann ist das seriöses, ordentliches politisches Geschäft.

Es ist dann die Aufgabe des Parlaments und der Fraktionen, diese Konsequenzen in eine Parlamentsdebatte zu gießen. Das war insofern absolut zielorientiert und richtig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Höne, es wird auch nicht besser, wenn Sie dieses Argument ständig wiederholen. Wo es um Verbraucherschutz, um eine gute Lebensmittelwirtschaft und gute Produkte geht, da kann man die Frage der sozialen Gerechtigkeit nicht außen vor lassen.

Diese Landesregierung und diese Koalition sind dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich diesem Prinzip anschließen könnten. Zur Nachhaltigkeit gehört aber die Betrachtung der ökologischen und der ökonomischen Seite sowie selbstverständlich auch die Betrachtung der sozialen Seite dazu. Wir können im Bereich der Lebensmittelwirtschaft nicht mit gutem Gewissen gute Produkte anbieten, wenn nicht der soziale Hintergrund – die Frage, wie die Produkte erzeugt und bearbeitet wurden, wie viel Lohn die Beschäftigten erhalten haben – mit betrachtet wird.

(Minister Guntram Schneider: Sehr richtig!)

Daher ist es völlig richtig, solche Frage in diesem Dreiklang anzugehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Höne?

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ja, selbstverständlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Höne.

Henning Höne (FDP): Vielen Dank. – Herr Minister, Sie haben gerade schon den Pferdefleischskandal angesprochen. Inwiefern wäre der denn durch einen flächendeckenden Mindestlohn verhindert worden? Ging es da nicht Ihrer Einschätzung nach eher um kriminelle Energien?

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz:

Es ging um Verbrauchertäuschung und um eine Systematik, die in verschiedenen Bereichen der Lebensmittelwirtschaft nachzuvollziehen ist. Im Vordergrund stand das Motto „Immer billiger“; dies betraf sowohl die Produkte als auch die Beschäftigten. Hier sollte der maximale Gewinn erreicht werden, und zwar zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher, der Beschäftigten und der Umwelt. Insofern gibt es durchaus auch bei diesem Skandal entsprechende Momente.

Schauen Sie sich doch die Zustände in einigen unserer Schlachthöfe in Nordrhein-Westfalen an, dann wissen Sie, wovon wir hier reden.

(Minister Guntram Schneider: Sehr richtig!)

Das sind Zustände, die wir so nicht weiter tragen können.

(Zuruf von der CDU: Sagen Sie doch mal, wo!)

Hier braucht es Grenzen, zum Beispiel im Hinblick auf Mindestlohn.

Wir wollten uns aber mit der Frage der Verbesserung der Lebensmittelkontrolle beschäftigen. Hier gibt es in der Tat einige fachliche Ableitungen, die sehr wohl zu diskutieren sind. Damit müssen Sie sich auch beschäftigen. Da reicht es nicht, auf die AVV RÜb zu verweisen.

Wer sich einmal mit der Materie beschäftigt hat, weiß, dass die AVV RÜb in jeder Kommune unterschiedlich angewendet wird. Die AVV RÜb sagt: risikoorientiert. Zurzeit bewerten die Kommunen unterschiedlich, welcher Betrieb risikoorientiert und in welcher Häufigkeit dieser Betrieb zu kontrollieren ist.

(Zuruf von der FDP)

– Wir kommen noch dazu, keine Sorge. Wir erfüllen nämlich unsere Hausaufgaben. Wir haben in diesem Zusammenhang ein Benchmarking eingeleitet, und wir haben entsprechende Befragungen gestartet. Wir können jetzt gebietskörperschaftsscharf sagen, wie die Aufstellung im Vergleich zu anderen Kommunen aussieht.

Hier gibt es großen Diskussionsbedarf. Wir werden darüber zu diskutieren haben, dass es einige Kommunen gibt, die mit mehr Personal weniger Ergebnisse erzielen als andere mit weniger Personal, die deutlich bessere Ergebnisse erzielen. Wir werden vergleichen können – und zwar auf einer ordentlichen, seriösen Grundlage –, wie dort eine verbesserte Organisation jeweils bezogen auf die Gebietskörperschaft geleistet werden kann.

Wir werden uns aber auch damit zu beschäftigen haben – dazu haben Sie kein Wort verloren –, was denn der Bundesrechnungshof sagt. Der Bundesrechnungshof sagt, die Lebensmittelwirtschaft – so wie sie heute aufgestellt ist – sei nicht mehr zu kontrollieren wie im 19. Jahrhundert die Gaststätte oder die Imbissbude nebenan. Vielmehr ist die Lebensmittelwirtschaft weit verzweigt. Das haben wir zuletzt beim Pferdefleischskandal gesehen: Da wird bestellt in Zypern, gehandelt über London, verarbeitet in Belgien und Frankreich, und in Deutschland geht die Ware dann an die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Das kann man mit einem kommunalorientierten System einfach nicht mehr in den Griff bekommen. Deshalb haben wir ja auch schon gehandelt. Wir haben eine Taskforce auf der Ebene des Landesumweltamtes eingerichtet. Das ist zwar eine wichtige Maßnahme, sie reicht aber noch nicht aus.

Einen letzten Punkt, mit dem Sie sich beschäftigen müssen, möchte ich Ihnen noch darstellen. Es liegt ein aktuelles Moneta des Landesrechnungshofes vor. Der Landesrechnungshof sagt, dass das, was die Vorgängerregierung 2005 bis 2010 eingerichtet hat – nämlich die kommunale Lebensmittelkontrolle durch die Kontrollassistenten zu unterstützen – nicht ausreicht und teilweise von den Kommunen dazu genutzt wird, das Personal, das eigentlich eingesetzt werden müsste, durch die Kontrollassistenten zu ersetzen. Das ist ein erhebliches Moneta durch den Landesrechnungshof.

Hier werden wir reagieren müssen. Das heißt, wir werden auch zu Strukturänderungen kommen. Wenn wir die Lebensmittelkontrolle – hiervon waren wir ja beide überzeugt – personell verstärken müssen, dann scheint die Organisation, die von Ihnen seinerzeit auf den Weg gebracht wurde, nicht abschließend zu funktionieren. Deshalb bedarf es auch hier einer entsprechenden Diskussion. Es ist daher gut, dass wir die Behandlung dieses Themas einer fachlichen Debatte überlassen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich komme zum Schluss. Sie haben vorhin in der Debatte angesprochen, dass das beabsichtigte IDV-System noch nicht installiert sei. Das ist in der Tat ein längerer Weg. Wir haben diesen Weg inzwischen aber konkretisiert und insoweit abgeschlossen, als er mit den Modellkommunen funktioniert und jetzt übertragbar sein wird.

Insoweit weise ich zurück, dass hier nichts passiert und nichts umgesetzt wird. Selbstverständlich passiert etwas in Nordrhein-Westfalen, und es wird auch etwas umgesetzt. Das zeigt im Übrigen auch unser sehr gutes Agieren auf der Ebene der Kontrollbehörden bei den letzten Lebensmittelskandalen, sei es bei Dioxin, sei es bei der Ehec-Krise oder sei es beim Pferdefleischskandal.

Immer wenn es um Untersuchungen ging oder darum, Hinweise darauf zu bekommen, wo die Ursachen liegen, war und ist Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt. Wir werden uns aber für die Zukunft noch besser aufstellen müssen, wenn es darum geht, das System der Lebensmittelsicherheit zu verbessern.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen, damit wir das Ganze richtig einsortieren. Bei dem Lebensmittelmarkt und bei den Lebensmittelunternehmen wäre es vermessen, zu sagen, wir könnten dies mit staatlicher Kontrolle hinbekommen. Zentral ist die Selbstverantwortung der Unternehmen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, der FDP und den PIRATEN)

Die Eigenkontrolle muss gestärkt werden. Hier müssen aber – und das gehört dazu – die staatlichen Anforderungen – das ist die gemeinsame Verabredung zwischen den Bundesländern – an die Eigenkontrolle klar und eindeutig sowohl im Lebensmittel- als auch im Futtermittelbereich orientiert werden. Da liegt, glaube ich, die größte Aufgabe.

Ich verweise in dem Zusammenhang auf eine gut funktionierende Eigenkontrolle in Nordrhein-Westfalen. Im Bereich der Milchwirtschaft hatten wir seit gut zehn Jahren keine wirklichen Skandale mehr. Hier funktioniert die Eigenkontrolle. 350 Menschen sind in der Milchwirtschaft in Nordrhein-Westfalen damit beschäftigt, die Qualität der Milch auf einem guten Niveau zu halten und den staatlichen Behörden anzuzeigen, wenn etwas passiert. Der Staat ist dafür verantwortlich, die Kontrolleure, die Eigenkontrolle durch Stichproben zu überprüfen. Dieses System funktioniert gut, aber unter strengen staatlichen Vorgaben, unter guter Organisation der Milchwirtschaft. Ein solches System muss auf viele andere Bereiche übertragen werden. Da haben wir gemeinsam noch viel zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Die Landesregierung hat ein wenig mehr Zeit in Anspruch genommen, wie alle gemerkt haben, die auf die Uhr gesehen haben. Gibt es jemanden, der im Nachgang noch Zeit in Anspruch nehmen möchte? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Ende der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/3429** einschließlich des **Änderungsantrags** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/3536** an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk.** Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. – Es gibt keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen. Dann ist einstimmig so entschieden und überwiesen.

Ich rufe auf:

7 Fachkräfte- und Auszubildendenbedarf in Nordrhein-Westfalen sichern – Ausbildungs- und Jobperspektiven für Jugendliche aus südeuropäischen Ländern schaffen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3449

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Alda.

Ulrich Alda (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa ist ein großes Problem und im Prinzip schon schockartig verbreitet. Es handelt sich um 5,6 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren. In Prozent ausgedrückt: In Frankreich sind es um die 25 %, in Griechenland und Spanien sollen es um die 50 % sein, man spricht sogar von 55 bis 60 %. Viele müssen, weil sie sich nicht mehr selbst ernähren, weil sie ihren Lebensunterhalt nicht finanzieren können, wieder zu den Eltern zurück. Viel schlimmer: Manche müssen sogar zu den Großeltern zurück, weil auch die Eltern kein Geld mehr haben.

Wir wollen, dass Europa eine starke Zukunft hat. Wir übernehmen Verantwortung für Wohlstand und Sicherheit in einem gemeinsamen Europa. Sehr geehrte Kollegen von Rot-Grün, wo bleibt Ihre viel gepriesene Solidarität mit den Betroffenen und ihren Familien?

In NRW fehlen in vielen Bereichen Fachkräfte. Engpässe sind in der Hotellerie, in der Glasherstellung und in der Automatisierungstechnik zu sehen. Insgesamt blieben 2012 15.000 Lehrstellen in NRW unbesetzt, ein Großteil in der Lebensmittelherstellung, andere Branchen könnten angefügt werden.

Die Jüngeren unter uns, zumindest die, die noch einen richtigen Beruf erlernt haben, erinnern sich, wie wir als Stifte in den 70er-Jahren in den Lehrwerkstätten neben wesentlich älteren Kollegen standen, die aus Südeuropa kamen. Diese neuen Kollegen sprachen nicht unsere Sprache und wurden im Schnelldurchgang geschult, um Hilfstätigkeiten in der Produktion zu übernehmen, zum Beispiel im Bergbau. – Das war damals.

Helfer werden fast nicht mehr gebraucht. „Facharbeiter“ ist der heutige neue Mangelbegriff, meine Damen und Herren. Dazu kommt die große Wirtschaftskrise in den südeuropäischen Staaten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin froh, dass die Bundesregierung auf europäischer Ebene initiativ geworden ist. Da wurde der Bedarf in Deutschland mit den Sorgen in Südeuropa zusammengebracht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Verehrte „Grünossen“, Sie machen in Berlin die einfachste Form der Opposition, die es gibt. Sie arbeiten nur mit drei Worten: „nein“, „falsch“ und „mehr“.

Statt 6 Milliarden € fordert Ihr Kanzlerkandidat Steinbrück 21 Milliarden € zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Hören Sie? – „Nein“ und „mehr“.

Dann will er auch gleich die Finanzmittel bereitstellen und eine Finanztransaktionssteuer einführen. Wieder typisch: Die Großen werden mit Wattebäuschchen geschlagen und die Kleinen dabei erschlagen. Haben Sie mal an die Auswirkungen gedacht, was mit der Lebensversicherung des kleinen Mannes oder der kleinen Frau passiert, wenn wir solch eine Steuer einführen?

(Beifall von der FDP)

Wir begrüßen die Aktivitäten der Bundesregierung im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. In den kommenden vier Jahren sollen rund 5.000 junge Spanier in Deutschland Ausbildung oder Beschäftigung erhalten. Davon sind rund 1.000 Personen für NRW eingeplant. Gefördert werden soll auch die Mobilität der Betroffenen durch Sprachangebote sowie Umzugs- und Bewerbungshilfen.

Neben Sie sich ein Beispiel an uns in NRW, wie man konstruktive Oppositionsarbeit macht. Goutieren Sie die Maßnahmen und unterstützen die Bundesregierung dabei, unsere EU-Partner in Südeuropa zu unterstützen.

(Beifall von der FDP und Walter Kern [CDU])

Auch unterstützen wir das erst kürzlich beschlossene Maßnahmenpaket der Staats- und Regierungschefs der EU mit einem Gesamtvolumen von insgesamt 24 Milliarden €. Günstige Kredite für kleine und mittlere Unternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den EU-Mitgliedstaaten, Lohnkostenzuschüsse, ein flächendeckender Aufbau der Berufsberatung und weitere Maßnahmen sind die richtigen Instrumente gegen Jugendarbeitslosigkeit.

Nach der Diskussion von vorhin kann ich es mir nicht ganz verkneifen, darauf hinzuweisen, dass alle Länder in Südeuropa, die Probleme haben, einen flächendeckenden allgemeinen Mindestlohn haben. Ich möchte es nur kurz anbringen.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Dass auch die Bundesländer ihren Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit leisten, um gleichzeitig den Bedarf an Fachkräften zu decken, zeigen Hessen und Hamburg. Die hessische Landesregierung setzt in einer Reihe von Pilotprojekten in Deutschland und Spanien etliche Maßnahmen für Auszubildende und Fachkräfte um. Zeigen auch Sie von Rot-Grün, dass NRW eine Willkommenskultur hat. Wir fordern Sie daher auf, auch für NRW ein Welcome Center wie in Hamburg für ausländische Fachkräfte und Auszubildende einzurichten. Nutzen Sie dazu die Kooperation mit Kammern und Kommunen, um dezentrale Strukturen für Beratung und Unterstützung zu etablieren.

Hierbei kommt es vor allem darauf an, die Mobilität von ausländischen Auszubildenden und Fachkräften zu erhöhen, indem wir ein adäquates Qualifizierungsprogramm in Nordrhein-Westfalen ermöglichen und installieren. Darin sehen wir einen wichtigen Beitrag für eine echte Willkommenskultur in Nordrhein-Westfalen. Dafür setzt sich die FDP mit ihrem Antrag ein. Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen im Ausschuss. – Sehr geehrte Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und Walter Kern [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Alda. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Neumann das Wort.

Josef Neumann (SPD): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Kollege Alda, wenn Frau Schulze Föcking vorhin vom Wahlkampf sprach, dann, so glaube ich, haben Sie bewiesen, dass Ihr Thema tatsächlich Ihr Wahlkampfthema ist.

Tatsächlich ist die Jugendarbeitslosigkeit in Europa besorgniserregend. Und die Zahlen in Spanien, Frankreich, Italien und Griechenland, wo auch immer, sind nicht nur besorgniserregend für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt, sondern sie sind besorgniserregend vor allem deshalb, weil junge Menschen in einem demokratischen System verzweifeln, das ihnen nicht hilft, in ihrem Leben vorwärtszukommen.

(Beifall von Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

Das ist eines der zentralen Probleme, mit denen wir es hier auch zu tun haben, weshalb wir diesen Menschen auch hier helfen müssen.

Einer ganzen Generation in Europa wird der Einstieg in das Arbeitsleben verwehrt. Sie finden keinen Ausbildungsplatz oder, wenn sie die Ausbildung oder ein Studium hinter sich gebracht haben, keinen adäquaten Anschlussberuf. Dies ist ein Zustand, der uns zu Recht beunruhigen muss. Da können wir in Deutschland nicht sagen, dass es uns nichts angeht.

Nein, wir leben in einem vereinten Europa, das wir wollen, das wir unterstützen. In diesem vereinten Europa gilt es auch, als EU-Nachbar zu helfen. Denn Europa heißt auch hier Verantwortungsgemeinschaft. Insoweit begrüße ich den Tenor des vorliegenden Antrages der FDP, auch wenn ich die Erklärung zu den Ursachen und Schlussfolgerungen sicherlich nicht in allen Bereichen mit Ihnen teile.

Allerdings dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass auch wir in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen Probleme auf dem Ausbildungsmarkt haben.

(Minister Guntram Schneider: Erhebliche!)

Dies gilt besonders für die jungen Menschen, die sozial benachteiligt sind, die aus einem Umfeld kommen, in dem es Handicaps gibt.

Im Juni überstieg die Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden das Angebot an Ausbildungsplätzen um 30.000. Nicht jeder Beruf, Herr Alda, den Sie in der nordrhein-westfälischen Fleisch- und Bäckerinnung ansprachen, wird den Jugendlichen, der in Spanien oder Griechenland studiert hat, dazu bewegen, in dieses Land zu kommen. Da sollte man sicherlich nicht das eine gegen das andere ausspielen.

Natürlich müssen wir unsere Rahmenbedingungen und Instrumente bei der Vermittlung von Ausbildungsstellen für die Interessenten aus den europäischen Ländern in Kooperation mit der Wirtschaft und dem Handwerk zielführend optimieren. Ebenso ist es richtig, dass die von Ihnen angesprochene Willkommenskultur Platz greifen muss. Es kann nicht sein, dass die Menschen, die zu uns wollen, es bis zum Bahnhof, bis zur Autobahnraststätte oder vielleicht vor das Rathaus schaffen, anschließend aber frustriert nach Hause fahren, weil es keine Angebote für sie gibt.

Allerdings muss die Willkommenskultur auch für all die jungen Menschen bei uns gelten, die aufgrund ihrer unterschiedlichen Problemlagen bis jetzt keinen Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben.

Nicht zuletzt ist diese Situation, wenn man sie richtig nutzt, auch eine Win-Win-Situation für alle, insbesondere für diejenigen, die einen Fachkräftemangel beklagen und hier auch besonders gefordert sind. Hier sind Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern gefordert, entsprechend zu reagieren und nicht nur in Spanien und anderen Ländern die Menschen in pressewirksamen Artikeln zu bewegen, in dieses Land zu kommen, wenn sie dann eine Struktur finden, in der sie nichts vorfinden.

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, die Landesregierung auffordern, sie solle doch die Bundesregierung bei ihren Bemühungen zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa unterstützen, dann stellt sich natürlich die Frage: Was hat denn diese Bundesregierung bis jetzt getan?

(Walter Kern [CDU]: Unverschämt!)

Ihre Leute in Berlin waren es doch, die infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise als vermeintliche Lösungsstrategien die südeuropäischen Länder mit Spardiktaten und Auflagen geradezu geknebelt haben, sodass jegliche wirtschaftliche Dynamik verhindert wurde.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihre Bundesregierung ist es doch, die mit rigiden Haushaltssanierungskonzepten als arroganter Lehrmeister Europas auftritt

(Minister Guntram Schneider: Sehr richtig!)

und damit gerade jene Jugendarbeitslosigkeit dramatisch verschärft, die wir hier heute beklagen. Bei der Ursachenbeschreibung kommen wir sicherlich nicht zusammen. Ich rate Ihnen, wenn Sie es ernst meinen, Ihre Appelle nach Berlin zu richten.

Dies gilt sicherlich auch für die Frage der Arbeitsmarktmittel, die in den letzten Jahren auch für in Nordrhein-Westfalen betroffene Arbeitslose massiv gestrichen wurden.

Gleichwohl halten wir es für richtig, dass wir den vorliegenden Antrag weiterführend im Ausschuss gemeinsam beraten. Nur so wird es vielleicht gelingen, gemeinsam den jungen Menschen in Europa und bei uns Chancen zu geben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Neumann. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kern.

Walter Kern (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich grüße heute besonders unseren Kollegen Bernhard Tenhumberg, der im Stream unsere Diskussion sicherlich verfolgt. Ich wünsche ihm alles Gute.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt am 04.07. dieses Jahres auf der Titelseite: „Tickende Zeitbombe – europäische Spitzenpolitiker wollen jungen Menschen den Zugang zu Ausbildungsplätzen erleichtern“. Dort ist die Rede von 6 Milliarden € zur Umsetzung dieses Ziels. Zudem stehen 16 Milliarden € aus Strukturmitteln des aktuellen Haushaltes bereit, um die Situation der Jugendlichen zu verbessern. Das ist der Beschluss des Europäischen Rates.

Darüber hinaus sind 6 Milliarden € als zinsgünstige Kredite möglich, die im Rahmen der Jugendbeschäftigungsinitiative für den Hauptschwerpunkt „Jugendgarantie“ eingesetzt werden können. Und die European Investment Bank hat ein Gesamtkreditvolumen von 60 Milliarden € zur Verfügung gestellt. Herr Minister, auch der Europäische Sozialfonds stellt noch einmal 72 Milliarden € zur Verfügung. Das ist ein Wort zum Sonntag. Ich denke, wir kommen auf 98 Milliarden € insgesamt und nicht auf 6 Milliarden €. Das muss ich an dieser Stelle deutlich sagen. Das ist ein wichtiger Aufschlag, und er ist notwendig.

Wir wissen alle: Es gibt keine Freiheit ohne Solidarität. Nordrhein-Westfalen ist ein wesentlicher Teil Europas. Nordrhein-Westfalen trägt Verantwortung für die europäische Idee. Die junge Generation Europas braucht unsere uneingeschränkte Solidarität,

damit sie und wir auch zukünftig eine freiheitliche Perspektive in Europa haben.

Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer, warum sollte ein junger Südeuropäer, der keine Perspektive auf Teilhabe hat und ohne Chance ist, sein Leben eigenverantwortlich aufzubauen, an die Demokratie glauben? Warum sollte er ein überzeugter Europäer und Demokrat werden?

Unsere politische Wertegemeinschaft steht hier vor einer großen Herausforderung. Bei 55 % Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland, 53 % in Spanien, 35 % in Italien und 24 % in Frankreich kommen die 8,1 % in Deutschland einem eher so vor, dass die jungen Menschen, die bei uns leben, die Gnade der lokalen Geburt haben.

Meine Damen und Herren, hinter diesen Prozentwerten der 5,6 Millionen jungen Bürger Europas ohne Beschäftigung stecken sehr persönliche Einzelschicksale. Es ist Zeit, sich zu kümmern. Auskömmliche Arbeit zu haben, ist eine Frage der Menschenwürde. Sie sichert die Teilhabe am Leben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aus unserer deutschen Geschichte und aus unserer heute privilegierten wirtschaftlichen Situation entsteht eine Verpflichtung gegenüber unseren europäischen Nachbarn.

(Beifall von Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

Wir leben nicht auf einer Insel. Unsere Bundeskanzlerin, Angela Merkel, sagt dazu:

> „Und wir Deutschen, die wir seit der Wiedervereinigung unsere Erfahrungen mit einem erfolgreichen Abbau der Arbeitslosigkeit durch Strukturreformen gesammelt haben, können unsere Erfahrungen jetzt einbringen."

1,5 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr – das ist das Wort.

Eines müssen wir festhalten: Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa hat nicht nur mit der Wirtschaftskrise und konjunkturellen Problemen, sondern insbesondere auch mit der Staatsverschuldung und großen strukturellen Schwächen in den betroffenen Ländern zu tun. Die Menschen in diesen Ländern tragen dafür die geringste oder gar keine Verantwortung.

Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer, deshalb ist es richtig, dass die Jugendarbeitslosigkeit jetzt in den Fokus gestellt wird. Es geht darum, strukturelle Verbesserungen auch in den Partnerländern zu erreichen, damit Beschäftigungschancen nachhaltig gesichert werden können.

Wir alle sehen unsere gemeinsame Verantwortung für die jungen Menschen und die Notwendigkeit, sie zu unterstützen. Die Personenfreizügigkeit ist das Charaktermerkmal unserer Wertegemeinschaft.

Welche Handlungsfelder der Jugendbeschäftigung müssen wir hier berücksichtigen?

1. die Integration in den Arbeitsmarkt durch gutes Übergangsmanagement
2. den Ausbau der dualen Ausbildung und einer praxisnahen Hochschulausbildung
3. Berufliche Perspektiven brauchen grundsätzlich alle EU-Mitgliedstaaten.
4. Inaktive erwerbsfähige junge Menschen müssen passgenau und zügig in Ausbildung und Beschäftigung kommen.
5. Die Umsetzung von Strukturreformen und die Verbesserung der Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt sind wesentliche Teile eines erfolgreichen Gesamtkonzepts.

Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftliche Impulse und die Erholung der Wirtschaft sind wesentliche Ziele. Das ist ohne Zweifel eine Aufgabe des nächsten Jahrzehnts.

Sprachliche Kompetenz ist dabei die Adaption auf die Zukunft. Sie ist ein entscheidender Schlüssel für den Erfolg aller durchzuführenden Maßnahmen.

Abschließend möchte ich auf Folgendes hinweisen: In den nächsten Jahren sollen 1.000 junge Spanier in Nordrhein-Westfalen beruflich entwickelt werden. Wir sollten dieses Projekt auf allen Ebenen initiativ unterstützen.

Die sechs Forderungen des FDP-Antrags unterstützen wir gerne, insbesondere die Einbeziehung bestehender Städtepartnerschaften. Auch das eben angesprochene Welcome Center begrüßen wir.

Wir werden – ich will das wiederholen – unsere Freiheit nicht bewahren können, wenn wir nicht Solidarität üben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Neumann, es ist Minimalismus, hier zu ignorieren, dass Frau Merkel eine sehr erfolgreiche Politik betreibt. Wenn Sie als Koalitionsfraktion das heute kritisieren, dann will ich Ihnen mit Konrad Adenauer sagen:

> „Wir leben alle unter dem gleichen Himmel, aber wir haben nicht alle den gleichen Horizont."

Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die grüne Fraktion hat nun Frau Maaßen das Wort.

Martina Maaßen (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 5,5 Millionen Jugendliche und junge Erwachsene in

Europa wollen endlich ihr eigenes Leben beginnen. Stattdessen sind sie Leidtragende einer Krise, die sie nicht selbst zu verantworten haben. Fast ein Viertel der unter 25-Jährigen der Eurozone haben derzeit keinen Job. Ihr Leben ist geprägt von Perspektivlosigkeit. Ihre Zukunft ist in Gefahr. Es droht eine verlorene Generation. Ihre Chancenlosigkeit geht uns alle etwas an.

(Minister Guntram Schneider: Das stimmt!)

Merkels harter Sparkurs hat in Europa die Jugendarbeitslosigkeit verschärft.

(Beifall von den GRÜNEN – Walter Kern [CDU]: Das stimmt nicht!)

– Doch, das stimmt. – Im Zuge der Finanzkrise hat dies zu empfindlichen Haushaltskürzungen mit weitreichenden sozialen Verwerfungen geführt.

Der in der letzten Woche professionell initiierte „Gute-Taten-Gipfel“ war Wahlkampfshow pur. Die mit viel Tamtam angekündigten EU-Gelder zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit waren keine wundersame Geldvermehrung, Herr Kern. Das nun bereitgestellte Geld schlummerte bereits in den EU-Töpfen.

Meine Damen und Herren, der Antrag der FDP-Fraktion greift wichtige Themenfelder auf. Er hat für uns Grüne jedoch eine inhaltliche Ausrichtung, die wir nicht teilen, ja sogar problematisch finden.

Herr Alda, zum einen gilt: Gäbe es in Südeuropa keinen Mindestlohn, erfolgte in dieser Krisensituation ein freier Fall in den Niedriglohnsektor.

(Ulrich Alda [FDP]: Immer noch besser als gar keine Arbeit!)

– Nein. Es ist überhaupt nicht zu vertreten, Leute in den Niedriglohnsektor zu drängen und dann hier öffentlich zu behaupten, das sei gute Arbeit.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Dagegen möchte ich mich entschieden verwehren. Ich finde es ein Trauerspiel, dass die FDP immer noch so denkt. Das ist beschämend. Ehrlich gesagt, nervt mich das total.

(Ulrich Alda [FDP]: Mich auch!)

– Sorry; dann kommen wir da nicht überein. Das müssen wir aber auch nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die systematische Anwerbung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist der falsche Weg; denn sie werden in ihrem Heimatland gebraucht.

(Minister Guntram Schneider: So ist es! Sehr gut!)

Durch Anwerbung entziehen wir dem Arbeitsmarkt der Herkunftsländer schulisch und beruflich gut qualifizierte junge Erwachsene – Fachkräfte, die benötigt werden, um die Wirtschaft in der Heimat wieder in Schwung zu bringen. Es ist aber von gesamteuropäischer Bedeutung und Verantwortung, diese Abwärtsspirale im Heimatland zu unterbrechen und nicht zu forcieren.

Junge Erwachsene mit einer bewussten und wohlüberlegten Abwanderungsentscheidung finden in NRW jedoch schon Unterstützungsangebote, zum Beispiel über das Landesanerkennungsgesetz, die Kommunalen Integrationszentren, die Beratungsangebote zur beruflichen Entwicklung sowie die Fachkräfteinitiative NRW.

Aber auch bei uns ist nicht alles rosig. Im europäischen Vergleich verfügt Deutschland zwar über eine niedrige Jugendarbeitslosenquote.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

– Sie brauchen noch nicht so früh zu klatschen, Herr Kern. Das Kritische kommt ja noch.

(Walter Kern [CDU]: Das ist so!)

– Ja, es ist so. Bei uns ist trotzdem nicht alles prickelnd. Das lege ich Ihnen gleich dar.

Im letzten Jahr wurden nämlich nicht mehr, sondern weniger Ausbildungsplätze besetzt. Auch in diesem Jahr können wir nicht jeder Bewerberin einen Ausbildungsplatz anbieten. Trotz Fachkräftemangel und guter Konjunktur bilden nämlich nur rund 20 % unserer Betriebe aus.

Darum könnten Sie sich einmal kümmern, weil doch Ihre Kontakte zur Wirtschaft so gut sind. Dafür könnten Sie sich einsetzen.

Rund 260.000 junge Menschen landen Jahr für Jahr in unseren Warteschleifen im Übergangssystem, ganz zu schweigen von den jungen Menschen – das möchte ich noch einmal deutlich betonen –, die als Asylbegehrende, Flüchtlinge und Geduldete in skandalöser Weise von unserem Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Dies können auch wir nicht tolerieren.

Eine Anwerbung ist nur bedingt auf Freiwilligkeit gegründet. Sie ist geprägt von sozialer Not und Perspektivlosigkeit. Eine nicht freiwillige und nicht bewusste Entscheidung kann auch im sogenannten gelobten Land zu sozialen und persönlichen Problemen weitab von der Herkunftsfamilie führen. Systematische Anwerbung birgt immer auch die Gefahr einer besonders starken Abwanderung von Hochqualifizierten.

Wir Grünen sperren uns nicht, gerade arbeitslosen jungen Menschen aus Ost- und Südeuropa Chancen zu ermöglichen. Wir müssen jedoch einen echten europäischen Arbeits-, Ausbildungs- und Hochschulraum schaffen mit einer Anerkennungsgarantie für beruflich Ausgebildete.

(Walter Kern [CDU]: Das ist doch passiert!)

– Ja, das ist wunderbar. Dann haben wir eine Gemeinsamkeit. Wir sprechen darüber im Ausschuss ja auch noch.

Auch lässt sich ein duales Berufsbildungssystem nicht über Nacht in anderen Ländern einführen. Dies setzt prosperierende Betriebe voraus, die ausbilden können und wollen, die Ausbildungsverträge schließen und Vergütungen zahlen können. Es wird also eine intakte Wirtschaft gebraucht. Genau daran fehlt es in den europäischen Krisenländern.

Junge Fachkräfte sind uns im Sinne zirkulärer Migration herzlich willkommen. „Zirkulär“ bedeutet, dass zeitgleich in die Erholung der Wirtschaft der Herkunftsländer investiert werden muss, um dort mittelfristig wieder neue Jobs entstehen zu lassen, bei denen dann die berufliche Erfahrung aus Deutschland hilfreich ist.

Der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa muss auf allen Ebenen höchste Priorität haben und darf sich nicht in Symbolpolitik erschöpfen. Die Krisenbewältigungspolitik der EU muss Jugendarbeitslosigkeit endlich in den Mittelpunkt des Handelns rücken. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Maaßen. – Für die Piratenfraktion hat Herr Sommer das Wort.

Torsten Sommer (PIRATEN): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauer und Zuhörer im Saal und natürlich auch am Livestream! Ich wünsche natürlich auch dem Kollegen Tenhumberg alles Gute.

Jetzt zu unseren aktuellen Problemen in Europa: Europa – das war angeblich einmal eine große Idee. Heute scheint es eine große Misere. So wird es uns jedenfalls verkauft. Besonders erschreckend ist, dass gerade die Menschen aus Spanien, Griechenland, Italien und Portugal so besonders tief enttäuscht sein müssen, genau die Menschen aus jenen Staaten, die das europäische Projekt einst – so wie wir – so euphorisch gefeiert haben.

Die Europäische Union steht zurzeit nicht mehr für Hoffnung, sondern für Hoffnungslosigkeit. Die Generation, die den Traum von Europa wirklich hätte leben können, wendet sich ab. In den südeuropäischen Ländern ist im Schnitt fast ein Drittel der Menschen unter 25 Jahren arbeitslos. In Spanien und Griechenland ist es sogar über die Hälfte mit steigender Tendenz. Insgesamt 5,6 Millionen junge Menschen stehen ohne jegliche Perspektive dar.

Da in Deutschland bald die Bundestagswahl ansteht, fällt auch der Bundesregierung auf, dass sich hier ein vorzügliches Thema zur Positionierung im Wahlkampf bietet. Also muss eine Mammutkonferenz her. Denn, wie Frau Merkel sagt: Schön wäre es, wenn die Jugendlichen in Europa mal merkten, dass wir etwas tun.

Glauben Sie mir, die jungen Menschen in Europa wissen seit Jahren, was die Bundesregierung tut.

(Beifall von den PIRATEN)

Nach Jahren der aufgezwungenen Sparzwänge, die zum wirtschaftlichen Beinahe-Ruin geführt haben, sollen jetzt strukturelle Reformen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt und zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit führen. Im Endeffekt sind es leere Floskeln, hinter denen sich der Erfahrung nach der Abbau von Sozialstandards versteckt. Da soll es Programme zum Aufbau dualer Ausbildungssysteme geben, Qualifizierung der vorhandenen Abschlüsse, Jobperspektiven und Ausbildungsstellen.

Da kommt als kraftvoller Beitrag aus NRW – in diesem Fall von der FDP – der Antrag, einen Beitrag zur Sicherung des inländischen Fachkräfte- und Ausbildungsmarktes zu leisten. Ganze 5.000 junge Menschen aus Spanien sollen bundesweit aktiv auf dem Weg ins Berufsleben begleitet werden.

5.000 von 5,6 Millionen. Was passiert mit dem Rest? Was sagen wir denen? Leider verloren? Das ist nicht der europäische Gedanke. Selbst wenn man sagt, an irgendeinem Punkt müssen wir nun mal anfangen: Dieser Anfang ist viel zu wenig.

Was geschieht mit den Glücklichen, die dann wirklich zu diesen 5.000 gehören? Schicken wir sie nach der Ausbildung einfach zurück in ihr kaputtgespartes Land? – Da ist einfach die Perspektive nicht zu sehen.

Die Volkswirtschaften Südeuropas schrumpfen jährlich um 0,4 %. Die sollen dann die – immerhin gut ausgebildeten – Leute aufnehmen und ihnen eine Perspektive geben. Sie sind dann natürlich über 25 und tauchen in dieser entsprechenden Statistik nicht mehr auf.

Im Endeffekt geht es eventuell – vorsichtig formuliert – dann doch darum, günstige Arbeitskräfte für den deutschen Fachkräftemarkt heranzuziehen.

So geht es nicht. Warum nimmt man nicht endlich die Verursacher der Krise mit ins Boot, warum werden Banken mit milliardenschweren Rettungspaketen versorgt, während die Bevölkerung in den Krisenländern durch Spardiktate an den Rand ihrer Existenz gezwungen wird?

(Beifall von den PIRATEN)

Hier sind wir gefordert, einen gesamteuropäischen Marshallplan zu entwickeln, und nicht diesen Tropfen auf den heißen Stein zu gießen. Das wäre ein echtes Zeichen an die Jugend Europas.

Wer die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen will, muss vor allem die gespaltenen Arbeitsmärkte re-

formieren. Doch dabei kommen die Krisenländer kaum voran – wie übrigens eine interne Übersicht der Bundesregierung belegt. Aber das schaffen ja leider wir in NRW noch nicht einmal in Teilen.

Ohnehin bleiben Zweifel an der Wirksamkeit allgemeiner Geldspritzen, Zweifel daran, was diese ausrichten können. Die ersten Maßnahmen aus Brüssel versickerten bis jetzt absolut wirkungslos.

Die EU-Kommission hatte den Krisenstaaten im letzten Jahr ein Versprechen gegeben, nicht abgerufene Mittel aus dem Strukturfonds dürften in Projekte zur Beschäftigung junger Arbeitsloser einfließen. 16 Milliarden € wurden bis Jahresbeginn beantragt. In diesem Jahr werden es dann noch einmal 6 Milliarden € sein, die draufgesattelt werden sollen. Von diesem Geld sollen 780.000 Jugendliche profitieren. Die ersten Erfahrungen sind absolut ernüchternd: Ergebnisse, Programme, Initiativen, Konkretes? – Fehlanzeige.

Der Antrag der FDP-Fraktion spiegelt hier – wie auch das Handeln der Bundesregierung – die absolute Hilflosigkeit diesem Problem gegenüber wider. Sie spielen hier mit dem Schicksal von Millionen Menschen, um für Ihren Wahlkampf Tätigkeit zu simulieren.

Jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Hier sind jedoch deutlich größere Schritte gefordert. Die Idee, jungen Europäern die Chance einer Ausbildung in Deutschland zu ermöglichen, ist grundsätzlich gut. Nur werden wir damit weder die Wirtschaftskrise noch die Jugendarbeitslosigkeit in den betroffenen Staaten und ganz bestimmt nicht den Fachkräftemangel hier in Deutschland beheben.

(Walter Kern [CDU]: Aber subjektiv helfen!)

– Subjektiv helfen. Vielleicht ist es sinnvoller, objektiv für 5,6 Millionen Menschen eine vernünftige Wirtschaftsperspektive zu schaffen, als subjektiv 5.000 Menschen einfach nur für eine Tätigkeitssimulation herhalten zu lassen.

(Beifall von den PIRATEN)

Aber ich sehe, dass Sie einen positiven Ansatz einbringen wollen. Deshalb freue ich mich auf die Überweisung und die Gespräche im Ausschuss über den Antrag. Ich hoffe, dass wir daraus wirklich noch etwas machen können. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Sommer. – Auf die Überweisung freut sich auch der Herr Minister. Herr Schneider hat jetzt das Wort.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der FDP-Antrag ist insofern gut, als er die Diskussion über ein sehr brennendes Problem eröffnet und dazu führt, dass wir uns mit einer entscheidenden Fragestellung für die Zukunft unserer Industrienation, aber auch für die Zukunft Europas auseinandersetzen.

Mit den Inhalten des Antrags kann ich mich allerdings nur bedingt anfreunden. In der Tat grassiert in den Ländern Südeuropas bei den bis zu 25-Jährigen eine unglaubliche Arbeitslosigkeit. Die Daten sind genannt worden.

Hinzugefügt werden muss allerdings, dass etwa die Hälfte der 50 % junger Spanier, die arbeitslos sind, über ein Hochschuldiplom verfügen.

(Walter Kern [CDU]: Ja! Natürlich!)

Das heißt, die jungen arbeitslosen Menschen sind nicht unqualifiziert.

(Walter Kern [CDU]: Das stimmt!)

Das Problem besteht nur darin, dass ihre erworbene Qualifikation zu wenig mit dem, was auf dem Arbeitsmarkt verlangt wird, übereinstimmt. Das ist das große Problem. Wir haben hier über unser duales Ausbildungssystem einen unglaublichen Fortschritt. Ich will nicht Bildung durch Ausbildung ersetzen, aber eine Bildung, die nicht verwertbar ist, hilft wenig. So viele Mäzene werden wir auch in Nordrhein-Westfalen nicht mobilisieren können.

Ich denke, das Problem kann nicht dadurch gelöst werden, dass wir systematisch einen Lehrlingsimport betreiben. Nein, wir müssen die Strukturen in der Berufsausbildung in den südeuropäischen Ländern ändern.

(Walter Kern [CDU]: Das wird doch gemacht!)

– Das wird zu wenig gemacht.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Deshalb führt die Landesregierung laufend Gespräche mit Unternehmen, die in südeuropäischen Ländern tätig sind, um sie dazu zu bringen, Berufsausbildung an den Standorten in Südeuropa zu betreiben. Ich habe nichts dagegen, dass hier tausend junge Spanier ausgebildet werden. Aber wenn eine systematische Anwerbung betrieben wird, schwächen wir auch die Wachstumskräfte in den Ländern Südeuropas.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wer soll denn dort Träger des Aufschwungs sein, wenn es mal wieder aufwärts geht? Das können doch nur hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein. Die sind dann bei uns. Also machen Sie sich doch nichts vor: Sie erwürgen wirtschaftliches Wachstum durch eine rigide Sparpolitik, die diesen Ländern vorgeschrieben wird, wollen dann Ausbildung subventionieren und die Menschen hier hinholen. Ich sage: Die Menschen sollen in ihrer Heimat bleiben, soweit dies möglich ist, und dort qualifiziert werden.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Ich glaube, Ihr Bild, das hier eben von der Ausbildungsplatzsituation in Nordrhein-Westfalen gezeichnet worden ist, gibt die Realität nicht wieder.

(Zuruf von Walter Kern [CDU])

Bei den Ausbildungsplätzen ist zwar ein leichter Rückgang feststellbar, aber das bereitet mir nicht die größte Sorge. Die größte Sorge bereiten mir die ganz massiven Rückgänge in den industriellen Kernberufen: bei den Ausbildungsplätzen in der Metallbearbeitung 8 %, im Maschinenbau und in der Betriebstechnik fast 10 % und in der Automationstechnik 9 %. Ich sage Ihnen: Wenn das drei bis vier Jahre anhält, haben wir ein Wachstumsproblem in der nordrhein-westfälischen Industrie. Das muss verhindert werden.

Deshalb arbeiten wir natürlich mit den Sozialpartnern, mit den Kammern der Wirtschaft, mit allen Beteiligten daran, in den Betrieben im Interesse der Betriebe für zusätzliche Ausbildungsplätze zu werben. Hier geht es auch ein Stück weit um Zukunftssicherung für die Betriebe.

Ich denke, wir müssen uns alle bemühen, die generellen Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum in den Ländern Südeuropas zu verbessern. Das bedeutet: Schluss mit dieser rigiden Sparpolitik. Wir erwürgen geradezu wirtschaftliches Wachstum.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Das kann nicht so weitergehen. Wir brauchen deshalb – früher hätten wir gesagt – eine Doppelstrategie. Wir brauchen natürlich Einsparungen, wir brauchen aber genauso wirkungsvolle Wachstumsimpulse. Im Zuge dieser Prozesse muss die Berufsausbildung – nicht nach deutschem Vorbild allein; jedes Land muss seinen eigenen Weg finden – reformiert werden. Sonst sehe ich für die junge Generation in diesen Ländern wenig Chancen.

Ich bin sehr dafür, dass wir den vorliegenden Antrag im Ausschuss sehr aufmerksam diskutieren und dass wir, wenn irgendwie möglich, zu einer gemeinsamen, fraktionsübergreifenden Beschlussfassung kommen. Das Thema hat es verdient.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Im Übrigen möchte auch ich dem Kollegen Tenhumberg alles Gute wünschen. Das ist noch ein wirklicher, echter Sozialliberaler und Christliberaler.

(Christian Lindner [FDP]: Der kann einfach alles!)

Mit dem kann man gut zusammenarbeiten, was man nicht von allen in diesem Hohen Hause immer sagen kann. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Wir haben keine weiteren Wortmeldungen und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/3449** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales.**

(Zurufe von der CDU)

– Wie viel Uhr? – Es ist 14 Uhr.

(Weitere Zurufe von der CDU)

– Ob die CDU noch Redezeit hat? – Mir wird von beiden Seiten lautstark berichtet, dass Sie keine Redezeit mehr haben.

(Zurufe von der CDU)

– Herr Kern, ich habe mir gedacht, dass Sie das, was noch übrig ist, nicht in Anspruch nehmen wollen: Es sind 8,5 Sekunden. Wir rechnen das hier genauestens nach.

(Zurufe von der CDU)

Wir wollen die Sache nicht in die Länge ziehen, an dem Punkt schon gar nicht. Danke für den Rückzug.

Jetzt stimmen wir, wie schon angekündigt, über die Überweisung des Antrags Drucksache 16/3449 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales ab. Wer stimmt dem zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag überwiesen.

Wir kommen zu:

8 „Selbstbedienungsladen Hochschule“ beenden – Leistungsgerechte Bezahlung von Hochschulrektoren transparent gestalten

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3435

Was das heißt, erklärt uns der Fraktionsvorsitzende der Piraten, Herr Dr. Paul. Bitte schön.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank. – Lieber Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Von dem in Sachen Arbeitsmarkt brennenden Europa kommen wir jetzt zu einem nordrhein-westfälischen Problem zurück.

Wir sind der Auffassung, leistungsgerechte Bezahlung sowie eine standesgemäße Entlohnung von Arbeit sind ein hohes Gut in unserer modernen Tätigkeitsgesellschaft. Das gilt für Facharbeiter genauso wie für Professoren und Hochschulleitungen. Allerdings – das wollen wir heute im Landtag thematisieren – ist die hemmungslose Selbstbedienung, durch die Funktionsleistungsbezüge nach Gutdünken der demokratisch nicht legitimierten Hochschul-

räte an den hiesigen Hochschulen gewährt werden, ein politischer Skandal.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir haben zwei Kleine Anfragen zu dem Thema gestellt, um erst einmal Licht in das Dunkel dieses Selbstbedienungsladens zu bringen. Schauen wir uns einfach mal an, was ein Hochschulrektor an einer großen Universität in Nordrhein-Westfalen verdient: Zum einen bekommt er das normale Beamtengehalt, meist B6, also ca. 100.000 Euro im Jahr. Zusätzlich gibt es nach Hochschulgröße und Hochschultyp einen festen Funktionsleistungsbezug; an der Universität Köln sind das zum Beispiel 52,5 % der W3-Besoldung, was mit 35.280 Euro per anno zu Buche schlägt. Dazu hat man natürlich noch geldwerte Leistungen wie Dienstfahrzeug etc.

Um eines hier gleich ganz klarzumachen: Diese Bezüge werden von uns in keiner Weise infrage gestellt.

(Zurufe von der CDU: Ah ja!)

Sie sind auch nach unserer Auffassung für eine herausragende Leistungsfunktion gerechtfertigt. Herr Berger, über Leistung unterhalten wir uns bei Gelegenheit noch mal.

(Zurufe von der CDU)

Allerdings ist es für uns völlig unakzeptabel, dass es Hochschulrektoren erster und zweiter Klasse gibt. Die Leitung einer großen Universität unterscheidet sich nicht von der einer kleinen Fachhochschule; denn die Mittel und die Mitarbeiterstäbe zur Erledigung der Leitung einer Hochschule sind dementsprechend üppiger, sodass das Kriterium der Hochschulgröße an der Stelle nicht zielführend ist.

Hauptkritikpunkt für uns ist jedoch die Frage der sonstigen Funktionsleistungsbezüge der Hochschulrektoren. Hier können die Vorsitzenden der Hochschulräte völlig wirtschaftsautonom agieren und den Präsidiumsmitgliedern weitere Bezüge gewähren. Um das ganz klarzumachen: Wir reden hier übrigens von Steuergeldern. -Das sollten wir bei unserer Betrachtung der Sachlage nicht vergessen.

Es entscheiden also demokratisch nicht legitimierte Hochschulratsvorsitzende über weitere Leistungsbezüge für Hochschulleitungen nach hanebüchenen Kriterien wie zum Beispiel einer Wiederwahl oder der erfolgreichen Einwerbung von Drittmitteln.

(Beifall von den PIRATEN)

Dass wir im Landtag von Nordrhein-Westfalen die Einzigen sind, die noch gegen diesen Selbstbedienungsladen Hochschulrat antreten, ist sehr bezeichnend. Wir bleiben dabei, dass dieses system- und wissenschaftsautonomiefremde Konstrukt abgeschafft werden muss.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Praxis der Funktionsleistungsbezüge muss endlich beendet werden. Denn wie soll ein Externer objektiv beurteilen, was wissenschaftliche Leistung ist? – Das ist ja noch schöner.

(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Düngel)

Wir fordern die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen hiermit auf, sich endlich mit uns gemeinsam für eine wirkliche Wissenschaftsautonomie unter höchstmöglicher Transparenz in der Verwendung von Steuergeldern einzusetzen.

Sie sehen es doch im Grunde genauso und trauen sich nur nicht an die heißen Eisen heran. Warum dies so ist, liefere ich gleich mit: Die Macht der Hochschulräte und der Hochschulleitungen ist auch medial zu groß geworden, als dass Sie sich einen offenen Kampf mit ihnen liefern möchten.

Wir werden aber weiter in diese Kerbe hauen; denn mit guter Ordnungs- und Steuerungspolitik hat dieser Blindflug durch die Weiterentwicklung dieses Politikentmündigungsgesetzes, das sich fälschlich „Hochschulfreiheitsgesetz“ schimpft, nichts zu tun. Wir freuen uns auf die Diskussionen im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Kollege Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Paul, die Überschrift Ihres Antrags ist zweigeteilt. Sie können davon ausgehen, dass die SPD-Fraktion den zweiten Teil, nämlich „leistungsgerechte Bezahlung von Hochschulrektoren transparent gestalten“, unterstützt.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das wundert mich nicht!)

Das, was Sie im ersten Teil der Überschrift fordern, ist aus unserer Sicht derart überzogen und so polemisch angelegt, dass dies der Fragestellung nicht gerecht wird.

(Beifall von der SPD)

Es geht in der Tat um eine leistungsgerechte Bezahlung. Sie wissen, das bei der Bemessung der leistungsgerechten Bezahlung der hauptamtlichen Leitung unserer Hochschulen drei Elemente maßgeblich sind: das Grundgehalt, dann feste Leistungsbezüge und schlussendlich dieser variable Bereich, der, zurzeit jedenfalls, durch die Hochschulräte oder die Vorsitzenden der Hochschulräte festgelegt wird.

Hier wird es im Rahmen der Reform des Hochschulgesetzes in Richtung Hochschulzukunftsgesetz insbesondere darum gehen, mehr Transparenz

zu ermöglichen. Wenn Sie sich selbst Ihren Katalog unter II. und III. anschauen, dann stellen Sie fest, dass das schon nicht mehr so reißerisch ist, wie es sich in Ihrer Überschrift anhört.

Es geht darum, dass Vergleichbarkeit hergestellt und Angemessenheit festgestellt wird. Wir dürfen nicht fälschlicherweise in eine Neiddebatte geraten. Das wäre falsch.

Die Hochschulrektorinnen und Hochschulrektoren verdienen durchaus einen Platz in der Spitze der Landesbediensteten, wiewohl sie außerhalb des Landesdienstes stehen, weil die Hochschulen autonom sind. Die Vergleichbarkeit muss unserer Meinung nach hierbei möglich sein.

Ich sage noch einmal, dass es darum gehen wird, wer in Zukunft diese Angemessenheit und Vergleichbarkeit herstellen wird. Sie wissen, dass die bisherigen Überlegungen zur Reform des Hochschulgesetzes in Richtung des neuen Hochschulzukunftsgesetzes auch vorsehen, die Dienstvorgesetzteneigenschaft wiederum auf die jeweilige Ministerin bzw. den jeweiligen Minister zu übertragen, sodass ohnehin schon dadurch größere Transparenz hergestellt werden wird.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Wir werden sehen!)

Wir gehen davon aus, dass auch Kriterien ermittelt werden, wie die jeweiligen Vergütungen dann bemessen werden.

Ich sage noch einmal, Herr Kollege Dr. Paul: Wir sollten das nicht zu einer derart spektakulären Aktion hochpushen. Das wird nämlich den Leistungen, die viele in der hauptamtlichen Leitung unserer Hochschulen erbringen, nicht gerecht. Wir sollten nicht Salz in eine Wunde streuen, die eigentlich nicht da ist.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Dann kann sie auch nicht wehtun!)

Wir sollten genau hinschauen. Sie sagten, alle seien gleich, aber es muss auch eine gewisse Differenzierung nach Größe der Hochschulen und nach den Verantwortungsbereichen geben, die die Hochschulen vertreten. Das gehört zu einer Vergleichbarkeit. Denn Ungleiches muss man auch ungleich behandeln.

Also lassen Sie uns unaufgeregt an diese Aufgabe im Rahmen der Reform des Hochschulgesetzes herangehen. Ich glaube, wir kommen zu guten Ergebnissen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herzlichen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Nächster Redner ist der Kollege Haardt für die CDU-Fraktion.

Christian Haardt (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Lieber Herr Kollege Dr. Paul, ganz so unaufgeregt wie der Kollege Schultheis kann ich das nicht sehen, auch wenn ich das im Kern und in Teilen so bewerte wie er.

„‚Selbstbedienungsladen Hochschule' beenden" – dieser Antrag offenbart aus unserer Sicht ein weiteres Mal, dass Ihre Fraktion irgendwo ein gestörtes Verhältnis zu unseren Hochschulen hat. Wenn ich die Gesamtschau Ihrer Anträge und Wortbeiträge zu Hochschulfragen in den letzten zwölf Monaten einfach einmal Revue passieren lasse, frage ich mich, welches Bild Sie eigentlich von unseren Hochschulen und den Menschen dort haben. Ich sollte statt von „Bild" von „Zerrbild" sprechen, denn das trifft eher zu.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Bild unserer Hochschulen ist bei Ihnen erkennbar stark einseitig und scheinbar aus Sicht des wissenschaftlichen Mittelbaus geprägt. Er ist ohne jede Frage ausgesprochen wichtig, aber keineswegs das einzig Wichtige an unseren Hochschulen. Aber auch mit der Sicht aus dem Bereich des Mittelbaus allein lässt sich Ihre Haltung kaum erklären.

Es hat ein bisschen den Anschein, als würde es den einen oder anderen in Ihrer Fraktion mit eigenen Erfahrungen aus dem Mittelbau geben, die man dann für allgemeingültig hält. Statt „Erfahrungen" sollte ich vielleicht lieber von „Erlebtem" oder von „Erlittenem" reden. Offenbar benutzen einige Mitglieder Ihrer Fraktion die dortigen und vielleicht sogar traumatischen Erlebnisse, um das Bild Ihrer Fraktion von den Hochschulen zu prägen

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN] schüttelt mit dem Kopf.)

und gleichzeitig die eigene Vergangenheit therapeutisch aufzuarbeiten.

(Beifall von der CDU – Monika Pieper [PIRATEN]: Bitte?)

Aber der Hinweis sei gestattet: Wir sind im Parlament und nicht in einer Therapiestunde.

(Beifall von der CDU)

Ihr Antrag ist wie Ihre ganze Haltung von tiefstem Misstrauen gegenüber den Hochschulen, vor allem gegenüber den Professoren geprägt und dient erkennbar dem Zweck, diese zu diskreditieren.

Sie erwecken den Eindruck, dass die Hochschulen ein Selbstbedienungsladen seien. Das ist schlichtweg falsch. Vielleicht hätten Sie die Antworten der Regierung auf Ihre eigene Kleine Anfrage lesen sollen. Ihre realitätsfernen Ansichten zeigen sich besonders im vierten Spiegelstrich Ihres Antrages, wonach die Funktion eines Hochschulleitungsmitglieds an sich bereits eine große Auszeichnung innerhalb der Wissenschaftslandschaft sei. Hier wird

der Eindruck erweckt, als stünden geeignete Bewerber für diese Jobs Schlange.

Tatsächlich ist es jedoch keineswegs einfach, qualifizierte Professorinnen und Professoren davon zu überzeugen, sich genau dieser Aufgabe zu widmen. Wer erlebt hat, wie es am Lehrstuhl eines Rektors zugeht, weiß auch, warum. Diese Aufgabe bedeutet nämlich nicht nur eine extrem große Verantwortung, sondern sie ist auch mit einer extremen zeitlichen Belastung verbunden.

(Beifall von der CDU)

Wir brauchen aber genau da engagierte und motivierte Professorinnen und Professoren und eben keine Frühstücksdirektoren.

(Beifall von der CDU)

Sie wollen mit Ihrem Antrag ein weiteres Mal die Axt an die Hochschulen legen und vergessen dabei, dass ein gefällter Baum vielleicht noch zu den dünnen Brettern verarbeitet werden kann, die Sie hier zu bohren versuchen, aber keine Früchte mehr tragen wird.

Wir werden Ihrer Motivationsbremse nicht zustimmen. Nachdem die Beantwortung Ihrer Anfrage schon keinen Raum mehr für den offenbar geplanten Angriff – man muss sie nur einmal richtig lesen – auf die gesamte Professorenschaft ließ, haben Sie sich bei großzügiger Nichtberücksichtigung der Fakten nun auf diejenigen gestürzt, bei denen ein solcher Angriff noch möglich schien.

Aber auch hierbei ist Ihre Argumentation im Lichte der Fakten so dünn, dass mich Ihr Antrag ein bisschen an ein gerupftes Huhn erinnert, bei dem man einige wenige Federn vergessen hat. Die würden wir Ihnen gern in den Ausschussberatungen noch ziehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Haardt, bevor Sie die Federn ziehen, hat sich der Kollege Dr. Paul zu einer Kurzintervention angemeldet und dafür 90 Sekunden Zeit.

(Christian Haardt [CDU]: Das habe ich mir fast gedacht!)

Das kommt, glaube ich, nicht so überraschend.

(Christian Haardt [CDU]: Nein!)

Herr Dr. Paul, bitte schön.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Herr Haardt, ich kann Ihnen zumindest aus meiner Sicht versichern, dass meine Hochschulkarriere durchaus lückenlos und erfolgreich war. Von daher kann in keiner Weise von irgendeiner Traumatisierung dort die Rede sein.

Entscheidend ist aber ein anderer Punkt. Dabei geht es um das, was offensichtlich in diesem – man muss schon fast sagen – wissenschaftsfeindlichen, marktautistischen Flügel dieses Plenums, bezogen auf den Begriff der wissenschaftlichen Autonomie, abgeht. Das, was Sie dort machen, ist „Baum durch Borke austauschen“. Die Leute kommen vom Regen in die Traufe.

Wenn wir über wirkliche Autonomie von Wissenschaft reden – das ist nur ein Aspekt, an dem sich das festmacht –, müssen wir auch darüber sprechen, dass an der Universität sowohl Staat als auch Markt Forschungsgegenstände sind. So, wie es jetzt, bedingt durch dieses Hochschulfreiheitsgesetz, aussieht, ist es nämlich nicht so. Von einer wissenschaftlichen Autonomie in Deutschland bzw. Nordrhein-Westfalen kann zum aktuellen Zeitpunkt keine Rede sein. Bitte, gehen Sie einmal durch sämtliche volkswirtschaftliche Fakultäten und versuchen Sie, dort einen einzigen kritischen Volkswirt zu finden. Das ist schwieriger, als die Nadel im Heuhaufen zu finden.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Herr Haardt hat auch noch einmal 90 Sekunden Zeit.

Christian Haardt (CDU): Herr Dr. Paul, wir sind einfach ganz unterschiedlicher Auffassung in Bezug auf das, was das Thema angeht, was nämlich Hochschulen leisten sollen.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Ja! Richtig! Genau!)

– Es gibt an der Stelle nur einen klitzekleinen Unterschied: Unsere Hochschulen sind heute gut aufgestellt.

(Beifall von der CDU – Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Sie könnten besser aufgestellt sein!)

Sie wollen das ändern. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen Ihnen und uns! Wir wollen, dass unsere Hochschulen mindestens so gut bleiben wie bisher. Sie hingegen legen mit dem, was Sie wollen, die Axt an unsere Hochschulen.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Nein!)

Das ist in der Tat der Unterschied zwischen Ihnen und uns!

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Haardt. – Für die grüne Landtagsfraktion spricht jetzt Frau Kollegin Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die öffentliche Diskussion über Managergehälter in der Wirtschaft wird in dieser Gesellschaft sehr intensiv geführt. Es ist in der Tat ein Problem, wenn Führungskräfte von Organisationen oder Unternehmen extrem hohe Gehälter oder Sonderzahlungen erhalten, die jeden realistischen Bezug vermissen lassen.

Nun sind unsere Präsidentinnen und Präsidenten sowie auch die Kanzlerinnen und Kanzler an den Hochschulen keine Unternehmensvorsitzenden. Anders als in der freien Wirtschaft können die Hochschulen nicht unendlich tief in die Tasche greifen – und sie dürfen es auch nicht. Vor diesem Hintergrund ist der Begriff „Selbstbedienungsladen Hochschule“, Herr Paul, in Ihrem Antrag nicht nur, wie ich finde, despektierlich, sondern auch vollkommen deplatziert.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Der Kollege Schultheis hat es eben ausgeführt: Die Bezüge der hauptberuflichen Hochschulleitungen bestehen zum einen aus dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe W3; das waren in 2012 rund 5.280 €. Dazu kommen feste Funktionsleistungsbezüge, deren Höhe zwischen 12 und 52 % des Grundgehaltes der Besoldungsgruppe W3 liegt. Diese richten sich nach der Größe der jeweiligen Hochschule und nach den damit zu erfüllenden Aufgaben. Diese festen Leistungszulagen sind aber auch in der Hochschulleistungsbezügeverordnung geregelt, also auch transparent abrufbar.

Wenn wir Grundgehalt und feste Leistungsbezüge zusammenrechnen, sprechen wir – nur um noch einmal die Größenordnung deutlich zu machen – über Gesamtbezüge von unter 100.000 € im Jahr.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Weniger als ein Abgeordneter!)

Dazu muss man wissen: Mit Einführung der W-Besoldung im Jahr 2005 sind die Grundgehälter der Präsidentinnen und Präsidenten sowie auch der Kanzlerinnen und Kanzler deutlich gesunken. Was jetzt mit zwölf bis 52 % an Zulagen nach viel klingt, ist eigentlich nichts anderes als ein Ausgleich des gekürzten Grundgehaltes. Die Kanzlerinnen und Kanzler haben 2012 gegenüber der alten Regelung im Durchschnitt sogar 2.000 € im Jahr weniger erhalten.

Genau vor diesem Hintergrund müssen wir die von Ihnen thematisierten, jetzt variablen Funktionsleistungsbezüge einordnen. Diese können für die Anwerbung von Präsidiumsmitgliedern aus anderen Bundesländern – also für die Akquirierung von Hochschulleitungen – sowie für die sogenannten Bleibeverhandlungen zusätzlich gezahlt werden. Außerdem können sie von der Erreichung vereinbarter Ziele oder von der Wiederwahl abhängig gemacht werden. Es ist klar: Wenn jemand neu kommt, wird auch wieder neu verhandelt.

Tatsächlich sind diese variablen Funktionsleistungsbezüge in den Jahren 2005 bis 2012 deutlich gestiegen, bei den Rektorinnen an den Universitäten im Durchschnitt jährlich um 37.500 € und an den Fachhochschulen um rund 14.600 €. Verglichen mit der B-Besoldung entspricht dies durchweg einer Steigerung um vier bis fünf Besoldungsgruppen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es richtig, dass das Ministerium derzeit die Verhältnismäßigkeit der Gehaltsentwicklung auch mit Blick auf die vergleichbaren Positionen im öffentlichen Dienst prüft.

Im Übrigen wissen Sie: Wir diskutieren – im Rahmen des neuen Gesetzes – auch darüber, ob das Wissenschaftsministerium künftig wieder oberste Dienstbehörde und Dienstvorgesetzter der hauptberuflichen Präsidiumsmitglieder werden soll. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Hamburgischen Hochschulgesetz ist dies unter Umständen sogar zwingend notwendig. Das bedeutet dann, dass die Bemessung und die Gewährung der Funktionsleistungszulagen der Präsidentinnen und Präsidenten zukünftig wieder durch das Land erfolgen, womit dann auch wieder ein ganzes Stück weit mehr Transparenz gegeben wäre.

Insofern sehe ich die Forderung in Ihrem Antrag, liebe Piratenfraktion, heute als obsolet an. Ich möchte aber gerne noch einmal daran erinnern, dass mit Einführung der W-Besoldung die Grundgehälter der Professorinnen und Professoren an unseren Hochschulen deutlich gesunken sind und wir uns in allen Ländern – auch in Nordrhein-Westfalen – klar für eine leistungsorientierte Besoldung ausgesprochen haben.

Wir wollen das Prinzip „Grundgehalt, feste Funktionsleistungsbezüge und variable Leistungsanteile“ nicht aufweichen. Dies würde der bestehenden Vielfalt und auch den Zielsetzungen der unterschiedlichen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen nicht gerecht. Vor diesem Hintergrund lehnen wir Ihren Antrag schon einmal ab, stimmen aber der Überweisung und der Diskussion im Wissenschaftsausschuss zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – An Ihrem Ehrentag, Frau Kollegin Freimuth, möchten Sie auch noch im Plenum sprechen. Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Freimuth das Wort. Bitte schön.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Was das „freiwillig“ angeht: Ich wurde freiwillig bereit erklärt und tue das deswegen natürlich auch besonders gerne.

Zum Beratungsgegenstand haben schon drei meiner Vorredner, wie ich finde, eine sehr zutreffende

Kritik formuliert. Deswegen will ich einmal versuchen, ob ich es auch in meinem eigenen Interesse vielleicht etwas kürzer halten kann.

Wir sind wieder einmal enttäuscht, dass erneut mit Klischees gearbeitet wird, Ressentiments bedient und Neidreflexe geschürt werden. Die Kollegin Seidl hat es gerade schon vornehmer beschrieben: Begrifflichkeiten wie „Selbstbedienungsmentalität“ und „Bereicherung aus öffentlichen Mitteln“ sind völlig daneben. Das trifft in keiner Weise auf das zu, was wir an unseren Hochschulen vorfinden.

Es gibt einen einzigen Punkt in Ihrem Antrag, mit dem ich übereinstimme, nämlich wenn Sie feststellen, dass an unseren Hochschulen gute Arbeit gemacht wird. Das klingt aber gemessen an den anderen Begrifflichkeiten, die in diesem Antrag auftauchen, fast zynisch.

(Beifall von der FDP und den GRÜNEN)

Ihr Schrei nach Transparenz ertönt nur noch als der Schall von „Mehr Staat! Mehr Staat! Mehr Kontrolle! Mehr Kontrolle!“. – Das sind die typischen Reflexe, die wir leider mittlerweile von Ihnen kennen. Bei Ihnen ist Gestaltungsfreiheit immer mit Grauen verbunden. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, empfinde ich in keiner Weise als zukunftsweisend und angemessen.

(Beifall von der FDP, der CDU und den GRÜNEN)

Ich will noch auf etwas anderes hinweisen: Wenn es Standards für besondere Leistungen und Einzelfälle geben soll, frage ich mich, wie angesichts dessen eine individuelle, ausgewogene und sachangemessene Regelung gefunden werden soll. Sei es drum, wir haben ja im Ausschuss noch hinreichend Gelegenheit, darauf einzugehen.

Ausdrücklich festhalten will ich, dass mit der im Jahre 2004 auf den Weg gebrachten Leistungsbezügeverordnung auch in ihrer Ausgewogenheit ein Instrumentarium an die Hand gegeben worden ist, mit dem man sachangemessen und richtig auf die unterschiedlichen Anforderungen reagieren kann, wenn es um die Gewinnung von Führungskräften und Leitungsgremien an den Hochschulen geht.

Es wird nun der Eindruck erweckt, dass die Gestaltungsspielräume rechtsmissbräuchlich genutzt werden. Ich möchte gerne einen einzigen Fall dazu hören, damit man das konkret hinterfragen könnte.

(Beifall von der FDP und den GRÜNEN)

Aber ausweislich der Antworten auf Ihre Kleinen Anfragen ist da sachlich nichts dran. Sie bedienen einfach Populismus. Das empfinde ich einfach als schade.

Wir haben eine ganze Reihe von Fragen, zum Beispiel: Ist bei den Kunst- und Musikhochschulen in unserem Land das Ministerium nach wie vor für die Gewährung der Zulagen zuständig? Ich habe in Ihrem Antrag nichts darüber gelesen, ob per se schon Transparenz gegeben ist, wenn eine Landesregierung darüber entscheidet. Die Logik, die die Piratenfraktion an der Stelle immer wieder vertont – vielleicht ist es auch gar keine Logik –, nach der selbstgestaltet böse und vom Staat gestaltet gut ist, kann ich nicht nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, an der Stelle unterscheiden wir Liberalen uns ganz grundsätzlich von Ihnen, weil wir der Überzeugung sind: Selbstgestaltetes und Selbstbestimmtes bewirken Gutes. Wir können den Bürgerinnen und Bürgern vertrauen. Darüber hinaus können wir den Leitungsgremien an unseren Hochschulen vertrauen, dass sie mit der ihnen gegebenen Freiheit und Verantwortung wirklich gut und klug umgehen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen eine gute Sommerpause. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schäfer in Vertretung für Frau Ministerin Schulze.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Danke. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Frau Freimuth, ich hatte noch keine Gelegenheit – ich habe es ehrlich gesagt auch gerade erst erfahren –, Ihnen zum Geburtstag zu gratulieren: Herzlichen Glückwunsch von dieser Stelle aus zu Ihrem Geburtstag!

Zum Antrag der Piraten: Die Fraktion der Piraten vergleicht das Besoldungssystem an den Hochschulen mit einem Selbstbedienungsladen. Das weist die Landesregierung mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Weder die Kanzlerinnen und Kanzler noch die Rektorinnen und Präsidenten unserer Hochschulen haben einen freien Zugang zu den Konten der Hochschulen.

Meine Damen und Herren, die Mitglieder der Hochschulleitungen leisten gute Arbeit an unseren Hochschulen. Dafür haben sie eine leistungsgerechte Entlohnung verdient. Zur Zusammensetzung der Besoldung ist schon einiges gesagt worden. Die Grundstruktur der Besoldung berücksichtigt zweierlei: Mit den beiden Komponenten Grundgehalt und feste Leistungsbezüge werden die Beträge landesweit standardisiert. Mit der variablen Komponente können die Hochschulleitungen entsprechend der Vielfalt der Hochschulen, ihrer unterschiedlichen Zielsetzungen, Anforderungen, Aufgaben und Wett-

bewerbsbedingungen bezahlt werden. Das entspricht dem Grundsatz, gute Arbeit entsprechend zu entlohnen.

Dennoch, meine Damen und Herren, müssen die Bezüge ähnlicher Positionen vergleichbar sein. Deshalb prüft die Landesregierung im Moment, ob die Gehaltsentwicklung im Hochschulbereich gerechtfertigt ist. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, zu überprüfen, ob sich Aufgabenvolumen und Verantwortungsgrad in der Höhe der Leistungsbezüge angemessen widerspiegeln.

Meine Damen und Herren, das Eckpunktepapier zum Hochschulzukunftsgesetz sieht vor, dass zukünftig das Ministerium Dienstvorgesetzter der hauptberuflichen Hochschulleitungen wird. So werden wir zukünftig – das finde ich nicht verkehrt – mehr Transparenz schaffen können. Das befreit die Hochschulleitungen im Übrigen auch vom Verdacht der Selbstbedienung. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Für die Piratenfraktion hat sich noch einmal deren Fraktionsvorsitzender Dr. Paul gemeldet. 45 Sekunden haben Sie. Kriegen Sie das hin?

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Geschätzte Frau Kollegin Freimuth, ich weiß, dass Sie heute Geburtstag haben, aber etwas kann ich Ihnen wirklich nicht ersparen: Es gibt immer wieder diesen Reflex, dass Sie, wenn Sie von uns das Wort „Transparenz“ hören, meinen, damit sei mehr Staat gemeint.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Das meinen Sie ja auch!)

Die Voraussetzung dafür, um so zu reagieren, ist, dass man eine Augenklappe auf hat, und die Augenklappe heißt „Marktautismus“.

Die andere Adresse ist Herr Haardt. Ich weiß nicht, ob Ihnen Folgendes bekannt ist: Das Logical Computer Lab in Urbana, Illinois, von 1960 bis 1972 geführt, und das jetzt noch existierende Institute for Research on Sciences of Complexity, das sogenannte Santa-Fe-Institut, sind zwei Beispiele für das, was wir unter wirklicher Wissenschaftsautonomie verstehen. Diese Beispiele existieren in Amerika. – Guten Tag, schöne Sommerpause!

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Paul. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. – Das bleibt offenbar auch so. Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Wir stimmen ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/3435** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung.** Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen diese Überweisungsempfehlung? – Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so überwiesen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

9 Für eine bäuerliche Landwirtschaft – die Chancen der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 auf nationaler Ebene nutzen!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/3430

Ich eröffne die Beratung. Für die antragstellende SPD-Fraktion spricht der Kollege Sundermann.

Frank Sundermann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dies ist der letzte Tagesordnungspunkt vor der Sommerpause.

(Jochen Ott [SPD]: Der Höhepunkt!)

– Selbstverständlich der Höhepunkt, Herr Ott. Der kommt immer zum Schluss.

(Vereinzelt Heiterkeit von der SPD)

– Ihr könnt es sacken lassen.

Es geht um ein ernstes Thema; denn wir reden heute über Geld, und zwar über ziemlich viel Geld. Gestatten Sie mir am Anfang einige grundsätzliche Betrachtungen zur gemeinsamen Agrarpolitik, heruntergebrochen auf unser Land Nordrhein-Westfalen.

Aus dem EU-Topf fließen jedes Jahr 550 Millionen € in die Landwirtschaft von Nordrhein-Westfalen. Das sind 360 € je Hektar.

Weil wir hier über viele Zahlen reden, habe ich das mal heruntergebrochen, damit das für alle greifbar ist; wahrscheinlich haben die wenigsten 500 Millionen € auf dem Konto.

Ich habe es mal auf meinen Heimatkreis Steinfurt heruntergebrochen. Dort werden der Landwirtschaft 35 Millionen € pro Jahr gegeben. Ich vergleiche das mal mit dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Der hat in den letzten sieben Jahren 3 Millionen € bekommen. Beim Europäischen Sozialfonds waren es 8,5 Millionen €. Also hat die Landwirtschaft für die gesamte letzte Förderperiode 250 Millionen € bekommen. Die beiden anderen Fonds, EFRE und ESF, haben nur 12 Millionen € erhalten.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich fragen: Wo hat der Sundermann denn die Zahlen her? – Das war ganz einfach, weil die Kollegen von der CDU gut vorgearbeitet haben. Es gab die Kleine Anfrage 1150 von Herrn Laumann, Herrn Grunendahl und Frau Schulze Föcking. Sie haben daraufhin detailliert Auskunft bekommen, wer alles Mittel aus ESF und EFRE bekommen hat. Die Zahlen sind also öffentlich.

Aus meiner Sicht wird es Zeit, dass diese Transparenz auch für landwirtschaftliche Unternehmen wieder gilt, damit klar wird, wie viel Geld Landwirte aus Europa bekommen. Das muss wieder öffentlich gemacht werden.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Wollen wir uns doch mal die Frage stellen, wofür die Landwirtschaft die 550 Millionen € denn bekommt. Praxis ist bisher die Zahlung ohne direkten Bezug auf Leistung.

Der zuständige EU-Kommissar hat gesagt, die Landwirte sehen diese Beihilfen als Geburtsrecht. Wir werden sicherlich gleich die Begründung hören: Naja, aber wir müssen ja auch Mindeststandards einhalten. – Mit den Mindeststandards verhält es sich in etwa so: Ich fahre ein Jahr Auto. Während dieser Zeit übertrete ich keine Geschwindigkeitsbegrenzungen, fahre nicht bei roter Ampel und übersehe auch kein Stoppschild. Dafür bekomme ich eine Prämie. – Das ist an dieser Stelle sicherlich deutlich zu kurz gesprungen.

Lassen Sie uns zurückschauen, was die Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik gewesen sind und ob sie erreicht wurden.

Landwirtschaftliche Strukturen sollten erhalten werden. Was haben wir? Höfesterben. – Arbeitsplätze sollten gesichert werden. Aber die Zahl der Arbeitsplätze sinkt. – Wir wollten eine stärkere Verankerung der Landwirtschaft in die ländlichen Strukturen. Und was haben wir! Eine deutlich sinkende Akzeptanz und immer weniger Wertschöpfung in der Region. – Umwelt- und Tierschutz sollten verbessert werden. Und was haben wir? Steigende Nitratgehalte im Trinkwasser, Massentierhaltung und Monokultur.

Was soll denn jetzt ab 2014 besser werden?

Zurück zu meinem Auto. In der neuen Periode ab 2014 soll es Geld für Greening geben. Das bedeutet, ich lasse mein Auto ab und zu stehen und gehe die 500 m zum Bäcker zu Fuß. Hiermit ist aus unserer Sicht ein minimaler Einstieg geschafft worden: mit ökologischen Vorrangflächen und Grünlandumbruch. In vielem ist es nach unserer Bewertung aber nur ein Formelkompromiss. Und der ist aus unserer Sicht sehr teuer erkauft worden.

Es gibt nämlich auch die sogenannte zweite Säule. Diese ist geschliffen worden. In dieser zweiten Säule befinden sich die Agrarumweltmaßnahmen und die Förderung der ländlichen Strukturen. Diese Mittel werden nicht pauschal ausgeschüttet, sondern müssen beantragt werden. Hier gibt es 15 % weniger. Da kann man von dieser Stelle wirklich mal deutlich sagen: Es ist katastrophal verhandelt worden von Frau Aigner und auch von der Leiterin der Bundesregierung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich würde sogar so weit gehen, zu sagen, dass der ländliche Raum in diesen Verhandlungen verraten und im Prinzip auf dem Altar der Agrarlobby geopfert worden ist.

Meine Damen und Herren, was ist nun zu tun? Was können wir hier in Nordrhein-Westfalen noch tun? Wir haben die Möglichkeit, 15 % aus diesen pauschalen und mit der Gießkanne über das Land verteilten Leistungen in die zweite Säule, also in Agrarumweltmaßnahmen und in den ländlichen Raum, umzuleiten. Wir sprechen hier über mehr als 75 Millionen €, die wir in den ländlichen Raum geben können, und das auch noch ohne Kofinanzierung.

Hier muss der Bund entscheiden. Wir sind sehr zuversichtlich, dass die zukünftige rot-grüne Bundesregierung das gemeinsam mit dieser Landesregierung umsetzen wird.

Vielen Dank, Glückauf und auch Ihnen einen schönen Sommer!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Sundermann. – Für die mitantragstellende grüne Landtagsfraktion spricht jetzt der Kollege Rüße.

Norwich Rüße[*)] (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn eine neue Agrarförderperiode ansteht, entscheiden wir jedes Mal darüber, wie der weitere Weg der Landwirtschaft ausgestaltet wird. Weil das für unsere Betriebe und für unsere Kulturlandschaft hier in Nordrhein-Westfalen wichtig ist, ist es auch wichtig und richtig, dass wir hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen darüber diskutieren.

Wir müssen die entscheidende Frage beantworten: Wie soll sich die Landwirtschaft weiterentwickeln? Soll sie weiter immer intensiver werden, wie es in den letzten Jahrzehnten der Fall war, oder müssen wir vielleicht doch einen anderen Weg einschlagen?

Über die letzten Jahrzehnte hinweg gab es immer nur eine Richtung: Landwirtschaft musste immer produktiver werden – auch mit dem Ziel, Nahrungsmittel immer günstiger herzustellen. Rücksicht auf Kulturlandschaft, Rücksicht auf Nutztiere – ich erinnere an unseren Antrag zur Putenhaltung, über den wir heute Morgen diskutiert haben – oder

Rücksicht auf die Natur waren zweitrangig oder hatten überhaupt keine Bedeutung.

Die Folgen dieser einseitigen Zielsetzung – ich glaube, die hat jeder von uns vor Augen –: 1970 gab es noch 100.000 Bauernhöfe in Nordrhein-Westfalen, heute noch 35.000.

Die europäische Agrarpolitik hat diese Entwicklung maßgeblich mitbefördert. Denn das Prinzip war in der Vergangenheit einfach: Wer viel produziert hat, hat viel Geld bekommen. Oder jetzt: Wer viel Fläche hat, bekommt viel Fördergeld.

Das System ist so, dass 85 % der Agrargelder an nicht einmal 20 % der Betriebe umverteilt werden.

Das ist zutiefst ungerecht. Dann ist es auch kein Wunder, dass kleinere und mittlere Betriebe ausscheiden müssen.

Es ist aber auch zutiefst falsch, weil die Industrialisierung der Landwirtschaft äußerst negative Folgen hat. Die Artenvielfalt – ich glaube, da sind wir uns alle einig; das sagt auch jeder Historiker, der sich mit Kulturlandschaften beschäftigt –, die wir haben, ist von einer bäuerlichen Landwirtschaft geschaffen worden. Sie ist dadurch entstanden, dass eine Kulturlandschaft hergestellt worden ist. Aber wir sind derzeit in einem Prozess, in dem die sogenannte moderne Landwirtschaft diese Artenvielfalt wieder aus der Landschaft abräumt, wegräumt.

Genau deshalb ist es richtig, dass wir Grüne uns gemeinsam mit vielen Verbänden dafür stark gemacht haben, dass die Agrarpolitik klar ökologisch orientiert wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ökologisierung der europäischen Agrarpolitik – das ist kein Luxus, das ist zwingende Notwendigkeit angesichts des Debakels in der Natur, das wir erleben. Das Schlimme ist, dass selbst bei dem kleinsten Pflänzchen Greening, das da versucht worden ist – also zu gucken, dass Landwirtschaft sich stärker an ökologischen Gesichtspunkten orientiert –, die Bundeslandwirtschaftsministerin Hand in Hand mit dem Bauernverband nach Kräften gegengesteuert hat. An dieser Stelle kann man sagen – der Kollege Sundermann hat es eben schon erwähnt –, dass sie einfach nur bewusst schlecht verhandelt hat. Das sollte so sein.

Bei der Ausstattung der zweiten Säule weiß ich das gar nicht. Da würde ich ihr nicht unterstellen, dass das bewusst geschehen ist. Da würde ich sagen, dass einfach nur richtig schlecht verhandelt worden ist. Der Kollege Sundermann hat alles gesagt zu dem, was da passiert ist: wie die zweite Säule geplündert worden ist, wo parallel andere Länder der Europäischen Gemeinschaft für sich eine Aufstockung erzielt haben. Das ist eine Schande.

Besonders peinlich ist das aus unserer Sicht im Hinblick auf die Möglichkeit der Direktzahlung, die sich jetzt eröffnet. Ich habe eben gesagt: 85 % der Gelder an 20 % der Betriebe. Jeder Bürger, jede Bürgerin in diesem Bundesland würde sagen: Das ist zutiefst ungerecht. – Wir haben die Möglichkeit, umzusteuern; aber diese Bundeslandwirtschaftsministerin ist nicht wirklich dazu bereit, dies neu auszurichten.

Dabei sind es – das kann man auch nachweisen – gerade kleinere und mittlere Betriebe, die zur Artenvielfalt besonders beitragen. Ich nenne nur einmal das Beispiel der Milchviehhaltung. Milchkühe auf der Weide erleben wir so lange, wie wir bäuerliche Betriebe haben. Wenn Milchviehhaltung genauso industrialisiert wird, Herr Wirtz, wie wir es bereits in der Schweinehaltung, Hähnchenmasthaltung und Putenmasthaltung haben, dann verschwinden die Kühe von der Weide in der Stall. Wenn ich 1.000 Kühe habe, dann kommen die nicht mehr auf die Weide. Das ist ein Armutszeugnis, und da muss man gegensteuern!

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN – Zuruf von Karlheinz Busen [FDP])

– Der Kollege Busen ist hier ja auch mit an Bord. Sie haben sich ja gerade geäußert. Ich gehe jetzt noch mal zu Ihrem Antrag zurück.

Über den „Mähtod“, das Problem der Mähmaschinen, haben wir diskutiert. Das ist genau der Punkt: dass Kühe auf der Weide für die Tiere, die sonst noch dort leben, viel, viel verträglicher sind, als wenn alles nur noch abrasiert wird. Von daher müssen wir ein gemeinsames Interesse haben, die Weidehaltung von Rindvieh aufrechtzuerhalten.

Wir wollen diese Option – das steht im Antrag – maximal nutzen, um kleinere und mittlere Betriebe zu fördern. Wenn Sie uns sonst auch vorwerfen, Herr Busen, dass wir kleinere Betriebe vielleicht auch mal belasten, bitte ich Sie an dieser Stelle doch um Unterstützung für unsere Position, damit wir hier zu einer maximalen Umschichtung kommen.

An der Stelle gibt es ein Totalversagen von Frau Aigner. Ich kann nur eines sagen – das wird ja gleich auch wieder kommen –: Wenn man so vorgeht, muss man sich nicht wundern, wenn andere gar nicht erst zu einem Termin erscheinen. Da muss man schon gemeinsam verhandeln und sich gemeinsam auf ein gutes Papier einigen.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Rüße, die Redezeit.

Norwich Rüße[*)] (GRÜNE): Ja, genau, die Redezeit ist gleich zu Ende.

Vizepräsident Daniel Düngel: Danke.

Norwich Rüße[*)] (GRÜNE): Unser Antrag sagt: Es ist noch nicht zu spät. Noch besteht die Möglichkeit, die Agrarreform so zu gestalten, dass sie positiv ist für kleinere und mittlere Betriebe und für die ökologische Orientierung der Landwirtschaft. Wir brauchen eine deutlich andere Umsetzung auf nationaler Ebene, als Frau Aigner sie jetzt machen will. Wir wollen die neue Förderperiode besser für unsere Betriebe hier in Nordrhein-Westfalen nutzen. Dafür stehen wir als rot-grüne Koalition.

Wir werden das weiter beraten, und dann hoffe ich, dass wir alle nachher unter dem Antrag gemeinsam drunterstehen.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Als nächsten Redner haben wir den Kollegen Deppe für die CDU-Fraktion.

Rainer Deppe (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Sundermann, Sie reden hier über Geld. Wir reden über die Existenz von Landwirten, und wir reden über gesunde und ausreichende Lebensmittel in Deutschland. Das ist die Debatte, die hier geführt werden muss.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die grünen Agrarminister – und zwar nur die grünen; die G-Länder, wie sich diese Herren selbstbewusst nennen –

(Zurufe von den GRÜNEN)

kritisieren in einer Pressemitteilung vom 28. Juni das Konzept der Bundesregierung zur Umsetzung der GAP-Reform. Aber diese Kritik macht die grünen Vorschläge nicht besser. Ihre Einwände haben Sie heute zu einem Plenarantrag gemacht. Auch das macht die grünen Vorschläge nicht besser.

Aber ich frage mich: Was ist eigentlich mit der SPD? In Nordrhein-Westfalen machen Sie kräftig mit. Aber überall dort, wo die SPD sich noch nicht in die babylonische Gefangenschaft der Grünen begeben hat, vertritt sie eine ganz andere Linie. Ihr Antrag und vor allem Ihr heutiger Redebeitrag, Herr Sundermann, machen wieder einmal deutlich, dass die SPD in Nordrhein-Westfalen in der Umwelt- und in der Agrarpolitik überhaupt nichts Eigenständiges mehr zu melden hat. Als eigenständiger Gesprächspartner ist die SPD vollkommen ausgeschieden. Sie haben alles an die Grünen abgegeben.

(Beifall von der CDU)

Geht es hier eigentlich um nordrhein-westfälische Interessen oder um grüne Parteipolitik? Sie haben es eben erwähnt, Herr Rüße: Statt in Berlin am Verhandlungstisch zu sitzen – was übrigens die grüne Ministerin Frau Höfken gemacht hat –, kann man der Presse entnehmen, dass Herr Remmel bei diesem lange geplanten Termin nicht dabei war.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Legen Sie erst mal was vor!)

In den Plenardebatten in dieser Woche war immer wieder von Verlässlichkeit und Planungssicherheit die Rede. Ich sage Ihnen, auch Landwirte und ihre Familien und die Mitarbeiter haben Anspruch auf Verlässlichkeit und Planungssicherheit.

(Beifall von der CDU)

Und diesem Anspruch auf Verlässlichkeit wird das Konzept von Bundesministerin Ilse Aigner gerecht.

Es ist richtig, die grundsätzliche Aufteilung in die erste und zweite Säule zu erhalten. Es ist richtig, die Greening-Prämie national in einheitlicher Höhe festzulegen. Es ist richtig, in der laufenden Förderperiode zu einer einheitlichen Flächenprämie in ganz Deutschland zu kommen. Es ist richtig, die Junglandwirteförderung mit einem einheitlichen Satz festzulegen. Es ist richtig, die kleineren Betriebe zu unterstützen, indem alle Betriebe für die ersten 15 Hektar und die zweiten 15 Hektar eine zusätzliche Prämie erhalten. Es ist richtig, die zweite Säule zu entlasten und die Förderung des Dauergrünlandes in Höhe von 40 € in die erste Säule zu verlagern. Dadurch erhalten die Länder Spielräume bei der zweiten Säule.

Meine Damen und Herren, die Flächenprämien in der ersten Säule sinken mit dieser Förderperiode um 15 %. Die Direktzahlungen machen aber 50 % des Gewinns der landwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen aus. Dadurch entsteht schon jetzt ein enormer Druck auf die Einkommen.

Aber SPD und Grüne wollen diese Zahlungen aus der ersten Säule noch weiter absenken. Damit wollen sie die Gewinne der landwirtschaftlichen Betriebe noch weiter angreifen und noch weiter senken. Was das noch mit Verlässlichkeit und Planungssicherheit zu tun hat, können ja noch nicht einmal Sie selbst erklären.

(Beifall von der CDU)

Dass aber mit dem Druck auf die Einkommen auch der Strukturwandel kräftig angeheizt und weiter beschleunigt wird, ist wohl auch klar, aber das verschweigen Sie hier.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: So ein Unfug!)

Dann kommen Sie mit der zweiten Säule, mit der Zahlung für Agrarumweltmaßnahmen. Sie wissen ganz genau, dass diese nach EU-Recht keine Anreizkomponente in Form einer zusätzlichen Einkommenswirkung haben dürfen. Sie dürfen ausschließlich den Zusatzaufwand und den Minderertrag entschädigen, der mit diesen Maßnahmen verbunden ist.

Bei der Förderung nach Umschichtung in die zweite Säule verschweigen Sie auch, dass Nordrhein-Westfalen der große Verlierer wäre. Sie kennen doch den Verteilungsschlüssel und wissen, dass andere Bundesländer, insbesondere im Osten, je Hektar deutlich mehr aus der zweiten Säule erhalten als Nordrhein-Westfalen.

Und, Herr Remmel, was Ihrem Antrag fehlt – und das gehört wohl an den Anfang jeder Diskussion um eine Umverteilung –, ist Ihre Zusage, dass Sie die Kofinanzierung der Agrarumweltmaßnahmen übernehmen. Die Landwirte befürchten vollkommen zu Recht, dass Sie sich wieder einmal einen schlanken Fuß machen: Sie nehmen das Geld, das die EU für die Landwirtschaft vorgesehen hat, um damit den Landeshaushalt zu entlasten oder dem Minister zusätzliches Spielgeld in die Hand zu geben.

(Jochen Ott [SPD]: Quatsch!)

Herr Remmel, die Menschen auf dem Land brauchen keine schönen Fototermine mit Ihnen, bei welchen Touren Sie die auch immer machen, sondern sie brauchen die glasklare Zusicherung, dass die Landesregierung die Kofinanzierung dieser Agrarumweltmaßnahmen in gleichem Umfang, nämlich zu 25 % über die gesamte Förderperiode, übernimmt.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Rainer Deppe (CDU): Diese Aussage wird von Ihnen erwartet. Solange die nicht da ist, ist Ihr Antrag reine Makulatur und bedeutet Umverteilung zulasten der Landwirtschaft in diesem Lande.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Busen.

Karlheinz Busen[*)] (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist nahezu sinnbildlich für die völlig verfehlte und doppelzüngige Agrarpolitik der rot-grünen Landesregierung. Was unsere Bäuerinnen und Bauern in Nordrhein-Westfalen brauchen, ist Klarheit über die weitere Umsetzung der Reform der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik. Die Landwirte können nur erfolgreich wirtschaften, wenn es Planungssicherheit gibt. Das gilt für die konventionelle Landwirtschaft ebenso wie für den Öko-Landbau und den Gartenbau.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung, Herr Sundermann, die jetzige und auch die zukünftige, hat bei den Verhandlungen auf EU-Ebene

(Jochen Ott [SPD]: Abwarten!)

– ja, ja, das werden Sie schon sehen – mit großem Nachdruck nationale Spielräume geschaffen und verteidigt. Diese müssen wir jetzt für unsere Landwirtschaft nutzen.

Und jetzt kommt von Ihnen ein Antrag, der an Doppelzüngigkeit nicht zu überbieten ist. Seitenweise wird mit Nebelkerzen die Zukunft des bäuerlichen Familienbetriebes beschworen. Und dann? Wie soll die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft gesichert werden? – Ja klar, wie immer bei den Grünen und ihrem Landwirtschaftsminister: mit Strafzahlungen und zusätzlichen Auflagen. Glauben Sie wirklich, dass Sie damit Familienbetriebe stützen, die schon heute mit zu viel Bürokratie zu kämpfen haben?

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Steht doch im Antrag!)

Die Reform ist auf EU-Ebene noch nicht einmal endgültig beschlossen, da bringen Sie hier schon Anträge mit Forderungen nach weitergehenden Regelungen und Gängelungen für die Landwirte in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Statt wie im Bereich der Fruchtfolge schon jetzt nach zusätzlichen Vorschriften zu schreien, sollten Sie sich, Herr Minister, lieber für die Landwirte in Nordrhein-Westfalen einsetzen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Frau Ilse Aigner hat ihre Länderkollegen am 2. Juli zur Beratung über die weitere Umsetzung der Reform nach Berlin eingeladen. Soviel ich weiß, haben Sie, Herr Minister, an dem Termin nicht teilgenommen. Wären Sie da gewesen, hätten Sie Ihren Kollegen in den Fraktionen von SPD und Grünen erzählen können, dass die grundsätzlichen Ziele der Bundesregierung eine deutschlandweite einheitliche Greening-Prämie, die Einführung eines bundeseinheitlichen Zuschlags für die ersten Hektar in allen Betrieben oder die besondere Förderung der Grünlandgebiete in benachteiligten Regionen sind. Dann müssten Sie nämlich heute auch nicht beschließen, dass sich die Landesregierung dafür einsetzen solle. Das brauchen Sie nicht, das haben wir im Bund schon im Blick.

(Beifall von der FDP)

Dort sollten Sie, Herr Minister, sich in Zukunft mal blicken lassen und sich für die Belange der Landwirte einsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Busen. – Für die Piratenfraktion spricht jetzt Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Mein sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! In der letzten Rede eines Abgeordneten vor der Sommerpause erlaube ich mir, wie folgt zu Ihrem Antrag Stellung zu nehmen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, Ihr Antrag verfolgt vom Ansatz her eine gute Idee und hat die richtige Stoßrichtung, dem wir auch im Sinne unserer Forderung folgen können. Auch wir möchten kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe stärker gefördert sehen und pochen auf die Einhaltung der europäischen Greening-Quote, von der Ministerin Aigner leider noch weit entfernt ist.

Da haben Sie ja fast aus unserem Programm abgeschrieben.

(Beifall von den PIRATEN)

Aber:

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Was gut gedacht ist, wurde leider auch hier schlecht gemacht.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Der Antrag ist polemisch und schießt am Ziel vorbei. Wir haben doch schon darüber gesprochen. Wir waren uns doch einig, das Thema in einem großen Aufschlag, in einem Guss zu behandeln.

Sie kommen jetzt aber mit einem Teilaspekt und picken sich die Rosinen heraus.

(Beifall von den PIRATEN)

Hiermit wird einfach nur Populismus bedient, und das ist schade.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Populismus ist ein gern gesehener Gast hier!)

Leider ist der Antrag auch handwerklich schlecht gemacht.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Er ist zu technisch, an vielen Stellen zu schwammig und eigentlich zu konkret.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Thema jetzt zu behandeln ist zu früh.

(Heiterkeit und Beifall von den PIRATEN)

Wenn man genau ist: eigentlich zu spät. Jedenfalls kommt er zur Unzeit. Der Antrag greift leider nicht weit genug. Man muss sogar sagen: Er geht zu weit.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Sie haben Ihre Hausaufgaben nicht gemacht und wesentliche Kennzahlen leider nicht berücksichtigt. Nach über einem Jahr in der Regierungsverantwortung hätte man mehr erwarten können.

(Heiterkeit und Beifall von den PIRATEN)

Letztendlich ist Ihr Anliegen auf Landesebene deplatziert. Auch haben Sie das Schicksal der Kinder nicht berücksichtigt. Damit ist Ihr Antrag obsolet. Setzen, sechs!

Das kommt Ihnen bekannt vor? Uns auch. Wenn der Antrag von uns gekommen wäre, so hätten wir uns sicherlich das eine oder andere anhören müssen. Da wir aber nach Themen und nicht nach Fraktionsfarbe entscheiden, unterstützen wir den Antrag ausdrücklich und stimmen der Überweisung in den Ausschuss selbstverständlich zu.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Sommerpause. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Deppe und Herr Busen, bitte gestatten Sie mir anfangs eine Bemerkung. Ihr Hinweis auf die Teilnahme an der Agrarministerkonferenz in Berlin war schon fast ehrenrührig. Das Land Nordrhein-Westfalen war auf der Agrarministerkonferenz durch Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Becker hervorragend vertreten. Wer Herrn Becker kennt – das ist kein Gerücht, sondern eine Tatsache –, der weiß, dass er die Interessen Nordrhein-Westfalens mit allem Nachdruck vertritt. Ich verbitte mir jede Kommentierung einer Präsenz bzw. Nichtpräsenz.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was Sie hier heute abgeliefert haben, ist ein beredtes Zeugnis dafür, wie Sie nordrhein-westfälische Interessen vertreten. Sie haben aus der Frage, wie die europäische Agrarpolitik in Deutschland umgesetzt wird, eine parteipolitische Frage gemacht. Es geht hier aber um die Vertretung nordrhein-westfälischer Interessen. Wir haben den Eid auf die Landesverfassung abgelegt. Deshalb geht es um die nordrhein-westfälischen Bauern und Bäuerinnen, und es geht um unseren ländlichen Raum.

Da gibt es in der Tat Interessenskonflikte; Sie haben sie ja benannt. Wir werden aufgrund des Verfassungsgerichtsurteils bei der Flächenprämie bis 2017 Verluste hinnehmen müssen. Da kommen wir gar nicht umhin. Wir werden also Substanz verlieren.

Auch haben wir bei der Verteilung der Mittel der zweiten Säule in der Vergangenheit zu wenig abbekommen, in der Tat. Deshalb geht es in dieser Auseinandersetzung auch um die Frage, welche Betriebe zukünftig wie viel abbekommen. Derzeit bekommen die größten Betriebe rund 80 % der Mittel ab

und die kleineren nur 20 %. Dieses Verhältnis muss sich umkehren.

Außerdem ist es so, dass die Mittel der zweiten Säule national ungleich verteilt werden. Bei uns kommen auf den Hektar rund 35 €, in Sachsen sind es 155 €. Es gilt, nordrhein-westfälische Interessen zu verteidigen. Da hätte ich mir schon gewünscht, Sie würden an unserer Seite stehen und mit uns dafür eintreten, dass die zukünftige europäische Agrarpolitik finanziell auch in Nordrhein-Westfalen stattfinden kann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Minister Remmel, wenn ich Sie kurz unterbrechen darf: Der Kollege Deppe würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. – Herr Kollege Deppe, bitte schön.

Rainer Deppe (CDU): Herr Remmel, ich kann Ihre Empörung überhaupt nicht verstehen. Wenn Sie in dem Antrag eine pauschale Überweisung aus der ersten in die zweite Säule fordern, kommt danach doch weniger Geld in Nordrhein-Westfalen an als nach dem jetzigen Schlüssel. Sie müssen den Schlüssel zwischen den Bundesländern ändern. Aber dazu sagt Ihr Antrag kein einziges Wort. Sie haben nämlich einen grünen Antrag gestellt und keinen nordrhein-westfälischen Antrag.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Deppe, ich habe jetzt kein Fragezeichen ausmachen können.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Das kann ich aber trotzdem gerne beantworten.

(Allgemeine Heiterkeit)

Sie blenden immer eine Tatsache aus: Nordrhein-Westfalen hat genauso wie Bayern und Baden-Württemberg eine völlig andere Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe als beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg. Und da liegt der Hase im Pfeffer. Dann müssen wir nämlich über eine Kappung diskutieren. Dann müssen wir auch über Degression diskutieren. Dazu sind Sie aber nicht bereit. Das wäre aber eine Auseinandersetzung, die auch Sie mit den Kolleginnen und Kollegen in Ostdeutschland führen müssten.

Ich bin dazu bereit, diese Auseinandersetzung zu führen. Da, wo mehr Fläche zur Verfügung steht, kann man kostengünstiger und ökonomischer bewirtschaften. Da braucht man nicht die gleiche Flächenprämie wie bei einem kleineren Betrieb.

Diese Auseinandersetzung muss man wollen. Wir wollen sie, und wir werden sie auch führen bei der nationalen Umsetzung. Nur so kann man zu einer besseren Verteilung der Mittel kommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Platzierung des Antrags im Plenarablauf – sozusagen als letzter Antrag der heutigen Debatte vor der Sommerpause – ist gut gewählt. Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Wir befinden uns nach der europäischen Entscheidung jetzt vor der nationalen Verteilung der Mittel und müssen uns dabei an nordrhein-westfälischen Interessen orientieren.

Wir haben in der Tat ein Problem. Die Mittel sind gekürzt worden, insbesondere in der zweiten Säule. Hier hat die Bundeskanzlerin die Interessen des ländlichen Raums für ein paar Silberlinge für den Osten verkauft. Diese Lücke muss jetzt aufgefüllt werden. Da würden wir uns schon Ihre Unterstützung Richtung Bundesregierung wünschen, um die Kürzung von immerhin 15 % aufzufangen; denn aus der zweiten Säule werden wichtige strukturbildende Maßnahmen im ländlichen Raum finanziert, beispielsweise der Breitbandausbau.

(Beifall von Matthi Bolte [GRÜNE])

Sie können uns nicht vorwerfen, in den letzten Jahren nicht für die Kofinanzierung gesorgt zu haben, sondern wir haben im Gegenteil alles unternommen, um Mittel, die andere nicht ausgegeben haben, nach Nordrhein-Westfalen zu holen, damit hier die Strukturen im ländlichen Raum ausgebaut werden können. Ich würde mir Ihre parlamentarische Unterstützung wünschen, um die notwendigen Mittel bereitzustellen. Der rot-grünen Landesregierung können Sie das nicht vorwerfen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen eine intensive Auseinandersetzung darüber, wie die europäische Agrarpolitik in nationales Recht und in nationale Verteilung umgesetzt wird. Wir müssen die Spielräume bei der Umverteilung von der ersten in die zweite Säule und auch bei der Gestaltung der Flächenprämie, Stichwort: erste Hektare, ausnutzen. Wir müssen das, was die EU möglich gemacht hat, ein Greening, tatsächlich nach dem Kriterium „Öffentliches Geld für öffentliche Güter“ in Deutschland umsetzen. Dazu gibt der Antrag wesentliche Hinweise. – Danke für die Unterstützung. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich dem anschließen könnten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Somit können wir die Beratung schließen und über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates abstimmen.

Der **Antrag Drucksache 16/3430** soll an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,**

Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen werden. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen die Überweisungsempfehlung? – Wer enthält sich? – Beides ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag entsprechend überwiesen.

Wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die **nächste Plenarsitzung** findet statt am Mittwoch, den 25. September 2013, um 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Nachmittag und vor allem eine erholsame Sommerpause. – Vielen Dank.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:02 Uhr

---

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.